Montag, 16. September 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 215 - 38.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 38,00 Fr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 8,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Brandt: Bei seinem anstehenden Besuch in Mitteldeutschland trifft der SPD-Vorsitzende am Donnerstag in Ost-Berlin mit SED-Chef Erich Honecker zusammen. Am Freitag reist Brandt nach Weimar weiter.

Alliierte: Nach einer repräsentativen Meinungsumfrage des Senats sind 67 Prozent der Westberliner *Einwohner von der Verläßlichkeit* des Schutzes durch die Alliierten überzeugt. (S. 8)

Besuch: Argentiniens Präsident Alfonsin kommt heute zu einem dreitägigen Staatsbesuch der Bundesrepublik Deutschland nach Bonn. Hauptthemen der Gespräche werden Wirtschafts- und Finanzfragen sein. (S. 6)

Abtreibung: Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Barschel (CDU) erwartet, daß die Initiative von Rheinland-Pfalz, einen Schwangerschaftsabbruch nach der sozialen Indikation zu erschweren, im Bundesrat nicht durchkommt. Neben den SPD-regierten Ländern würden Schleswig-Holstein und wahrscheinlich Niedersachsen dagegen stimmmen. (S. 8)

Asat-Test: Die UdSSR hat nach dem erfolgreichen Test einer amerikanischen Antisatellitenwaffe (Asat) scharfe Kritik an Washington geübt. Nicht wiederholt wurde von Moskau allerdings die Drohung, bei weiteren Tests den freiwilligen Verzicht auf Stationierung solcher Systeme rückgängig zu machen. (S. 5)

Frankreich: *Zum Abschluß* seines Besuchs auf dem Mururoa-Atoll hat Mitterrand die Souveränität Frankreichs und die Notwendigkeit der Atomtests unterstrichen. Wer im Südpazifik nicht *für Frankreich sei, müsse als* Gegner betrachtet werden. Nach Ansicht des neuseeländischen Ministerpräsidenten Lange hat der französische Staatspräsident damit das Verhältnis zwischen beiden Ländern als Feindschaft definiert. Mitterrand hatte zuvor den Ausbau der Militäreinrichtungen in Neukaledonien angekündigt.

China: Der 1981 abgelöste frühere Parteichef Hua Guofeng ist beim Besuch des ehemaligen japanischen Außenministers Ito in Peking erstmals seit 1981 wieder in Erscheinung getreten.

ZITAT DES TAGES

„Es ist und bleibt richtig: Im Zweifel für die Freiheit. Es ist gleichzeitig richtig, daß die Interessen der inneren Sicherheit gewahrt werden müssen. Und es ist zum dritten richtig, daß wir einen vernünftigen Datenschutz benötigen"

Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) FOTO: WEREK

WIRTSCHAFT

Lateinamerika: Die interamerikanische Entwicklungsbank sieht erstmals wieder einen schmalen Silberstreifen am lateinamerikanischen Wirtschaftshorizont. Nach den Einbrüchen 1982 und 1983 ist das Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr real um 3,1 Prozent gewachsen. *Das hat der Region* eine Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens um durchschnittlich 0,6 Prozent beschert. (S. 9)

Stahl: Experten der EG und der USA kommen heute in Washington zu Vorgesprächen über die weitere Beschränkung der europäischen Stahlexporte von 1986 an zusammen. Bis zum 31. Oktober soll über diese Frage Einigung erzielt werden. (S. 9)

Versicherung: Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern können künftig bei der Weltbank gegen nichtkommerzielle Risiken wie Kriege und Verstaatlichung versichert werden. Ausgestattet wird die neugegründete Versicherungsgesellschaft mit einem *genehmigten Kapital in Höhe von* 1 Mrd. Dollar. (S. 10)

Holzmarkt: Die schlechte Baukonjunktur und die Verunsicherung der Verbraucher durch das Waldsterben haben zu Absatzproblemen geführt und damit eine neue Gefahr für den Wald heraufbeschworen. Durch den Lagerstau in den Wäldern droht eine Massenvermehrung von Holzschädlingen. (S. 9)

KULTUR

Jubiläum: Bach- und Händeljahr werden ausgiebig gefeiert, aber kaum jemand hat bisher realisiert, daß wir 1985 auch ein „John-Gay-Jahr" haben. Dabei waren Händel und Gay um 1720 in London die führenden künstlerischen Großunterhalter. Sie waren rasend eifersüchtig aufeinander, setzten sich mit Intrigen zu. Historisch gesehen zog Gay schließlich den kürzeren. (S. 15)

Eröffnung: Mit Lessings „Nathan dem Weisen" wird die neue Spielzeit im Berliner Schillertheater eröffnet. Viereinhalb Stunden dauert die Aufblätterung dieses großen Sinnspiels unter der Regie des Franzosen Bernard Sobel. Sie ist von einer schier erschöpfenden Ausführlichkeit. Als der Spielleiter sich am Ende zeigte, ließen einige Zuschauer ihn ihr Befremden deutlich hören. (S. 15)

SPORT

Motorsport: Der Brasilianer Ayrton Senna (Lotus) gewann in Spa den Grand Prix von Belgien, den 13. Lauf zur Formel-1-WM. In der Gesamtwertung führt der Franzose Prost. (S. 13)

Schach: Bei der Weltmeisterschaft in Moskau ging Titelverteidiger Karpow (UdSSR) mit 3:2 in Führung. Herausforderer Kasparow (UdSSR) gab die fünfte Partie nach 41 Zügen auf. (S. 13)

AUS ALLER WELT

Waffennarren: Diese Woche kommen sie in Las Vegas wieder zusammen: Die Abonnenten und Freunde von „Soldier of fortune", eines der seltsamsten Erzeugnisse auf dem amerikanischen Zeitschriftenmarkt. Die Leser – Waffen- und sonstige Narren – bedeuten ein erträgliches Geschäft. Der Jahresumsatz für die Anzeigen bringt fast 20 Millionen Mark. (S. 16)

Versinkt Venedig? Anfang September sollte die Rettungsaktion beginnen: Mit Beton-Injektionen in den Untergrund von Venedig wollte man unter anderem den Markusplatz anheben, zwischen 20 und 100 Zentimeter. Doch die Aktion droht zu scheitern, weil sich Privatfirmen am Geschäft nicht beteiligen durften. (S. 16)

Wetter: Wolkig. 14 bis 18 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Elefant und Mücke – Leitartikel von Enno v. Loewenstern zu SPD, SED und DKP S. 2

Frankreich: Die KPF poliert ihren Patriotismus – Von August Graf Kageneck S. 3

Stranß-Feiern: „Nun weiß man, wie schön *Monarchie sein kann*" – Von Peter Schmalz S. 4

Technologie: Meinungen von Regierung und Gewerkschaftern prallten aufeinander S. 5

Norwegen: Bedeutung der Nordflanke betont – Rote Flotte bedroht NATO-Nachschub S. 6

Fernsehen: Jahrelang bewußt übersehen: Die ungenutzten lokalen TV-Frequenzen S. 7

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 8

Tempolimit: Grüne Fortschrittsbremsen – Wirtschaftsleitartikel von Harald Posny S. 9

Fußball: Pal Csernai – nur Ratlosigkeit, und von einem Konzept ist nichts zu sehen S. 12

Pankraz: Vitzliputzli und die Ehe à quatre – Schopenhauers handschriftlicher Nachlaß S. 15

Für ein SDI-Rahmenabkommen bestehen die Voraussetzungen

Washington sagt Bonn zu: Technologietransfer wird keine Einbahnstraße sein

ms. **Bonn**

Die Bundesregierung wird aller Wahrscheinlichkeit nach Verhandlungen mit den USA über den Abschluß eines „Rahmenabkommens" für eine Beteiligung an der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) aufnehmen. Nach Informationen der WELT haben die Sondierungen einer deutschen Kommission unter Leitung des Kanzlerberaters Ministerialdirektor Horst Teltschik (Kanzleramt) in den USA ergeben, daß die Voraussetzungen für eine solche Vereinbarung mit den USA gegeben seien.

Washington habe zugesagt, daß der Technologietransfer während der auf fünf bis sieben Jahre angesetzten Forschungsphase „keine Einbahnstraße sein wird, sondern beide Seiten daraus Nutzen ziehen werden". Unter dem Dach eines solchen Rahmenabkommens sollen dann die Unternehmen spezielle Verträge abschließen. Die USA haben gleichzeitig den Wunsch geäußert, daß neben deutschen Firmen auch Unternehmen aus Großbritannien und aus Italien eingeladen würden, sich zu beteiligen. Die deutsche Delegation war überrascht von der „Kooperationsbereitschaft" der USA und von der „Offenheit", mit der Auskünfte erteilt worden seien, hieß es gestern im Kanzleramt. Teltschik werde in den nächsten Tagen Bundeskanzler Kohl mündlich und schriftlich über das Ergebnis seiner Sondierungen unterrichten.

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Die deutsche Kommission hat in Washington eine überaus positive Reisebilanz gezogen. Am Samstag zurückgekehrt, wird sie heute noch einmal in Bonn zusammenkommen, um in vertraulicher Sitzung ihren Bericht für die Bundesregierung vorzubereiten. Bundeskanzler Helmut Kohl muß nun entscheiden, ob die mitgebrachten Informationen für ein Rahmenabkommen ausreichen.

Die 28 Mitglieder zählende Kommission, unter ihnen 16 aus Industrie und Forschung, hatte 218 Fragen in die USA mitgebracht. Dabei ging es um zwei Aspekte:

1. Unter welchen Bedingungen wäre eine privatwirtschaftlich organisierte Zusammenarbeit zwischen amerikanischen und deutschen Unternehmen vorstellbar?
2. Wie ist der Forschungsstand hinsichtlich des SDI-Programms einzuschätzen, und welche Überlegungen liegen der Gesamtarchitektur der weltraumgestützten Verteidigungsinitiative zugrunde?

Wie aus Kreisen der Delegation verlautete, haben die amerikanischen Gesprächspartner keine Frage unbeantwortet gelassen. Aber noch nicht abgeschlossen ist die Meinungsbildung auf US-Seite, was die Struktur und die Entwicklung des strategischen Abwehrsystems angeht. Vermutlich dauert dieser Prozeß bis zum Ende dieser Dekade. Aus diesem Grunde konnten sich die Amerikaner auch nicht auf bestimmte Projekte und technische Optionen festlegen.

Dennoch darf die Bedeutung der beiden Teltschik-Missionen nicht unterschätzt werden, da anders die für die Bonner Entscheidung notwendigen Informationen nicht zu erhalten waren. Zur Verfügung gestellt wurden sie in direktem Kontakt von den zuständigen Behörden in Washington und den Unternehmen und Forschungsinstituten.

Zehn Tage lang hielt sich die Delegation in Amerika auf. Nach zweitägigen Gesprächen im Pentagon und im State Department teilte sich die Kommission in vier Gruppen mit den Gebieten Sensorentechnik, Lasertechnik, Informationstechnik und Kinetik auf.

Jedes Team besuchte im Durchschnitt acht Laboratorien oder Fir-

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Ausgestreckte Hand

RÜDIGER MONIAC

Die Bonner Regierungskommission von Politikern, Wissenschaftlern und Industrievertretern, die nach zehntägiger USA-Reise zurückkehrte, war in Washington gewissermaßen mit offenen Armen aufgenommen worden. Nicht nur wurden alle Fragen aus Bonn von Regierung und nichtamtlichen Stellen umfassend beantwortet. Die Deutschen sind überdies mit dem Gefühl nach Hause gekommen, daß man in Washington die Mitarbeit der wichtigsten Verbündeten in Europa und vor allem die der Bundesrepublik Deutschland nicht nur mit Worten wünscht, sondern aktiv anstrebt.

Die USA geben damit ein wichtiges Signal. Sie zeigen Europa, daß sie als westliche Führungsmacht den alten Kontinent nicht in sekundärer Position, sondern partnerschaftlich behandeln wollen. Auch wollen sie damit ausdrücken, daß die westliche Sicherheit, soweit sie vom Ausgreifen in den Weltraum bestimmt ist und künftig sein wird, nicht ohne europäische Mitsprache und Engagement definiert und gestaltet werden soll. Das schließt auch die Möglichkeit der europäischen Einflußnahme auf die Genfer Verhandlungen der USA mit der Sowjetunion über Rüstungskontrolle ein.

Nun also ist es an der Bundesregierung, die partnerschaftlich ausgestreckte Hand der Amerikaner zu ergreifen und nicht mehr zu zögern, die Konditionen für ein Rahmenabkommen zur amtlichen Sicherung der SDI-Kooperation über den Atlantik hinweg zwischen nichtamtlichen Institutionen auf beiden Ufern schnell auszuhandeln. Wie sich jetzt abzeichnet, wollen die USA sogar die Nutzung der von den Europäern beigesteuerten Erkenntnisse in der SDI-Forschung, die immerhin mit amerikanischen Geld bezahlt werden, durch die hiesigen Unternehmen zulassen. Das wäre ein im Wortsinn unbezahlbares Entgegenkommen.

Es macht abermals deutlich, daß man in Washington einerseits die technischen Fähigkeiten der europäischen Industrie zu schätzen gelernt hat, andererseits aber um der Festigung des Bündniszusammenhaltes willen die europäische Konkurrenzfähigkeit in der Hochtechnologie in Kauf zu nehmen bereit ist.

Verriet Tiedge BND-Geheimoperation?

Überläufer könnte an Erschießung eines Admirals in der „DDR" mitschuldig sein

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Die Bonner Sicherheitsbehörden überprüfen zur Zeit, ob der in die „DDR" übergewechselte Regierungsdirektor beim Bundesamt für Verfassungsschutz, Tiedge, eine geheime Operation des Bundesnachrichtendienstes (BND) verraten hat und damit Mitschuld an der Erschießung eines Konteradmirals des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Ost-Berlin trägt.

Nach Informationen der WELT hatte der Bundesnachrichtendienst Ende 1979 die Flucht des in der Hierarchie schon von seinem Dienstgrad her hoch angesiedelten Konteradmirals sorgfältig vorbereitet. Am Tag der geplanten „Schleusung" in den Westen wurde der MfS-Offizier verhaftet und danach standrechtlich erschossen. Seine Freundin, die gleichzeitig über Ungarn in den Westen gebracht werden sollte, wurde auf einem Bahnhof in Budapest verhaftet. Sie ist seitdem in einem Gefängnis der „DDR".

Bereits damals, unmittelbar nach der fehlgeschlagenen Operation, war der Verdacht entstanden, in den Reihen des BND könnte ein Verräter sitzen. Inzwischen wird es aufgrund weiterer Recherchen durchaus für möglich gehalten, daß Tiedge mit seinen vielfältigen Verbindungen zur „Gegenspionage" beim Bundesnachrichtendienst Kenntnis von der Operation des BND gehabt haben könnte, obwohl der damalige BND-Präsident Klaus Kinkel Wert auf strengste Abschottung gelegt hatte.

Bisher waren die Verantwortlichen davon ausgegangen, daß „handwerkliche Fehler" ausschlaggebend für das Scheitern der Operation gewesen sein könnten. So hatte der BND zum Beispiel zur Vorbereitung für die Flucht des als labil geschilderten Konteradmirals beim MfS wiederum den Spezialisten eingesetzt, der bereits die überaus heikle, aber erfolgreiche Flucht des MfS-Offiziers Stiller organisiert hatte. Andererseits ist auch davon die Rede, die Freundin des Konteradmirals, die sich häufig in anderen Ostblockländern aufgehalten habe, sei bei Telefongesprächen mit ihrem Freund in Ost-Berlin möglicherweise unvorsichtig gewesen. Das waren die bisherigen Annahmen.

Jetzt hat sich ein neuer Ansatzpunkt in der Person von Tiedge ergeben. Beweise liegen allerdings noch nicht vor. Aber auch in der Führung des BND wird inzwischen eingeräumt, daß Tiedge aus der „Ferne" etwas über die Operation gewußt haben könnte. Insgesamt wird von drei Fällen gesprochen, von denen Tiedge Kenntnis gehabt haben könnte. Hierüber sind die Ermittlungen (Durchforstung der Akten, Befragung von Beamten) noch nicht abgeschlossen.

Strauß: Genscher stellt sich gegen die CDU/CSU

DW. **Bonn**

Der CSU-Vorsitzende Strauß besteht darauf, daß innerhalb der Bonner Koalition über die Südafrika-Politik von Bundesaußenminister Genscher (FDP) gesprochen wird, „damit der Außenminister hier nicht seine Kompetenzen überschreitet und den Kanzler nicht unnötig strapaziert". Strauß, der sich in einem Brief an Kanzler Kohl über Genscher beschwerte („Ich bitte Dich, die Linie durchzusetzen, die wir gestern besprochen haben"), erklärte der „Bild"-Zeitung: „Genschers Verhalten bei den EG-Beratungen über Boykottmaßnahmen gegen Südafrika in Luxemburg steht im klaren Widerspruch zu dem, was wir im Kreise von CDU/CSU wenige Stunden vorher unter Vorsitz von Helmut Kohl festgelegt haben." Die Bundesregierung hätte sich genauso wie die Briten diesen „unerfreulichen Prügeleien nicht anschließen dürfen".

Auch er sei ein Gegner der Apartheid, versicherte Strauß. Aber jeder Weg in Richtung Boykott ermutige nur die revolutionären Gruppen, führe zu Blutvergießen, vor allem auch zwischen den Farbigen und den Schwarzen, bringe Chaos und in letzter Konsequenz den Bürgerkrieg. In Bonner Regierungskreisen wurde an die Aussage von Kanzleramtsminister Schäuble erinnert, der in der WELT betont hatte, daß es Bonn darum gehe, in Südafrika Einfluß auf eine weitere positive Entwicklung zu nehmen. Zum Beispiel biete die Veränderung des Kulturabkommens eine Gelegenheit zum Abbau der Rassendiskriminierung.

Seite 6: Bewußtseinslücke

Saudis kaufen 48 Tornados von den Briten

gtm. **London**

Saudi-Arabien wird 48 Kampfflugzeuge vom Typ „Tornado", eine britisch-deutsch-italienische Gemeinschaftsproduktion, sowie 30 britische Schulungsflugzeuge vom Typ „Hawk", Ersatzteile und Radaranlagen im Gesamtwert von umgerechnet knapp 12 Milliarden Mark kaufen. Der Vertrag soll Ende September beim Besuch des saudiarabischen Verteidigungsministers Prinz Sultan Ibn Abdulaziz in London unterzeichnet werden.

Diese Order ist ein beachtlicher britischer Verhandlungserfolg sowohl gegenüber Frankreich als auch den USA. Die Saudis wollten zunächst ihre Luftwaffe mit amerikanischen F-15-Flugzeugen verstärken. Unter dem Druck des Kongresses hatte Verteidigungsminister Caspar Weinberger jedoch ständig zusätzliche Auflagen gemacht. Die Saudis sahen sich schließlich nach anderen Lieferanten um. Der stärkste Mitbewerber des „Tornado" war die französische „Mirage 2000". Präsident Mitterrand hatte erst kürzlich seinen Bruder nach Riad geschickt, um für die Mirage zu werben.

Daß sich die Saudis nun für die britische Offerte entschieden, erfreut die „Tornado"-Partner und den britischen Flugindustriekonzern British Aerospace, wird jedoch in Israel auf weniger Begeisterung stoßen. Die „*Tornados*" sollen *in Tabuk* stationiert werden, was Washington für seine F-15 verweigert hatte, weil dieser Stützpunkt nur etwas mehr als 150 Kilometer von dem wichtigen israelischen Hafen Eilat am Roten Meer entfernt liegt.

Blüm strebt den Fraktionsvorsitz an

ms. **Bonn**

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm möchte nach der Bundestagswahl 1987 eine politische Aufgabe außerhalb des Kabinetts übernehmen. Nach Informationen der WELT strebt Blüm an, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu werden. Diese Position hat zur Zeit Alfred Dregger inne. Von Dregger ist allerdings nicht bekannt, ob er sich dann wieder für dieses Amt zur Wahl stellen wird.

Blüm hat in jüngster Zeit wiederholt deutlich gemacht, daß er nicht an der Spitze eines vereinigten nordrhein-westfälischen Landesverbandes der Christdemokraten stehen möchte. Ende August hatte Blüm erklärt: „Ich sehe nicht, wie man den Platz eines Arbeitsministers mit einer so wichtigen Aufgabe verbinden kann. Ich kann nicht Arbeitsminister, Vorsitzender der Sozialausschüsse und Landesvorsitzendern von Nordrhein-Westfalen sein."

Kein Vertrauen zu den Arbeitsämtern

Nea. **Mainz**

Mehr als 90 Prozent der Unternehmen, die im Zuge der steigenden Konjunktur jetzt dringend Arbeitskräfte suchen, rechnen dabei nicht mehr auf Hilfe und Vermittlung durch die Arbeitsämter. Das gilt nicht nur für Facharbeiter (hier lagen die negativen Antworten sogar bei 96 Prozent), sondern zunehmend auch für Anlernkräfte. Dies ergab eine Umfrage der Unternehmerverbände im Bundesland Rheinland-Pfalz.

Für diesen fast sensationellen Vertrauensschwund machen Fachleute allerdings auch den raschen Wandel der Anforderungen verantwortlich, dem die Arbeitsvermittlung nur noch teilweise folgen kann. Der rheinland-pfälzische Wirtschaftsminister Rudi Geil (CDU) zieht aus den Ergebnissen die Konsequenz, daß man unter Umständen über eine Lockerung des staatlichen Arbeitsvermittlungsmonopols auch bei Facharbeitern nachdenken müsse.

Wilms: Bildung als Wert an sich

DW. **Bonn**

Die Bundesregierung will nach den Worten von Bildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) alles daransetzen „zu verhindern, daß sich ein kritisches Potential aus arbeitslosen Akademikern bildet". Frau Wilms sagte in einem WELT-Interview, man müsse der jungen Generation heute mit aller Deutlichkeit sagen, „daß man mit einem akademischen Abschluß keine Ansprüche mehr verbinden darf". Es gehe vielmehr wieder darum, das Bewußtsein für „die Bildung als Wert an sich" zu wecken.

Zu Untersuchungen, nach denen wieder vor allem Kinder aus Nicht-Akademiker-Familien auf ein Studium verzichten, meinte die CDU-Politikerin, sie glaube nicht, daß dabei die Einkommenssituation der Eltern eine Rolle spiele. Auch habe die Regierung Kohl bei der Umstellung des BAföG auf Volldarlehen die „materielle Ausstattung" der Studierenden nicht reduziert.

Seite 4: Nicht studierfähig

Moskaus Schärfe überrascht in London

REINER GATERMANN, **London**

Die Sowjetunion reagierte schnell und unerwartet stark auf den Beschluß der britischen Regierung vom Donnerstag, 25 sowjetische Staatsbürger wegen Spionage auszuweisen. Am Samstag kam die Moskauer Antwort: 25 Briten müssen innerhalb von drei Wochen, eine gleiche Frist wurde von London gewährt, die Sowjetunion verlassen. Bei ihnen handelt es sich um 18 Botschaftsangehörige, fünf Journalisten und zwei Geschäftsleute.

Der britische Botschafter in Moskau, Sir Bryan Cartledge, war Samstag um 15.00 Uhr ins Außenministerium bestellt worden, wo ihm der Chef der zweiten Europaabteilung, Wladimir Suslow, erklärte, der britische Ausweisungsbeschluß sei ein „boshafter und feindlicher" Akt gewesen, dazu geeignet, die anglo-sowjetischen Beziehungen zu „vergiften". Gleichzeitig überreichte er ihm eine Liste mit den Namen von 25 Personen, die in Aktivitäten engagiert seien, die „mit ihrem offiziellen Status nicht vereinbar sind".

In London brach Außenminister Sir Geoffrey Howe sein freies Wochenende ab und beriet mit engen Mitarbeitern einen möglichen nächsten Schritt. Er bezeichnete das sowjetische Vorgehen als „absolut nicht gerechtfertigt". Es werde den angestrebten Prozeß besserer politischer Beziehungen und eines verstärkten Handels zwischen beiden Ländern zunichte machen. Zuvor hatte er die Sowjets vor einer Parallelaktion gewarnt. Schottland-Minister Geoffrey Younger und sämtliche Mitglieder seines Ministeriums sind am Sonntag nicht, wie geplant, an der Spitze einer schottischen Industrie-Delegation nach Moskau gereist.

Mit der „rücksichtslosen Vergeltungsmaßnahme", so Sir Bryan, wird die Arbeit der britischen Botschaft in Moskau stark beeinträchtigt, zumal sich unter den 18 ausgewiesenen (von 107) Botschaftsangehörigen mit Viscount Asquith und Janet Gunn zwei hochrangige Sowjet-Experten befinden.

Das britische Korrespondentencorps in Moskau (14) wird fast um ein Drittel reduziert. Unter den Betroffenen befindet sich der erste nach Moskau entsandte BBC-Fernsehkorrespondent Tim Sebastian. Robin Gedye (Daily Telegraph) und Alan Philips (Reuters) hatten ihre Posten erst vor drei Wochen beziehungsweise vier Monaten angetreten. Außerdem müssen Mark Frankland (The Observer) und Dennis Blewett (Daily Mail) Moskau verlassen.

Der zu den Briten übergelaufene frühere Chef des Londoner KGB-Büros, Oleg Gordiewsky, dessen Enthüllungen das derzeitige Ausweisungskarussell in Bewegung setzten, verhinderte 1983, daß ein Angehöriger des britischen Geheimdienstes MI5, Michael Bettaney, zum Doppelagent wurde. Als er seine Dienste dem KGB anbot, informierte Gordiewsky seinen britischen Kontaktmann. Bettaney konnte schnell entlarvt werden und wurde Anfang 1984 zu 23 Jahren Haft verurteilt. Als Folge des Prozesses wurde der damalige KGB-Chef in London, Arkadi Gouk, des Landes verwiesen, seinen Platz nahm Oleg Gordiewsky ein.

Rau kommt das Papier von Bülows ungelegen

Heute tagen die Führungsgremien der Sozialdemokraten

DW. **Bonn**

Eine weitere Etappe auf dem Weg zum sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten wird der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau auf dem heutigen Zusammentreffen der SPD-Führungsgremien zurücklegen. Es wird erwartet, daß Rau nach der Sitzung des SPD-Vorstands am Nachmittag seine Bereitschaft zur Kandidatur erklärt. Offiziell soll er erst Ende des Jahres als Kanzlerkandidat präsentiert werden. Zur förmlichen Wahl stünde Rau auf dem Nürnberger Bundesparteitag der SPD im August nächsten Jahres an.

Bei der Diskussion um seine Kandidatur kommt Rau das Strategiepapier von Bülows ungelegen. Der Ministerpräsident hatte mit einem offenen Wort über seine Bereitschaft, die SPD in den Bundestagswahlkampf zu führen, gezögert, um den sicherheitspolitischen Kurs der Sozialdemokraten zu beeinflussen. Das Bülow-Papier führte ihm jetzt die Stärke des linken, neutralistischen SPD-Flügels vor Augen.

Rau hatte versucht, die Thesen des SPD-Linken im nachhinein als Alleingang darzustellen. Die Überlegungen Bülows seien nicht einmal „eine Bestandsaufnahme der sicherheitspolitischen Absichten der SPD", sondern lediglich „Diskussionsbeitrag", hatte der Ministerpräsident erklärt. Bülow hat die volle Unterstützung der Jungsozialisten, die seine Position als „pure Selbstverständlichkeit" charakterisierten.

Rau fürchtet offensichtlich vor allem die innenpolitischen Folgen der Unsicherheit über den sicherheitspolitischen Kurs der SPD. Die Union hat bereits zu verstehen gegeben, die Sicherheitspolitik der SPD unter einem Kandidaten Rau genau zu verfolgen.

Verständnis brachte der FDP-Bundestagsabgeordnete Olaf Feldmann den Thesen Bülows entgegen. Er sei gegen eine pauschale Verurteilung des Papiers, erklärte Feldmann in einem Interview des „Express". Es sei gut, wenn sich jemand Gedanken um die Zukunft mache.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Neutralitätsgesetz

Von Peter Gillies

Erkennbar mit langen Zähnen geht das Regierungslager an die Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes heran. Dennoch zeichnet sich jetzt ein Regierungsentwurf ab, von dem Alfred Dregger noch vor kurzem mit dem Hinweis abgeraten hatte, man möge den Dialog mit den Gewerkschaften nicht mit unnötigen Reizthemen belasten. Daß sich die Koalition unter Führung des CDU-Mittelstandes und der FDP nunmehr zu einer gesetzlichen Klarstellung der Neutralität der Nürnberger Bundesanstalt ermannt, zeigt Weitsicht.

Der Arbeitskampf des Vorjahres hatte augenfällig gezeigt, wie stark die Machtbalance zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften bereits aus dem Lot geraten ist. Ein Indiz dafür war unter anderen die Tatsache, daß die Bundesanstalt für Arbeit durch (umstrittene) Gerichtsurteile gezwungen worden war, Unterstützungsleistungen an indirekt vom Streik Betroffene zu zahlen, obgleich doch das Arbeitsförderungsgesetz die Anstalt zu strikter Neutralität im Arbeitskampf verpflichtet. Die Bundesanstalt, gespeist aus Pflichtbeiträgen von Arbeitnehmern, Unternehmen und auch vom Steuerzahler, geriet zu einer Art Streikkasse der Gewerkschaften.

Nun gab es Stimmen – auch im Regierungslager –, die aus Furcht vor gewerkschaftlichen Reaktionen eine gesetzliche Klarstellung dieser Neutralitätspflicht vermeiden wollten. Sie führten ein nur auf den ersten Blick liberales Argument ins Feld: Schon bisher halte sich der Gesetzgeber aus dem Arbeitskampf heraus, weswegen auch in diesem Fall die Einigung der Tarifpartner vorzuziehen sei.

Das ist rechtlich jedoch nicht haltbar. Denn man darf weder eine öffentliche Kasse noch grundlegende Prinzipien des Arbeitskampfes der Beliebigkeit einer Gruppeneinigung überantworten.

Tarifautonomie und Waffengleichheit im Arbeitskampf sind stolze und bewahrenswerte Prinzipien der Demokratie. Der Staat nimmt dort nicht Partei, aber er muß als Schiedsrichter für faire Spielregeln sorgen. Die Klarstellung der Neutralität der Nürnberger Bundesanstalt ist ein Teil dieser Pflicht.

Umwelt und Sozialismus

Von Joachim Görlich

Auf die Verschmutzung in Polen weisen amtliche, katholische und Untergrund-Medien hin. Die Ostseeküste ist so verdreckt, daß neunzehn Bäder wegen Seuchengefahr geschlossen wurden, vor allem in der Danziger Bucht, dem Stettiner Haff sowie in der Oder- und der Weichselmündung. Fünfunddreißig Kurorte, vornehmlich in Schlesien, wurden geschlossen. Hauptgrund: Waldsterben und Verschmutzung der Gebirgsflüsse, die so stark ist, daß Trinkwasser rationiert und mit Tankwagen geliefert wird.

Die Zeitung „Katolik" berichtet, daß nur zehn Prozent der Flüsse sauberes Wasser führen. Dreizehn Prozent der größten Seen seien „irreparabel verdreckt", sie seien Kloaken. Lediglich fünfzehn Prozent der Kläranlagen seien noch brauchbar. Laut „Katolik" fehlen siebentausend Kläranlagen. Nicht besser sieht es laut „Slowo Powszechne" mit den Filteranlagen der Industrie aus. Die meisten stammen aus der Vorkriegszeit, von ihnen sind knapp zwei Drittel nicht intakt.

Das KP-Organ „Trybuna Ludu" schreibt, daß wegen der Umweltverschmutzung und der forcierten Kohleförderung in Ost-Oberschlesien ganze Wohnviertel abbruchreif seien. Doch könnten die Bewohner nicht umgesiedelt werden, weil es zu wenig Wohnungen gebe. Und das Kattowitzer KP-Blatt „Trybuna Robotnicza" fügt hinzu: „Oberschlesien steht vor einer ökologischen Katastrophe!"

In Polen gibt es seit kurzer Zeit einen Umweltschutzminister und eine Umweltschutzliga, die aber gegen die Industrie machtlos sind. Auch gibt es staatliche Kontrollen, aber „Slowo Powszechne" berichtet: „Die Behörden stellen höchst ungern Strafanträge, weil höchstens fünf Prozent der Prozesse mit einem Schuldspruch ausgehen." Und die Bußgeldbescheide stünden in keinem Verhältnis zu den Schäden.

Man weiß, daß im oberschlesischen Industriegebiet die Krebserkrankungen hoch sind, ebenso die Kindersterblichkeit, die Zahl der Geburten geistig kranker Kinder und die der Fehlgeburten. Doch eine Besserung der Lage ist nicht absehbar, dazu fehlt es an Geld. Außerdem: ein System, dessen Hauptinteresse der eigenen Erhaltung dient, kann kaum Kraft erübrigen, auch das Land zu erhalten.

Der Funk sprüht

Von Joachim Neander

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat in einem Urteil festgestellt, daß die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im Freistaat Bayern seit sechzehn Jahren eine Gebühr einziehen, für die es gar keine Rechtsgrundlage gibt. Es fehlt ein entsprechendes Gesetz.

Die Erklärungs- und Protesthektik, die dieser Spruch bei den Anstalten ausgelöst hat (und dies, obwohl er nur für Bayern gilt und außerdem noch vor das Bundesverwaltungsgericht gebracht werden wird), ist zwar nicht logisch, aber doch verständlich. An Logik fehlt es deswegen, weil ein solches Urteil nicht gar so überraschend kommt. Nur Träumer konnten glauben, daß die Problematik der Fernsehstruktur auf ewig unbefragt bleiben werde. Es ist bedeutsam, daß hier ein Obergericht die Gesetzesgrundlage einer Gebühr betont, wo doch in einigen Anstalten bereits mehr oder weniger laut eine „vollkommene Finanzautonomie der Anstalten", also fast eine Art eigener Steuerhoheit, gefordert wird.

Aber verständlich ist die Aufregung allemal. Der Richterspruch ist geeignet, eine ganze Lawine anderer Fragen loszutreten. Wieso eigentlich kassieren nur die öffentlich-rechtlichen Anstalten eine Gebühr? Wieso kriegt das ZDF davon nur ein Drittel? Wieso die freien Veranstalter gar nichts, obwohl sie doch über dieselben Empfangsgeräte, Leitungen und Ätherwellen für dieselben Hörer und Zuschauer senden? Warum wird die Fernsehgebühr nicht an die inzwischen sehr fein entwickelte Teleskopie gebunden oder gar an den einzelnen Beitrag, der einzeln per „Rückmeldung" dem jeweiligen Veranstalter zu bezahlen ist? So daß jeder nur für das und nur so viel zahlt, soweit er tatsächlich sein Gerät eingeschaltet hatte.

Der scheidende Intendant des Hessischen Rundfunks, Wolfgang Lehr, hat den öffentlich-rechtlichen Rundfunk einmal recht schlitzohrig mit einem Zuckerbäcker verglichen. Dessen Erzeugnisse seien wirtschaftlich bewertbar, die Produkte von ARD und ZDF dagegen nicht. Deshalb müsse man sie der „Willkür" einer „Fehlbewertung" entziehen. Aber das hieße, die Zuschauer als allesamt sahneschleckende Dummköpfe hinzustellen.

ZEICHNUNG: GORRELL/THE RICHMOND NEWS LEADER

Elefant und Mücke

Von Enno v. Loewenstern

Der SPD-Bundesgeschäftsführer Glotz hat wieder beteuert – nach einem Lob für jene „zweite Phase der Entspannungspolitik", die „die Außenpolitik der Zukunft" sei –, daß die SPD zugleich die ideologische Auseinandersetzung mit SED und DKP führen werde. Die Botschaft hört man gern. Seit anderthalb Jahrzehnten hört man sie besonders oft. Nur von der Ausführung hört man nichts.

Am 4. November 1970 verkündete der SPD-Parteirat seinen Unvereinbarkeitsbeschluß und drohte Parteiverfahren gegen „gemeinsame Veranstaltungen" usw. mit Kommunisten an. „Friedenspolitik und Sicherung der Freiheit gehören für die deutsche Sozialdemokratie untrennbar zusammen", hieß es; die „geistige Auseinandersetzung" wurde proklamiert.

Da war man noch unsicher wegen der nächsten Wahl. Aber seither findet sehr vieles „gemeinsam" statt, bis zu riesigen Aufmärschen, nur die geistige Auseinandersetzung nicht. Schon im Oktober 1973 hatte Peter v. Oertzen den Ausweg entdeckt: Für den einzelnen Sozialdemokraten gebe es „manchmal Situationen, in denen er die gemeinsame Frontstellung mit Kommunisten nicht vermeiden kann" – in Betrieb, Gewerkschaft, Hochschule, Bürgerinitiativen. „Im übrigen gibt es auch allgemeine politische Situationen, in denen eine sozialdemokratische Partei keine große Wahl bei der Bestimmung ihrer politischen Verbündeten hat."

Vorher freilich hatte Brandt im Wahlkampf 1972, als die Tendenz ihm Erfolg verhieß, sich offenbart mit seiner Polemik gegen den „primitiven Antikommunismus", seiner Klage, daß hierzulande selten ein gutes Wort über die „DDR" verloren werde. Mehr und mehr riß bei SPD-Rednern ein Ton ein: eher mit Kommunisten als mit der Union und den „Kapitalisten".

Seither betont die SPD zwar den Unterschied im Abstrakten, im Stil des Godesberger Programms: „Die Sozialisten wollen Freiheit und Gerechtigkeit", die Kommunisten dagegen suchten „die Diktatur ihrer Partei zu errichten". Konkret aber, da also, wo die Auseinandersetzung am Beispiel beginnen müßte, warnt die SPD vor dem „Aufrichten von Feindbildern" (Glotz: Keine „Tiraden" wegen Solidarność, weil sie nur „unehrliches Wortgeklingel" wären). Dafür schwoll das USA-Feindbild von Vietnam bis Nicaragua. Es folgte die Äquidistanz mit unablässiger Kritik an den Amerikanern und unablässiger Verharmlosung der anderen Seite, bis der Kreml als friedliebend und „die Interessenlage der Amerikaner" als der unseren entgegenstehend erschien.

Peter Glotz spottete in der „Neuen Gesellschaft" über die parteiinternen Warner wie Gesine Schwan, Karl Kaiser und Hartmut Jäckel und über „Berührungsängste". Brandt wischte die Untrennbarkeit von Frieden und Freiheit weg: „Ohne Frieden ist alles nichts." Lafontaine übersetzte es in den Klartext: „Ehe ich einen Atomkrieg führe, möchte ich wie ein Pole leben." Dementsprechend wird die NATO „in Frage gestellt", bis Brandt sich in Moskau zu dem Ausruf genötigt sah – und zwar mit ostentativem Blick nicht auf die Pressevertreter, sondern auf vermutete Mikrophone oben –, er lasse sich „das Russenschild nicht umhängen". Als Antwort betonte das dankbare Politbüro die „Gemeinsamkeit der Positionen".

Natürlich will die SPD – möglichst – keine Unfreiheit. Aber sie kann und will sich vom Marxismus nicht lösen, nicht nur aus Rücksicht auf die geistig armen Wählerschichten, sondern auch, weil führende SPD-Kräfte tatsächlich nicht begreifen, daß eine sozialistische Wirtschaft niemals in einem freiheitlichen Staat möglich ist. Sie rekurrieren nicht gern auf Jochen Steffens: „Laßt uns die Belastbarkeit der Wirtschaft erproben", aber ihr Handeln läuft darauf hinaus, mit Plänen für Investitionslenkung, Vergesellschaftung, immer neuen Belastungen für die Unternehmen, bis deren Zusammenbruch die „Unfähigkeit des Kapitalismus zur Bewältigung der Probleme" „beweist".

Dahinter steht die vage Vorstellung, ein solcherart eingeschlichener Sozialismus werde buman und demokratisch legitimiert sein und das gute Leben bringen; am westdeutschen Wesen werde genesen, was von Kötzschenbroda über Wladiwostok bis Havana nicht gelingen konnte. Damit zusammen geht die Hoffnung, per „Wandel durch Annäherung", „Kommutation", „Konvergenz" den „bürokratischen Sozialismus" humanisieren zu können, verbunden mit jener konkreten Erwartung, die Rau vom CDU-Politiker Rühe angelastet wurde: Er brauche wohl „den Segen von Generalsekretär Gorbatschow für seine Bewerbung".

Freilich gab es Sozialisten (Schumacher) und gibt es sie (Mitterrand, Sinowatz, Soares), die zuverlässige Antikommunisten waren und sind. Aber die SPD ist seit 1945 nur einmal an die Macht gekommen, durch ihre Ostpolitik, und die „zweite Phase" ist nichts als der Versuch, das Erfolgsrezept zu wiederholen. Kann man sich ideologisch auseinandersetzen, wenn man politisch auf das Zusammensetzen gesetzt hat? Ein Mitterrand kann es; Deutsche haben anscheinend nicht das Selbstbewußtsein für solchen Drahtseilakt.

So entsteht ein Sog, den man unter dem Schutz des amerikanischen Atomschirms gewiß trefflich verharmlosen kann; jeder sieht es Lafontaine an, daß er nicht wie ein Pole lebt und nicht wie ein Pole leben möchte (und schon gar nicht wie ein Pole sterben möchte); Glotz tut das Verhältnis SPD zu DKP als „Elefant und Mücke" ab. Aber es geht nicht um das Verhältnis SPD–DKP, sondern um das Verhältnis SPD–Sowjetblock. Wer da die Mücke ist, ist evident. Und das Spiel mit dem Feuer, um das diese Mücke schwirrt, betrifft uns alle.

Friede in Freiheit oder wie ein Pole leben? Lafontaine

FOTO: FERDI HARTUNG

IM GESPRÄCH Son Sen

Der Erbe des Schlächters

Von Christel Pilz

Guerillaführer in Kambodscha: Son Sen FOTO: AP

Wie kann es sein, daß dieser Khmer mit dem Buddhagesicht und dem lächelnden Schimmer auf den Augen weder Mönch noch Gelehrter, sondern Revolutionär und – seit kurzem – Kommandeur der sechzigtausend Mann starken Guerrilla der Roten Khmer ist? Son Sen, vierundfünfzig Jahre alt, hat den berüchtigten Pol Pot abgelöst.

Seine Aufgabe ist gewaltig. „Stellen Sie sich vor", sagte er der WELT in einem Dschungelcamp, „die Deutschen in der Bundesrepublik müßten 1,8 Millionen sowjetische Soldaten bekämpfen und hätten fünf Millionen sowjetische Siedler im Land!" In Kambodscha stehen sechs Millionen Khmer 180 000 Soldaten und 500 000 Siedlern aus dem benachbarten Vietnam gegenüber.

Son Sen studierte Anfang der fünfziger Jahre an der Pariser Sorbonne Philosophie, wobei er Landsleute traf wie Pol Pot, Khieu Samphan, Ieng Sary. Sie diskutierten über ihre Nation, die bis 1954 der Herrschaft Frankreichs unterstand. 1955 kehrte Son Sen nach Phnom Penh zurück, er wurde Direktor der pädagogischen Hochschule, doch das autoritäre und feudalistische Regime des Prinzen Sihanouk trieb ihn in die Opposition. 1963 folgte Son Sen seinen Freunden in den Dschungel. 1968 begann der Kampf.

Son Sen las nun Napoleon und den chinesischen Militärdenker Sun Ze. Eine formale militärische Ausbildung erhielt er nie; er lernte durch Erfahrung. 1975 zog er in Phnom Penh ein. Die Roten Khmer hatten das proamerikanische Lon-Nol-Regime besiegt.

Son Sen wurde stellvertretender Verteidigungsminister eines der grausamsten Regime dieses Jahrhunderts. Zwei Jahre später stand er wieder an der Front, diesmal gegen die Vietnamesen, die Kampfgefährten von gestern. Son Sen kämpfte zur Sicherung der Ostgrenze, „bis wir der Übermacht der Aggressoren unterlegen waren", wie er am 7. Januar 1979 sagte, als die Vietnamesen Phnom Penh besetzten. Doch Son Sen und seine Kämpfer gaben nicht auf. Monatelang lebten sie von Blättern und Wurzeln, zogen zu Fuß durch das Land, reorganisierten ihre Kräfte.

Die Vietnamesen sind immer noch im Land, doch die Roten-Khmer-Führer – sie beteuern, dem Sozialismus abgeschworen zu haben – haben verhindert, daß sie Kambodscha in den Griff bekommen.

„Unser Ziel muß sein, Vietnam so weit zu schlagen, daß Hanoi sich einer politischen Lösung beugt", sagt Son Sen. Von den Vietnamesen hat er gelernt, daß es ein Fehler ist, seine wahre Stärke zu zeigen. Seine Hauptaufgabe fortan wird sein, auf Kooperation und Integration der Roten Khmer mit den Widerstandsgruppen unter Son Sann und Prinz Sihanouk hinzuwirken. Son Sen muß Mißtrauen abbauen, das tief saß, solange Pol Pot die Truppen kommandierte – auch jetzt gibt es viele, die den Führungswechsel nur als eine Taktik begreifen, um die politische Entwicklung nicht mit dem Hauptverantwortlichen der früheren Grausamkeiten, Pol Pot, zu belasten.

Son Sen ist ein geduldiger Mann. Sein Name gilt als unbeschmutzt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Zu einem Fernsehbericht schreibt sie:

Aufgrund einer unter zweifelhaften Umständen zustandegekommenen Telefonumfrage wurde der Eindruck vermittelt, als ob in der Stadt das Vertrauen gegenüber den Sicherheitsgarantien der Alliierten sinke und auch die NATO nicht mehr so hoch im Kurs stehe wie früher ... Der Senat war gut beraten, daß er die schiefe Darstellung im Fernsehen postwendend geraderücken ließ, noch ehe sie im Atmosphärischen politischen Schaden anrichtete.

LIBERATION

Die Pariser Zeitung kommentiert den mißlungenen Ariane-Start:

Die Statistiker des Mißgeschicks können das traurige Symbol eines gallischen Hahns nicht auslöschen, der seine Federn glänzend zur Schau stellt, aber den Schnabel in den Mist steckt. Armer Präsident, armes Frankreich: Man will zeigen, daß man so schön wie die Götter ist, und trägt doch nur die Lumpen des Zufalls.

THE TIMES

Die britische Tageszeitung nimmt zu den Motiven Oleg Gordiewskijs Stellung:

Gordiewskij hat ein Anrecht auf die Bestätigung, daß die Jahre fürchterlicher Spannung in seiner Dreierrolle als Diplomat, KGB-Kontrolleur und Agent westlicher Geheimdienste zur Erreichung der erhofften Ziele geführt haben. Hätte er sich nur der Fleischtöpfe des Westens erfreuen wollen, dann hätte er bereits vor zehn Jahren mehr als genug Informationen gehabt, um eine freundliche Aufnahme zu bekommen. Es bedurfte moralischer Kraft und völliger Überzeugung, daß die angestrebten Ziele gerecht waren, um angesichts dieses Drucks in seiner Position zu bleiben.

Westfälische Nachrichten

Das Münsteraner Blatt bemerkt zum Erziehungsgeld:

Mit dem neuen Gesetz wird nämlich endlich auch die Arbeit jener anerkannt, die die Kindererziehung einer beruflichen Tätigkeit vorziehen, dafür aber außer wortreicher Anerkennung ihrer Arbeit von den Politikern nie einen entsprechenden Obolus bekamen. Wenn auch unbestritten ist, daß Kindererziehung letztlich nicht mit Geld zu bezahlen ist, so ist der künftige Staatszuschuß von 600 DM im Monat doch zumindest eine Absicherung, die den Entschluß für das Kind und gegen den Beruf erleichtert.

Schwarzwälder Bote

Das Oberndorfer Blatt bewertet die DGB-Aktionswoche:

Nunmehr steht die erklärte Willensbekundung im Vordergrund, die gesamte deutsche Öffentlichkeit, in erster Linie aber die verantwortlichen Politiker jeglicher Couleur, auf die Notwendigkeit einer Politik der sozialen Symmetrie aufmerksam zu machen. Sodann geht es der DGB-Spitze darum, um Verständnis für Gewerkschaftspolitik im Interesse der Arbeitnehmerschaft zu werben und deutlich zu machen, daß die DGB-Gewerkschaften zwar kritische, aber letztlich verläßliche Partner von Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik bleiben wollen.

Worauf Briten stolz sind und Deutsche weniger

Das schwierige Vaterland / Von Peter R. Hofstätter

Was ist es, das ein Volk zusammenhält? Die Frage scheint müßig, aber im deutschen Fall ist sie ungemein schwer zu beantworten. Die Kriterien, an die man sich zu halten pflegt, versagen: Die Sprachgemeinschaft erstreckte sich schon 1937 weit über die Grenzen des Reiches bis nach Österreich, nach Südtirol und in die Schweiz. Es kann auch weder von einer gemeinsamen Rechtsordnung die Rede sein, in der die Deutschen leben, noch von einem gemeinsamen Territorium, in dem sie sich frei bewegen können.

Zum Verständnis verweisen viele Lehrer ihre Schüler auf die Geschichte der letzten siebzig Jahre, in denen die Großmachtpläne des Reiches zweimal blutig gescheitert sind. Da klingen Schuld und Sühne an, während sich die Schüler mit Thesen wie der folgenden innerlich abfinden: „Vaterland wird ein toter Name, dessen man nur noch ehrenhalber Erwähnung tut, wie in den Leichenpredigten der Ahnen, deren Güter und Titel man ererbt hat."

Der Vergleich muß jeden braven Progressiven beglücken, der von (anderer Leute) Gütern und Titeln ebensowenig wissen will wie von der Bindung an ein Vaterland, das übrigens, wenn schon, nach heutiger Regel „Mutter-Land" heißen müßte. Aber das konnte der Autor dieses Merksatzes im Jahre 1765 – kurz nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges – noch nicht wissen. Friedrich Karl Freiherr von Moser (1723–98) entstammte einer württembergischen Beamtenfamilie, die dem Pietismus nahestand. Er war in den siebziger Jahren Minister in Hessen-Darmstadt und vorher, in den sechziger Jahren, als Protestant Reichshofrat in Wien.

Sein Büchlein handelt „von dem deutschen Nationalgeist"; den Terminus hatte Moser in Anlehnung an Montesquieus „L'Esprit des Nations" ins Deutsche eingeführt. Nachdem er viel herumgekommen war, ließ ihn das Gefühl nicht los, daß bei den Deutschen eine „allgemeine Vaterlandsliebe vielleicht nie stark genug gewesen, oder doch schon allzulang erloschen (sei), als daß man bei ihnen eine solche National-Denkungsart suchen sollte, wie man sie bei einem Briten, Eidgenossen, Niederländer oder Schweden findet".

Wie eine Bestätigung dieses Befundes klingt es, wenn nach einem Bericht der Allensbacher Demoskopen von 1981/82 in den USA, in England, Spanien und Italien zwischen 80 und 86 Prozent der Befragten angaben, auf ihre Nationalität „stolz" oder sogar „sehr stolz" zu sein, in der Bundesrepublik dagegen bloß 59 Prozent.

Im Frühjahr 1981 fanden 81 Prozent der 16- bis 29jährigen Befragten, daß „das Wort Vaterland nicht mehr in die heutige Zeit paßt"; von den über 45jährigen waren nur 22 Prozent dieser Ansicht. Im gleichen Jahr gaben nicht weniger als 56 Prozent der Befragten im Alter unter 30 Jahren zu, sie wüßten gar nicht, „wie die ersten Worte heißen, mit denen unsere Nationalhymne anfängt". Daß man eine Nationalhymne brauche, meinte nur jeder zweite in dieser Altersgruppe. Es scheint, daß sich die deutschen Probleme von 1765 und von 1985 nicht so sehr unterscheiden.

Wie sollten sie auch? Die Deutschen leben in der Mitte Europas; das heißt, daß alle Spannungslinien des Kontinents ihr Gebiet durchziehen und an ihnen zerren. Es ist daher – wie Friedrich Engels 1887 mit Recht anmerkte – „seit dem Dreißigjährigen Krieg keine einzige gemeindeutsche Angelegenheit mehr entschieden worden ohne die sehr fühlbare Einmischung des Auslands".

Dieser Kalamität ist nicht zu entgehen; wir müssen sie als gemeinsames Schicksal annehmen und uns auf eine lange „Übergangszeit" einrichten bis zu „dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist" (Artikel 146 GG).

Die Gefahr der zwischenmenschlichen Entfremdung, die in dieser Situation lauert, hat Moser bereits beschrieben: „Wir kennen uns selbst nicht mehr; wir sind uns untereinander fremd geworden." Um so mehr benötigen wir den ernsthaften Willen zum Zusammenhalt der Bürger in ihrer staatlichen Lebensgemeinschaft. Daran, daß diese ihren Ausdruck in „integrierenden Symbolen" – wie zum Beispiel Nationalhymne und Verfassungstag – finden muß, hat soeben der frühere Bundespräsident Karl Carstens in Kiel erinnert.

Das war notwendig, aber er wird dafür kaum viel Dank ernten. Denn er ging auch auf die Versäumnisse ein, die sich auf diesem Gebiet weite Teile der progressiven Pädagogik und der elektronischen Massenmedien erlaubt haben. So ist seitens der hauptsächlich angesprochenen Stellen mit einer Strategie des Totschweigens zu rechnen.

Dabei wäre es angesichts der von östlicher Seite energisch begünstigten Bemühungen, die Bindung unserer Jugend an unsere staatliche Wirklichkeit zu lösen, hohe Zeit für eine klärende Aussprache. Sie wird durch Denkspielereien mit Utopien zu „Frieden", „Bündnisfreiheit" und „Neutralität" nicht ersetzt.

„Die schaffen das auch ohne mich“

Der Name Pieroth ist durch den Weinskandal ins Gerede gekommen. Der Name Pieroth hat andererseits besonders in der Berliner Politik einen guten Klang. Gibt es für den Wirtschaftssenator Elmar Pieroth so etwas wie eine Sippenhaftung für seinen Bruder Kuno, den Weinhändler?

Von PETER GILLIES

„Ich werde über unternehmerische Sozialpolitik nicht mehr so unbefangen wie bisher reden können – da grinsen vielleicht einige im Saal.“ Elmar Pieroth, Wirtschaftssenator in Berlin, spürt Probleme mit dem „Rebzweig“ seiner Familie, jenem Weinhandelsunternehmen, das sein Bruder Kuno Pieroth leitet und das mit verpanschten Weinen in die Schlagzeilen geriet. Dennoch hat sich der CDU-Mann nach vielen Gesprächen und inneren Kämpfen entschieden, in der Politik zu bleiben.

Trägt ein Politiker, der vorher Unternehmer war, lebenslang ein Stigma? Gibt es eine mediale Sippenhaft zwischen Wirtschaft und Politik? „Nein“, antwortet der Senator prompt, fügt aber nachdenklich an, da gebe es vielleicht „Unterströmungen bei Menschen, mit denen ich spreche“. Bisher jedenfalls sei er in Berlin und von den Politikern überaus fair behandelt worden. Nur aus zwei Quellen sei ihm bisher Gedankengut nach Art einer „Sippenhaft“ entgegengeschlagen: von der Alternativen Liste und aus der „Wahrheit“, dem Organ der kommunistischen SED in West-Berlin.

„Ich habe 1953 als Gastwirt angefangen und den Betrieb zu einem Unternehmen aufgebaut, das heute 2000 Sorten in 5000 Abfüllungen anbietet und rund 330 Millionen Mark im Jahr umsetzt.“ Nie sei die Firma in die Tausende von Weinprozessen der letzten Jahrzehnte verwickelt gewesen, habe jedoch offensichtlich die Gefahr der Vorlieferanten unterschätzt. Die mit Frostschutzmitteln versetzten Weine aus Österreich stürzten das Unternehmen jetzt in die Krise.

Die ersten Nachrichten über diesen Weinskandal hatten ihn während des Urlaubs auf dem Balkan erreicht, als er mit Familie im Wohnmobil nach Istanbul zockelte. In Prag erfuhr er, daß sich auch ein Pieroth-Wein als Glykol-gepanscht herausstellte. Weitere folgten, und die Notrufe des Unternehmens und von Bruder Kuno wurden täglich dringlicher. „Am Mittwoch, dem 21. August, war ich zu 80 Prozent entschlossen, daß meine Firma mich braucht.“

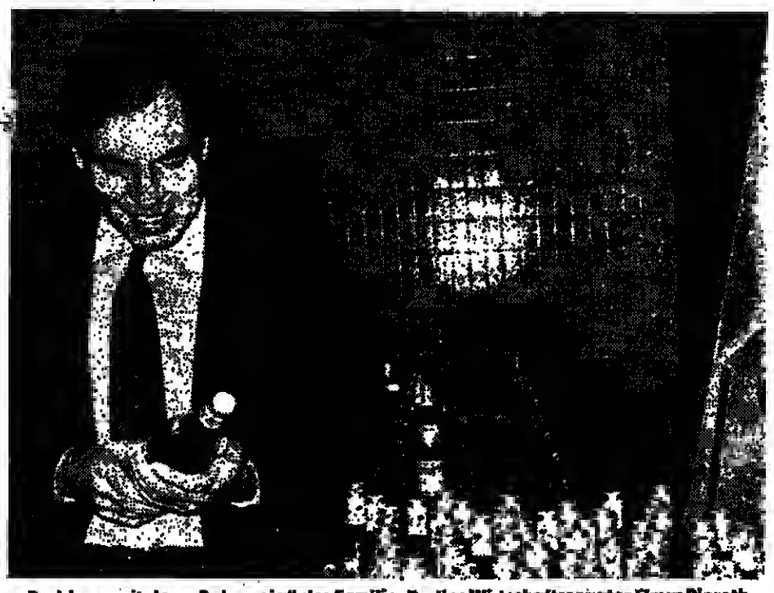
Wieder zurück in Berlin, sprach ihn der Regierende Bürgermeister an und bat Pieroth, im Senat zu bleiben. „Die Kernfrage, die sich mir stellte, lautete: Wo war die Lücke größer – in der Politik oder in meiner Firma, aus der ich vor 14 Jahren ausschied?“ Nachdem die Firma eigene Maßnahmen zur Vertrauensbildung bei ihrer Kundschaft und zur Stärkung der Geschäftsführung einleitete, habe der Druck auf den „Nothelfer aus Berlin“, der noch immer mit mehr als einem Drittel an einer Weinhandelsfirma beteiligt ist, nachgelassen. „Am Sonntag darauf wußte ich: Die schaffen das auch ohne mich.“

Als er 1971 in die Politik ging, habe er die Verbindungen zum Weinhandel unmißverständlich gekappt, betont Elmar Pieroth. Damals herrschte die Ansicht vor, „ein Politiker in der Familie schmückt immer“, heute dächten manche anders darüber. In Berlin, „wo ich gute Freunde und eine sehr gute Presse habe“, seien anfangs Schwierigkeiten mit den etablierten Gruppen zu überwinden gewesen. Manche hätten den Wirtschaftspolitiker, der über die Abschaffung von Subventionen laut nachdachte und die Vermögensbeteiligung breiter Schichten im Schilde führte, zuerst *milde belächelt*.

Mittlerweile hätte sich seine Wirtschaftspolitik jedoch zu einem Markenzeichen entwickelt, mit dem man – erkennbar – auch Wahlen gewinnen könne. Freilich werde seinem Motto „Geld verdienen muß auch Spaß machen“, heute eine andere Bedeutung unterlegt. „Aber es darf doch nicht sein, daß die Politiker-Laufbahn heute über die Stationen Studium, Mitgliedschaft in der Jugendorganisation, Assistent bei einem Landesminister schließlich in den Bundestag führt.“ Politiker dürften sich nicht nur aus Lehrern, Soziologen und Politologen rekrutieren, die Unternehmererfahrung könne man nicht aussperren – „heute weniger denn je“.

Spürt er verdeckte Anspielungen, heimliche Frotzeleien oder wissendes Mienenspiel seiner politischen oder wirtschaftlichen Gesprächspartner? „Nein“, meint der Senator, „aber manchmal stelle ich mir schon die Frage, ob die anderen nur betont freundlich sind.“ Empfindet er die einschlägigen Schwierigkeiten des Bundespostministers als Parallele? „Ich habe mich vor 14 Jahre vom Geschäft getrennt, Schwarz-Schilling erst vor drei Jahren. Ich glaube, er hätte sich mehr zurückhalten müssen.“ Daß Pieroth schon ein Selbstbewußtsein nach Berliner Art angenommen hat, zeigt seine Bemerkung: „Ich war auch besser als Schwarz-Schilling.“

„Der Pieroth is schon jut“, kommentiert ein Taxifahrer das Thema. Die Gesprächspartner des Senators in Berlins Wirtschaft und Gewerkschaften teilen diese Einschätzung. Aber für den Vorzeig-Unternehmer ist auch klar: „Die Welt ist augenblicklich nicht mehr so wie vorher.“



Probleme mit dem „Rebzweig“ der Familie: Berlins Wirtschaftssenator Elmar Pieroth
FOTO: HORST OSSINGER/DPA

Die Wüste dringt vor: Zwischen Senegal und Somalia stirbt die Vegetation und mit ihr Mensch und Tier
FOTO: KEYSTONE

In der Sahelzone wurden die Brunnen zur tödlichen Falle

Sie bauten Brunnen, um den Menschen in der Sahelzone zu helfen. Doch es scheint, daß die Entwicklungshelfer gerade so die Dürre zur Dauerkatastrophe machten.

Von LUDWIG KÜRTEN

Das Hungern und Sterben der Menschen in der Sahelzone, die den afrikanischen Kontinent vom Senegal im Westen bis Somalia im Osten durchzieht, hat Erschrecken und Betroffenheit ausgelöst. Wo noch vor einigen Jahrzehnten der Wechsel von Trockenzeit und reicher Vegetation das Leben bestimmte, hat sich heute die Wüste dauerhaft eingenistet. In ausgedehnten Landstrichen gibt es keinen Baum und keinen Strauch mehr, das Grundwasser ist in unerreichbare Tiefen abgesunken, Mensch und Vieh können sich ohne fremde Hilfe nicht mehr ernähren.

Einige Experten sehen den Hauptgrund in den ungünstigen klimatischen Entwicklungen. Seit den 70er Jahren liegt der jährliche Durchschnitt des Niederschlags damit weit unter dem notwendigen Maß. In ganz andere Richtung zielt dagegen die Ansicht, daß die Entwicklung überwiegend auf Einflüsse des Menschen zurückgeführt werden muß: Viele Experten glauben, daß Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur, der Kultur und der Landwirtschaft in den betroffenen Ländern zu der Entwicklung geführt haben. Die Wurzeln lägen damit in einer verfehlten Entwicklungspolitik für die Länder Afrikas.

Das Erkennen der Ursache der Dürrekatastrophe hat enorme Konsequenzen für alle Hilfsstrategien. Die Entwicklungshilfe, die in den letzten Jahrzehnten geleistet worden ist, könnte sich als kurzsichtig und verhängnisvoll erweisen. Das Motto „Gebt den Menschen Wasser, dann werden sie zu essen haben“ scheint in der Sahel-Region mehr geschadet als genutzt zu haben.

In jüngster Zeit mehren sich nämlich die Untersuchungsergebnisse, vor allem von Ökologen, mit solch unangenehmen Einsichten. So zeigte sich, daß dem Desaster ein grundlegender Wandel in den Lebensgewohnheiten der Sahel-Bewohner vorausging. Ihr Leben in der klimatischen Übergangszone zwischen Wüsten, Steppen und tropischen Wäldern wurde geprägt durch den jährlichen Wechsel zwischen der Trocken- und der Regenzeit. Sie lebten als Nomaden und wanderten mit ihren Herden regelmäßig zwischen den trockenen und feuchteren Regionen hin und her.

Sie folgten damit dem gleichen Rhythmus, der auch das Leben der Wildtiere in den Steppen Afrikas bestimmt. Diese wandern von Regionen mit hohem Niederschlag in die trockeneren Zonen, wenn dort nach der Regenzeit die Vegetation aufgeblüht ist. Im Gegensatz zu den Pflanzen in den feuchten Gegenden hat diese kurzlebige Vegetation sehr hohe Qualität. Während ihres Aufenthaltes in den trockenen Zonen bringen diese Tiere daher auch ihre Jungen zur Welt, um sie in den ersten Lebensmonaten mit hochwertiger Nahrung aufziehen zu können. Erst wenn dann wieder die Trockenzeit einsetzt, das Wasser versickert und die Pflanzen verdorren, kehren sie in die Feuchtgebiete zurück. Dies gibt den Trockenregionen die Chance zur Regeneration. Denn die Pflanzenfresser verlassen die Gebiete so zeitig, daß der Vegetation Zeit bleibt, Reserven anzusammeln und sich durch Aussäen wieder zu verbreiten.

Die Menschen folgten traditionell diesen Wanderungsbewegungen. Sie nutzten die Trockenregionen nur in der Vegetationsperiode, den Rest des Jahres verbrachten sie in den Feuchtzonen.

Dieser Lebensrhythmus geriet in Unordnung, als im Zuge der Entwicklungshilfe mehr und mehr Brunnen gebohrt wurden und man die Nomaden dazu brachte, sich in deren Umfeld niederzulassen und zum Ackerbau überzugehen. Dies lag aber auch ganz im Interesse der jungen afrikanischen Nationen, deren Grenzen weniger nach den alten Bevölkerungs- und Stammesgewohnheiten als nach den in der Kolonialzeit entstandenen Strukturen gebildet worden waren. Wanderungsbewegungen über die Grenzen hinweg sind seither fast ausgeschlossen.

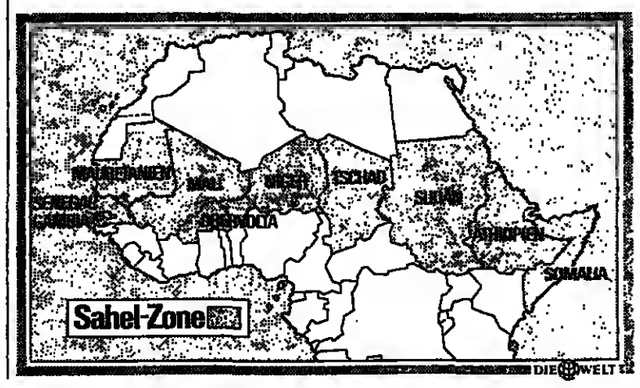
Innerhalb kurzer Zeit vermehrte sich die Zahl der Menschen und der Haustiere, unterstützt durch die medizinische und landwirtschaftliche Hilfe, die ihnen nun zuteil wurde. Das empfindliche ökologische Gleichgewicht wurde völlig über den Haufen geworfen. Binnen kurzer Zeit führte die ganzjährige Beweidung zur Vernichtung der Vegetation.

Dies war wiederum Anstoß für einen Kreislauf von Umweltveränderungen: Die schwindende Vegetation konnte nicht mehr genug Regenwasser im Boden speichern, so daß es schnell versickerte. Gleichzeitig erhöhte sich die Wärmeabstrahlung der Oberfläche, wodurch der Boden kühler wurde und weiter austrocknete. Das Verhängnis nahm seinen Lauf, weil die Temperaturerhöhung in diesen Gebieten auch zum Rückgang der Niederschlagsmengen führte. Der Kreislauf schließt sich damit wieder, denn auf diesen Regen sind wiederum die Pflanzen angewiesen. Die Folge: Innerhalb kurzer Zeit ergriff die Wüste Besitz von den zuvor fruchtbaren Gebieten.

Der geringe Niederschlag in den letzten Jahrzehnten ist somit höchstens eine der Folgen, nicht aber die Ursache der Umweltveränderungen.

Diese ökologische Erkenntnis macht deutlich, daß es nicht ausreicht, durch Nahrungsmittellieferungen die Menschen vorübergehend zu ernähren und ansonsten auf eine Besserung des Klimas zu warten. Noch verhängnisvoller wäre es, mehr Brunnen zu bohren und mehr Dörfer anzulegen.

Das gesamte Hilfskonzept muß darauf abzielen, die ursprünglichen Lebensgewohnheiten wieder einzuführen. Dies erscheint fast aussichtslos, ist aber zwangsläufig. Dabei würde es wohl allein 25 Jahre dauern, bis sich die Vegetation in der Sahelzone überhaupt wieder regenerieren könnte. Und das nur, wenn man in dieser Zeit alle Menschen und Tiere aus dem Gebiet fernhielte.



Die KPF poliert ihr Patrioten-Image

Zweifel trüben in Frankreich gelegentlich das strahlende Bild des Widerstands gegen den Faschismus. Zweifel auch an der KPF. Doch die sieht sich als einzige konsequente Kraft gegen die Nazis, wie sie mit der Ausstellung „Kommunisten im Widerstand“ in Paris unterstreicht.

Von A. GRAF KAGENECK

Diese Ausstellung soll den Männern und Frauen von heute, die diese Zeit nicht erlebt haben, zeigen, welches damals die wirkliche Haltung der Kommunistischen Partei war“, ruft Georges Marchais in die Mikrophone. „Dies entspricht einer unerläßlichen Notwendigkeit.“ Der Generalsekretär, braungebrannt und von strotzender Gesundheit, nachdem er gerade von einem fünfwöchigen Aufenthalt auf der Krim zurückgekehrt ist, spricht von den Opfern, er gedenkt der Gefallenen. Die KPF habe immer im französischen Volk und in der französischen Erde gewurzelt, sie sei die Partei der Patrioten schlechthin. „Die KPF ist der beste Schutzschild für unser Volk“, ruft Marchais aus. „Sie ist eine Macht, die sich vor nichts und niemandem beugen wird.“

Großer Beifall. Unter den auserwählten Gästen sind der sowjetische und der chinesische Botschafter. Eine Delegation ist aus Ost-Berlin gekommen. Man drängt sich durch das enge Ausstellungszelt. Der Historiker wird sich angeregt fühlen. Manches ward noch nie gesehen. Die letzten Worte eines zum Tode Verurteilten vor der Hinrichtung, auf einen Zettel gekritzelt. Waffen, Radiogeräte, Flugblatt-Pressen aus dem Untergrund. Fotos von deutschen Soldaten in den Straßenschluchten von Paris, heimlich aus Erkern aufgenommen. Bilder von deutschen SS-Generalen vor der Silhouette der Pariser Prunkhotels. Ein Judenstern. Erschießungspelotons vor an Pfählen gebundenen Todeskandidaten.

Marchais betrachtet sich das alles nachdenklich. Was geht in seinem Kopf vor? Wo er damals war? Es ist bis heute ungeklärt, ob er nicht, statt im Untergrund sein Leben für die Freiheit Frankreichs zu riskieren, bei Messerschmitt in Augsburg deutsche Jagdflugzeuge baute und gutes Geld dabei verdiente.

Das Fest der „Humanité“ zieht Millionen an

Gerade in diesem Jahr, vier Jahrzehnte nach dem Sieg über das nationalsozialistische Deutschland, wird in Frankreich häufig die Frage gestellt, wie es denn mit dem Widerstand insgesamt und dem der Kommunisten speziell ausgesehen habe. So wird gefragt, ob denn dieser Widerstand sich schon regte, als sich Hitler und Stalin verbündeten und die deutschen Truppen, den Rücken frei, zuerst Polen und dann Frankreich niederwerfen konnten.

Da gibt es die Vorwürfe, Kommunisten hätten Juden und Ausländer ans Messer geliefert. Dem haben die Kommunisten immer ein stoisches Dementi entgegengesetzt, und da man ihnen in zahlreichen Prozessen nicht das Gegenteil beweisen konnte, hat man sie schließlich damit in Ruhe gelassen. Selbstbewußt trägt die KPF also ihr Image einer großen patriotischen Massenpartei, die den Anspruch hat, die Unabhängigkeit und Größe Frankreichs aus ihrer Geschichte heraus zu verkörpern. Diese Mischung aus Proletarismus und Patriotismus hat ihr in guten wie in schlechten Zeiten einen guten Anteil Wähler zugetragen, und bei ihrem jährlichen „Humanité“-Fest zögern die Franzosen nicht, in Millionen zu erscheinen, ganz gleich ob Kommunist oder nicht.

Nach dem Rundgang durch die Ausstellung drängt man sich in zwei Zelte, in denen Buffets auf die Gäste warten. Die Laune ist heiter. Man plaudert mit dem sowjetischen Botschafter Woronzow, dem die grauhaarigen Widerstandskämpfer von einst alle die Hand drücken wollen. „Ja, die Rote Armee hat uns damals in Buchenwald befreit“, sagt einer. Ein junger Sowjet-Diplomat übersetzt. Der Gorbatschow-Besuch in Paris? Er werde ein großer Erfolg werden, prophezeit der Missionschef. Die Beziehungen zwischen Ost und West würden davon profitieren.

Henri Krasucki, der mächtige Boß der kommunistischen Gewerkschaft, geht von Gruppe zu Gruppe und küßt alte Damen, die alle die Widerstandsrosette an der Bluse tragen. Charles Fiterman, bis zum Bruch mit den Sozialisten Transportminister im Kabinett Mauroy, steht ein wenig traurig und verlassen da. Seines Amtes entkleidet, ist er wieder ganz der unbekannte, ins Glied zurückgetretene Parteisoldat. Bei den Wahlen im nächsten Frühjahr wird er gegen Raymond Barre in Lyon einen schweren Stand haben. Roland Leroy, der Direktor des Parteiblatts, weist mit einer Handbewegung jeden Verdacht eines Verrats in der Partei von sich, nachdem ein gewisser Jean Fabien in einem Buch Interna aus den Beziehungen der KPF zum Kreml ausgebreitet hat. „Das muß ein Sozialist gewesen sein“, sagt er humorvoll.

Die „guten alten Zeiten“ des politischen Gettos

Mit den Sozialisten sind sie fertig. Endlich ist man sie wieder los, kann man sie wieder mit heruntergelassenem Visier bekämpfen. Betrachtet man sich die Führer dieser Partei, wie sie da in bester Laune, selbstsicher und vergnügt, miteinander sprechen, wird man den Eindruck nicht los, als sei eine enorme Last von ihren Schultern gefallen. Die Last, zusammen mit den Sozialisten eine Politik vertreten zu müssen, die man alleine den Arbeitern nie zugemutet hätte. Nun kann man wieder als Arbeiterpartei auftrumpfen. Die „guten alten Zeiten“ im Getto sind wieder da. Frankreichs Kommunismus ist nicht für heute oder morgen. Man hat Zeit.

„Gut, daß ich so oft in Finnland zu tun habe. Da kann ich mit FINNAIR fliegen, da finde ich den Komfort, den ich gewohnt bin.“

Die FINNAIR Executive Class ist die Klasse für Geschäftsreisende. Mit bequemen Sitzen und mehr Beinfreiheit in einem separaten Abteil. Mit 30 kg Freigepäck pro Person. Mit vorzüglicher Küche, Champagner und erlesenen Weinen. Mit Abfertigung am Executive-Schalter in Helsinki. Und als besonderer Service: Check-In-Möglichkeit im Hotel Intercontinental Helsinki und Executive-Lounge am Flughafen. Soviel mehr Komfort zum Normaltarif sollten Sie sich leisten.

Jyrki Rinne, Geschäftsführer, Lapponia Jewelry GmbH, Frankfurt

TÄGLICH AB FRANKFURT UND HAMBURG. NONSTOP.

nach HELSINKI		ab HELSINKI	
FRA	09.40 – 13.10	FRA	07.00 – 08.30
HAM	14.30 – 17.20	HAM	08.00 – 08.55
FRA	21.10 – 00.40	FRA	18.05 – 19.40

Flüge nach und von Finnland im Pool mit Lufthansa

Buchungen und weitere Informationen in Ihrem Reisebüro.

FINNAIR
Komfort den Sie brauchen

Hasselmann spricht von heuchlerischer Kampagne

50 Jahre Fliegerhorst in Wunstorf / SPD: Salut für Göring

MICHAEL JACH, Wunstorf

Nach der Sichtweise des parteioffiziösen Bonner „Sozialdemokratischen Pressedienstes" gab es am Wochenende auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Wunstorf nahe Hannover einen „Salut für Hermann Göring" – und das mit Beihilfe der niedersächsischen CDU-Landesregierung. Da gedachte nämlich das Lufttransportgeschwader (LTG) 62 mit Festakt, „Tag der offenen Tür" und Großen Zapfenstreich der 50jährigen Geschichte des Luftwaffenstandortes. Bei diesem Anlaß ehrte die Landesregierung die Einheit für deren zivile, humanitäre und militärische Verdienste mit der Verleihung des niedersächsischen Fahnenbandes zur Wunstorfer Truppenfahne.

Die Kritiker des Ereignisses, darunter nicht nur Gegner der Bundeswehr, stießen sich insbesondere an der Tatsache, daß in Wunstorf im nationalsozialistischen Jahr 1935 der Ausbildungs- und Flugbetrieb begann: „Da werden Jahre mitgefeiert, an denen es nichts zu feiern gibt", wandte der örtliche CDU-Bürgermeister Georg Beier ein. In schärferen Tönen erinnerte der hannoversche SPD-Landtagsabgeordnete, Rechtsanwalt und Weltkriegs-Heeresoffizier Werner Holtfort, daran, daß Hitler und Göring unter anderem mit dem damaligen Aufbau der „nationalsozialistischen Luftwaffe" den Versailler Frieden von 1919 „zerfetzt" hätten.

Stimmen der Kritik

Drittens fand besondere Erwähnung, daß Wunstorfer Flieger am Einsatz der Freiwilligen-„Legion Condor" im Spanischen Bürgerkrieg beteiligt waren, somit auch an der weltweit mit Empörung aufgenommenen, allgemein deutschen Einheiten zugeschriebenen Zerstörung der baskischen Stadt Guernica. Die Grünen im Landtag schließlich finden es „geschmacklos und widerlich", daß der stellvertretende Ministerpräsident Wilfried Hasselmann („notorischer Vorzeige-Militarist der Regierung Albrecht") am Sonntag abend das Fahnenband übergab. „Schon einmal" seien in Wunstorf „Fahnen geweiht" worden ...

Wunstorfs Bürgermeister Beier zeigte Wirkung. Der Fliegerhorst hätte besser das 30jährige Bestehen der Bundeswehr in diesem Herbst „normal mitfeiern" sollen. Ursprünglich stand sein Name neben dem von Stadtdirektor Kramer und Geschwaderkommodore Oberst Walter Holinka als „verantwortlich für den Inhalt" im Impressum der 50-Jahr-Broschüre. Es sollte ein Zeichen der engen Symbiose von Stadt und Standort sein (der Fliegerhorst ist mit tausend Zivilbediensteten einschließlich allein 160 Lehrlingen der größte Arbeitgeber am Ort). Unter Drobung mit Einstweiliger Verfügung ließen Beier und Kramer ihre Namen mit Filzstift schwärzen.

„Teil der Geschichte"

„Das Geschwader hätte sich's einfacher machen können mit 30 Jahre Bundeswehr." Dies ist in niedersächsischen CDU-Kreisen eine verbreitete Auffassung. Eben das aber wollte Kommodore Holinka nicht. „Wir feiern 50 Jahre Fliegerhorst ohne Abzug und ohne Beschönigung. Wir müssen für diese Jahre nicht nur haften, sondern sie als Teil unserer Geschichte annehmen", unterstrich der Fliegeroffizier am Samstag morgen beim Festakt im Wunstorfer Stadttheater. Wie denn auch in der Festschrift nicht verschwiegen, nicht geschönt wird. Luftwaffengeneral a. D. Johannes Steinhoff wäre als geladener Festredner „nicht gekommen, wenn hier etwa der Geist der ‚Legion Kondor' gefeiert würde".

Minister Hasselmann, dessen Fahnenband-Übergabe ersichtlich aus landespolitischen Gründen im Fadenkreuz stand, nannte die Kampagne einen „heuchlerischen Versuch der Geschichtsklitterung". Gegen die Auseinandersetzung der demokratisch legitimierten Bundeswehr mit der Geschichte des NS-Regimes sei bei „durchaus geeignetem" Anlaß doch wohl nichts einzuwenden. Beim Fahnenband-Zeremoniell vor dem Zapfenstreich am Sonntag abend schließlich fand die Gegenwart gebührende Aufmerksamkeit: die Waldbrand-Einsätze des LTG 62 in der Lüneburger Heide, die Hilfsflüge seiner „Transall"-Besatzungen nach und in Äthiopien und Sudan – und ausdrücklich ihr militärischer Beitrag zur Sicherung des Friedens und der Freiheit.

Kritik am Niveau der Abiturienten

Bildungsministerin Wilms: Manch einer nicht studierfähig / Gespräch mit der WELT

PETER PHILIPPS, Bonn

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms hat in einem WELT-Gespräch scharfe Kritik am Wissensstand der Abiturienten geübt: „Ich glaube, daß mancher Abiturient heute nicht das Notwendige mitbringt, um wirklich studierfähig im breitesten Sinne zu sein." Es gebe zwar in manchen Ländern bereits erste Korrekturen an „sehr überzogenen Vorstellungen der reformierten Oberstufe", aber es seien auf diesem Feld noch „viele Anstrengungen notwendig". Denn es könne nicht „die Aufgabe der Hochschulen sein, das Wissen nachzuvermitteln". Erforderlich sei eine Rückkehr zu „einem gemeinsamen Bildungskanon".

Zugleich plädierte die Ministerin für eine „Straffung" und Reform des Studiums: „Wir müssen uns wieder sehr viel stärker der Idee eines Studium generale, allerdings im fachbezogenen Sinn, nähern." Es sei auch bei der Personalauswahl von Großbetrieben zu erkennen, daß „die allgemeine Bildung, fast im Humboldtschen Gedanken, wieder viel mehr ins Bewußtsein kommt, als uns allen dies vor zehn Jahren klar war".

Sie betonte die Gemeinsamkeit etwa mit dem Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Theodor Berchem, und ihrem Berliner Amtskollegen Wilhelm Kewenig, in Bezug auf die Straffung des Studiums, sieht aber eine systemimmanente Grenze bei etwa acht Semestern: Es bestehe die Gefahr, „daß man Schmalspur-Leute bekommt, wenn man die wissenschaftliche Ausbildung zu sehr verkürzt". Als Ausweg für das Lehrerstudium sieht Frau Wilms nur die Lösung, „daß man wieder wegkommt von dem professionalisierten Studium" und dies statt dessen bis zum ersten Staatsexamen so gestaltet, „daß der Absolvent auch in der Lage ist, etwas anderes zu machen".

Keine „soziale Selektion"

Die Bundesregierung setze alles daran, „zu verhindern, daß sich ein kritisches Potential aus arbeitslosen Akademikern bildet". Dazu gehöre, daß „wir der jungen Generation in aller Deutlichkeit sagen, daß man mit einem akademischen Abschluß keine Ansprüche mehr verbinden darf", daß man wieder das Bewußtsein für „die Bildung als Wert an sich" wecke.

Mit Nachdruck hat die Ministerin im WELT-Gespräch alle Vermutungen zurückgewiesen, daß durch ihre Politik eine „soziale Selektion" den Zugang zum Studium regele: Die Bundesregierung halte vielmehr an der Politik des „Offenhaltens der Hochschulen" fest und habe „alle Anstrengungen unternommen, trotz der geburtenstarken Jahrgänge, trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, trotz der Spätfolgen einer verfehlten Bildungspolitik der siebziger Jahre die Bildungschancen für die jungen Leute zu verbessern". Sie sehe auch „keine Alternative zu dieser Offenhal-

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms FOTO: KUCHARZ

tungs-Politik" und lehne eine „Berufslenkung" ab. Aber fraglos sei „Bildung auch für jeden Chance und Risiko zugleich".

Deshalb sehe sie in der jetzt durchschlagenden zurückgehenden Studierneigung vor allem eine Konsequenz aus der „Berufserwartung". Denn: „Einkommensfaktoren der Eltern spielen sicherlich keine Rolle, daß bei Akademiker-Kindern die Studierneigung weniger nachgelassen hat. Diese Unterscheidung hat ja schließlich nichts mit Einkommensschichten zu tun. Hier spielt die Mentalität eine wesentliche Rolle, daß man trotz faktisch schlechterer Beschäftigungserwartungen in Akademiker-Familien im Gegensatz etwa zu zum Teil finanziell sehr viel besser gestellten Handwerker- oder Unternehmer-Familien den Kindern dennoch zum Studium rät."

Sowohl die reinen Daten als auch Umfrage-Ergebnisse belegten, daß „durch die Umstellung des BAföG auf Darlehensbasis die Studienneigung nicht nachgelassen hat". Zum einen habe die Regierung Kohl die „materielle Ausstattung" nicht reduziert – im Gegensatz zur Regierung Schmidt, unter der es einen „gewollten Rückgang der Gefördertenquote als Folge von Kürzungen" gegeben habe. Im Gegenteil: Die jetzige Koalition habe „im vergangenen Jahr durch eine Anhebung der Eltern-Freibeträge wieder mehr Studenten in die Förderung hineingenommen", und im Etat 1986 seien „die entsprechenden Ansätze für eine erneute Anhebung bereitgestellt".

„Viele Mädchen ratlos"

Zum anderen aber, zitierte sie ein Urteil des BGH vom Juni 1985, sei vom obersten Gerichtshof festgestellt worden, „daß das Studenten-BAföG mit so günstigen Rückzahlungsbedingungen ausgestattet sei, daß das BAföG den Zuschuß-Unterhaltszahlungen der Eltern gleichzusetzen ist, keine Diskriminierung" vorliege.

Ein wirkliches Problem sieht Dorothee Wilms für Frauen: Zwar sei im letzten Jahr der Trend gestoppt worden, aber in den Jahren zuvor sei „die Studierneigung der Mädchen stärker gesunken als die der Jungen" – im wesentlichen als Folge des Verzichts auf die zukunftsloseren, aber von Abiturientinnen traditionell bevorzugt gewählten Lehramts-Studiengänge. „Wenn sie da keine Chance mehr sehen, sind viele Mädchen ratlos." Aber sie wolle sich, kündigte die Ministerin an, „stark engagieren und die Mädchen auffordern, sich in andere Fachbereiche umzuorientieren". Dies verlange flankierend auch ein Umdenken an den Schulen, wo „immer noch traditionelle Berufsbilder in den Vordergrund gestellt" würden.

Als unmittelbar bevorstehende Maßnahme zur Verbesserung der Berufschancen für Frauen kündigte Frau Wilms an, daß „ich mit dem Kollegen Blüm einer Meinung bin – und das wird hier auch im Ministerium jetzt vorbereitet: Wenn die Qualifizierungskampagne aus den Überschüssen der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit anläuft, müssen wir bei diesen Qualifizierungsmaßnahmen die Frauen ganz klar im Blick haben, in Richtung auf Zusatzqualifikationen in den technischen Berufen".

‚Nun weiß man, wie schön Monarchie sein kann'

PETER SCHMALZ, München

Wolken und Regen waren angesagt, doch das befürchtete Tief blieb irgendwo über Frankreich verschollen und ein kaiserlich blauer Himmel wölbte sich über dem Kaiserhof der Münchner Residenz, wohin die CSU am Samstag 3500 bayerische Bürger zu einer weiteren Geburtstagsfeier ihres Vorsitzenden geladen hatte. Weil aber CSU-Generalsekretär Gerold Tandler um die Launenhaftigkeit höherer Mächte weiß, ließ er ein Regenprogramm in den Sälen der königlichen Residenz ausarbeiten, der Notplan konnte jedoch in den Aktentaschen bleiben.

Und so begab sich, was sich wohl nur in Bayern begeben kann: Der weißblaue Regierungschef fährt mit der standergeschmückten Staatslimousine im Apothekenhof vor, ein Polizist notiert in sein Protokoll: „11.12 Uhr: MP Strauß trifft ein", die historisch gewandete Dinkelsbühler Musikkapelle intoniert den bayerischen Defiliermarsch und geleitet den Jubilar hinein in den 3600 Quadratmeter großen Kaiserhof und hinüber zu dem offenen, durch ein Podest erhöhten Zelt. In die Trompetenmusik, die von einem der Türme herunterschallt, prophezeit ein Zuschauer: „Jetzt wird er zum Kaiser ausgerufen."

Doch CSU-General Tandler hatte keine Krone parat, sein CDU-Kollege Heiner Geissler aber verschwieg als einer der fünf Redner dieser im Nachkriegs-Bayern bislang einmaligen Feier nicht, daß ihn Gefühle besonderer Art befallen haben: „Wenn man hier im Kaiserhof steht in München zum Geburtstag eines Franz Josef Strauß, dann weiß man, wie schön eine Monarchie sein kann: Jubel von unten, Zustimmung von innen und Musik von oben."

Strauß dankt Geissler

Weil aber ein Heiner Geissler die Brüder von der Schwesterpartei nur dann aus vollem Herzen loben kann, wenn er ihnen dabei auch einen kleinen Stich versetzen darf, fügte er im Stehgreif schmunzelnd hinzu: „Aber das bayerische Volk hat es ja so gewollt – mit großen Mehrheiten. Und das soll so bleiben – mit Franz Josef Strauß an der Spitze." Könnte dem zu seinem Geburtstag allseits gelobten Bayern-Regenten in charmanterer Weise verdeutlicht werden, daß die CDU ihn gerne weitab von Bonn im fernen München gebunden wünscht?

Aber Geissler lobt den Jubilar dann auch noch als den „Bahnbrecher der sozialen Marktwirtschaft" und äußert den Wunsch: „Bleiben Sie uns noch lange erhalten, wir brauchen Sie." Und so dankt Strauß für die „bewegenden Worte" in Geisslers „knorriger und knurriger Art, an die" ich mich allmählich gewöhnt habe".

Ein wehmütiger Genosse

Abgesehen von den kleinen Nadelstichen hat Geissler dem CSU-Vorsitzenden tatsächlich eine Geste gegönnt, die diesen mehr beeindruckte als die meisten der zahlreichen Geschenke: am Tag vor der Feier hatte er in seiner Abschiedsrede als Familienminister vor dem Bundestag den Einsatz der verunglückten Marianne Strauß für die Familienpolitik gelobt („ohne sie, dessen bin ich mir bewußt, wäre dieses Gesetz nicht zustandegekommen") und zum Fest brachte er einen Scheck über 10 000 Mark für die Stiftung, die den Namen der Verstorbenen trägt.

In der Menge derer, die nicht zum persönlichen Händeschütteln kamen und sich deshalb in zwei ausgelegte Gratulationsbücher eintrugen, und die sich anschließend an fränkischen Bratwürstln, Münchner Leberkäs und anderen kulinarischen Köstlichkeiten des Landes labten, fühlte sich auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Manfred Schmidt bei seiner, wie er meinte, „Feindbeobachtung" nicht unwohl. Und den Neid auf den politischen Gegner konnte der Genosse nicht ganz verbergen: „Sie können einfach feiern – wenn ich mir dagegen die Unsrigen anschaue ..."

In der Tat: Während die SPD am kommenden Wochenende für den glücklosen Landesvorsitzenden Helmut Rothemund einen Nachfolger suchen muß, startet die CSU im Vorfeld des Landtagswahlkampfes eine gigantische Symphatiekampagne. Die Feiern zum 70. von Strauß dauern zwei Wochen, ihnen folgt am 1. Oktober der 80. Geburtstag des noch immer beliebten Strauß-Vorgängers Alfons Goppel. Und im November steht der 40. Gründungstag der CSU auf dem Kalender. Und wenn, so Strauß in seiner Dankesrede, „alle Glückwünsche in Erfüllung gehen, dann werden wir noch viel zu feiern haben".

Sehr geehrter Herr Nujoma!

Als Präsident der SWAPO besuchen Sie heute die Bundesrepublik Deutschland.

Ihnen werden schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen:

„Von Lusake aus brachten sie mich ins Lager von Nyango (Sambia), das die Swapo ‚Health and Education Center' nennt. Nyango ist offiziell ein Flüchtlingslager, aber es ist vor allem ein Gefängnis. Es war für mich die Hölle auf Erden. Es gab keine Toiletten, nur Erdlöcher in der Zelle. Als Frauen mußten wir Schwerstarbeit leisten. Wir sind wie Tiere gehalten worden, viele sind an Hunger und Erschöpfung gestorben. In Nyango war Prostitution völlig selbstverständlich. Du kannst zu einem Lageroffizier nicht ‚nein' sagen. Wer neu im Lager war, hat sich vielleicht noch gesträubt, dann wurde die Frau eben vergewaltigt. Ich bin auch vergewaltigt worden, nicht nur einmal. Es gab 14 oder 16 Jahre alte Mädchen, die hatten Kinder von Swapo-Offizieren. Manche Frauen mußten sich mit vier oder fünf Kindern im Lager durchschlagen. Das war eigentlich verrückt. Die Frauen sollten Kinder auf die Welt bringen, aber im Lager konnte man sie gar nicht richtig ernähren und versorgen. Später kamen dann Funktionäre ins Lager und haben bestimmte Kinder herausgepickt. Diese Kinder sind dann mitgenommen worden in andere Lager der Swapo, vielleicht auch nach Angola." (Hilda Tjongarero, 25 Jahre)

„Die Swapo schickte mich in das große Lager in der Provinz Cuanza-Sul (Angola). Für die Frauen ist das Lager in Cuanza-Sul ein Gefängnis, in dem sie sooft wie möglich schwanger werden sollen und Kinder zur Welt bringen müssen. Das ist, wie soll man sagen, eine ‚Zuchtfarm' für namibische Kinder. Die Frauen werden regelrecht eingesperrt, sie haben keine andere Wahl. Sie werden gezwungen, mit Männern der Swapo zu schlafen. Sie versuchen wegzulaufen, aber die meisten werden geschnappt. Wirklich schlimm sind die hygienischen Verhältnisse. Im Lager treten oft Krankheiten auf. Sehr viele Kinder sind gestorben. Die Frauen im Lager haben kein Recht über ihre Kinder. Die Swapo bestimmt über ihre Erziehung. Das System sieht so aus: Bis zum Alter von drei Jahren dürfen die Kinder bei ihrer Mutter bleiben. Dann werden sie der Mutter weggenommen und kommen in das Kinderlager von Talatado. Noch bevor sie lesen und schreiben können, werden die Kinder im Sinne der Swapo politisch erzogen und lernen den bedingungslosen Gehorsam. Für die Mütter ist die Trennung eine schlimme Sache, weil sie ihre Kinder oft nie wiedersehen. Die Frauen sind der Swapo ausgeliefert, sie können nur weinen. Nach der Schulzeit, mit ungefähr 15 Jahren, erhalten die Jugendlichen ihre militärische Ausbildung als Guerillas. Viele werden aber auch als Kinder zur politischen Schulung ins Ausland geschickt, vor allem nach Kuba." (Sakie Namutenja, 38 Jahre)

So, sehr geehrter Herr Nujoma, schildern zwei Ihrer Landsleute die Verhältnisse in Swapo-Lagern in Sambia und Angola. Umfassende Berichte über diese und andere Mißstände sind in einer Dokumentation der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte aufgelistet. Seit einem Vierteljahr sind sie der Öffentlichkeit somit bekannt. Bis heute hat sich die Swapo zu diesen schlimmen Geschehnissen, die sich unter Ihrer Verantwortung ereignen, nicht geäußert. Warum schweigen Sie?

Sie, sehr geehrter Herr Nujoma, erheben für sich und die von Ihnen geführte Swapo den Anspruch, künftig allein die Regierung Südwestafrikas/Namibias zu stellen. Wie lassen sich derart grausame Menschenrechtsverletzungen der Swapo mit einem solchen Anspruch vereinbaren?

Wir möchten Sie deswegen noch während Ihres Besuches in der Bundesrepublik Deutschland um Antworten auf diese und die folgenden Fragen bitten:

- Was haben Sie zu den schweren Vorwürfen von John Angula, Jason Kahup, Joseph Melunga, Chief Moraliswani, Sakie Namutenja, Mona-Lisa Nganyone, Kotokene Shilongo und Hilda Tjongarero zu sagen?
- Sind Sie bereit, alle Swapo-Einrichtungen in Sambia und Angola durch eine unparteiische Menschenrechts-Delegation besuchen zu lassen, der völlige Reise- und Gesprächsfreiheit zu gewähren wäre?
- Welche Garantien können Sie geben, die künftige Swapo-Menschenrechtsverletzungen dieser Art innerhalb oder außerhalb Namibias ausschließen?

Ihrer öffentlichen Stellungnahme sehen wir mit Interesse entgegen.

Dr. Reinhard Gnauck, Prof. Dr. Bernd Hamer, Prof. Dr. Klaus Hornung, Prof. Dr. Klaus Motschmann
Prof. Dr. Dietrich Rauschning, Prof. Dr. Gotthold Rhode
Pastor Joachim Ruff, Prof. Dr. Alexander Schwan
Prof. Dr. Gesine Schwan

(Rückantwort bitte an: IGFM – Deutsche Sektion, Kaiserstr. 72, 6000 Frankfurt am Main 1)

Ich bestelle.....Exemplar(e) der IGFM-Dokumentation „Menschenrechte im Konflikt um Südwestafrika/Namibia" zum Preis von DM 7,– pro Stück zzgl. Versandkosten.

Bitte senden Sie mir kostenlos allgemeines Informationsmaterial über die Arbeit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte.

Name: .....

Anschrift: .....

6½% Anleihe von 1985 (1995)
der

Kreditanstalt für Wiederaufbau

Verkaufsangebot

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, begibt zur Gewährung von langfristigen Investitionskrediten eine 6½% Anleihe von 1985 (1995) im Gesamtbetrag von

DM 500.000.000,–

Von diesem Betrag werden DM 450.000.000,– durch das untenstehende Konsortium zum Verkauf gestellt.

Ausgabekurs:	99¾% zuzüglich Börsenumsatzsteuer unter Verrechnung von Stückzinsen.
Zinsen:	6½% p.a., zahlbar nachträglich am 15. September eines jeden Jahres, erstmals am 15. September 1986.
Nennbetrag:	DM 100,– oder ein Mehrfaches davon.
Laufzeit:	10 Jahre. Die Anleihe wird am 15. September 1995 zum Nennwert zurückgezahlt. Vorzeitige Kündigung ist ausgeschlossen.
Mündelsicherheit und Deckungsstockfähigkeit:	Die Schuldverschreibungen sind mündelsicher und deckungsstockfähig.
Börseneinführung:	Zum Handel und zur amtlichen Notierung an sämtlichen Börsen im Bundesgebiet einschließlich Berlin.
Lombardfähigkeit:	Die Schuldverschreibungen werden mit der Zulassung zum Börsenhandel lombardfähig.
Lieferung:	Der Erwerber erhält eine Girosammeldepotgutschrift bei dem von ihm benannten Kreditinstitut. Der Ausdruck von Einzelurkunden ist während der gesamten Laufzeit ausgeschlossen. Die Anleihe ist in einer bei der Frankfurter Kassenverein AG hinterlegten Sammelurkunde verbrieft.
Verkauf:	Ab 16. September 1985 bei den unterzeichneten Kreditinstituten.
Wertpapier-Kenn-Nr.:	276 030.

Das ausführliche Verkaufsangebot, das im Bundesanzeiger veröffentlicht wird, ist bei den Kreditinstituten erhältlich.
Die Zuteilung bleibt den Verkaufsstellen überlassen.

Frankfurt am Main, im September 1985

KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau

ADCA-Bank Aktiengesellschaft
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Arab Banking Corporation – Daus & Co. GmbH
Bankhaus H. Aufhäuser
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft
Badische Kommunale Landesbank – Girozentrale –
Bankenunion Frankfurt am Main Aktiengesellschaft
Bankers Trust GmbH
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale –
Commerzbank Aktiengesellschaft
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
CSFB-Effectenbank AG
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Genossenschaftsbank und die genossenschaftlichen Zentralbanken
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft
Deutsche Westminster Bank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bankhaus Max Flessa & Co.
Fürst Fugger-Babenhausen Bank KG
Fürst Thurn und Taxis Bank Albert Fürst von Thurn und Taxis
Geestemünder Bank Aktiengesellschaft
Hamburgische Landesbank – Girozentrale –
Handels- und Privatbank Aktiengesellschaft
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
Hessische Landesbank – Girozentrale –
Von der Heydt-Kersten & Söhne
Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft
Landesbank Rheinland-Pfalz – Girozentrale –
Landesbank Saar – Girozentrale –
Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale
Merck, Finck & Co.
B. Metzler seel. Sohn & Co.
National-Bank Aktiengesellschaft
Bankhaus Neelmeyer Aktiengesellschaft
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Oldenburgische Landesbank AG
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Reuschel & Co.
Karl Schmidt Bankgeschäft
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Schwäbische Bank Aktiengesellschaft
Simonbank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Trinkaus & Burkhardt KGaA
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank Aktiengesellschaft
Württembergische Kommunale Landesbank Girozentrale

Enttarnter Agent aus Prag noch nicht abberufen

W. K. Bonn

Regierungsstellen in Prag zögern offenbar mit der Abberufung eines als Agenten enttarnten Mitarbeiters der Botschaft der CSSR in Bonn. Nach Angaben von zuständiger Seite handelt es sich um den Abteilungsleiter im Wirtschaftsbereich, Todt.

Dem Prager Außenministerium ist bereits seit mehreren Monaten bekannt, daß die für die Abwehr des tschechoslowakischen Geheimdienstes tätige Gruppe des Bundesamtes für Verfassungsschutz den Botschaftsangehörigen bei Spionageaktivitäten enttarnt hatte. Aus Sicherheitsgründen wurden jedoch keine Angaben gemacht, warum der Fall des spionierenden Tschechoslowaken nicht der Justiz zur strafrechtlichen Verfolgung übergeben wurde.

Es lägen Gründe vor, die es rechtfertigen, daß der Botschaftsangehörige die Bundesrepublik Deutschland verläßt, erklärte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums auf Anfrage der WELT. „Ein Fall Todt ist mir nicht bekannt", sagte dagegen ein Botschaftssprecher. Das Auswärtige Amt in Bonn beschränkte sich am Wochende auf die knappe Erklärung, „die Dinge seien im Laufen".

Nach langem Schweigen hatte Prag gegenüber zuständigen Bonner Behörden kurz vor den Sommerferien eine Untersuchung in Aussicht gestellt. Im Vertrauen darauf, daß der Botschaftsangehörige daraufhin die Bundeshauptstadt verläßt, hielt das Auswärtige Amt an der „weichen" Methode des Loswerdens erkannter Spione an Botschaften fest. Am Wochenende hieß es offiziell, der Abteilungsleiter solle im Oktober in die CSSR zurückgerufen werden.

Die CSSR mußte in den vergangenen Jahren wiederholt erkannte Agenten aus Bonn abberufen. Ein Überläufer gab 1977 preis, daß von damals 27 CSSR-Diplomaten in Bonn 17 als Geheimdienstmitarbeiter tätig waren.

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Technologie im Kreuzverhör

Auf DGB-Konferenz prallten Meinungen von Regierung und Gewerkschaftern aufeinander

ULRICH REITZ, Bonn

Die Bundesregierung, Gewerkschaften und Unternehmen verbinden mit der technologischen Zukunft unterschiedliche Erwartungen. Mit seiner dreitägigen technologiepolitischen Konferenz bewies der DGB, daß er den Zug der Zeit begriffen hat. Dennoch prallten in der politischen Schlußrunde der Veranstaltung die Gegensätze hart aufeinander.

DGB-Chef Ernst Breit warnt: Kein Allheilmittel. FOTO: KUCHARZ

Heinz Riesenhuber: Den Trialog fortsetzen FOTO: DPA

Die Einstellung des DGB gegenüber dem technologischen Wandel ist von Pessimismus geprägt. Siegfried Bleicher, Mitglied des DGB-Bundesvorstandes, kleidete die gewerkschaftlichen Sorgen in seinem Einführungsreferat am Ende der Tagung des DGB in ein düsteres Szenario: „Arbeitsplatzverluste und verringerte Qualifikationsanforderungen, die Ablösung alter durch neue Belastungen, Einkommensverluste sowie eine zunehmende Überwachung von Leistung und Verhalten lassen bezweifeln, daß der technische Fortschritt noch länger als Garant ökologischer Verträglichkeit, ökonomischer Stabilität und sozialer Sicherheit gelten kann." In den Worten des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit schwang Drohung mit: Die Gewerkschaften „werden sich die neuen Technologien nicht als Wunder- und Allheilmittel verkaufen lassen ..."

Dennoch sind die Gewerkschaften offensichtlich zu der Erkenntnis gekommen, daß sich der rasante Einzug der Mikroelektronik ins Arbeitsleben nicht mehr aufhalten läßt. Hermann Rappe, Vorsitzender der IG-Chemie, wehrte sich auf der Podiumsdiskussion gegen den Eindruck, die Gewerkschaften wollten den technologischen Prozeß bremsen. „Wir leben in der exportorientierten Bundesrepublik Deutschland von der Hochtechnologie." In diesem Bereich lägen, so Rappe, die Arbeitsplätze der Zukunft.

Das Bild von der „Informationsgesellschaft" jedoch, das Hans-Dietrich Genscher zeichnete, scheint den Gewerkschaftern Furcht einzuflößen. Der Bundesaußenminister sprach von den „neuen Chancen für den einzelnen im Arbeitsprozeß", von „mehr persönlicher Verantwortung", von „Entbürokratisierung" und „kleineren Produktionseinheiten" im Gefolge der Installierung von Mikroelektronik. Er sei davon überzeugt, daß der technologische Wandel sich „einer breiten Akzeptanz in der Arbeitnehmerschaft erfreut".

Die Gewerkschaften hingegen wittern offenbar in solch regierungsamtlicher Forcierung einer Dezentralisierung der Produktion den Versuch, ihren Einfluß zu schmälern. Deshalb richten sie ihre Kritik in diesem Zusammenhang auf das Vorhaben der Regierungskoalition, das Betriebsverfassungsgesetz zu ändern, Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten zuzulassen und den kleineren Gewerkschaften mehr Mitwirkungsrechte einzuräumen. Rappe, der sich ansonsten pragmatisch gab, sprach an dieser Stelle der Diskussion von einer „Konfrontationsstrategie" der Regierung. Dem setzte Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber die Versicherung entgegen, die Bundesregierung sei bereit, den Trialog mit Unternehmen und Gewerkschaften fortzusetzen. Auch künftig wird indes die Auffassung Genschers, der technologische Wandel erfordere mehr Rechte für den einzelnen und die Minderheiten, für Konfliktstoff sorgen.

Um die „Angst der Arbeitnehmer vor dem technologischen Wandel" (Rappe) abzubauen und ihrem befürchteten Machtverlust vorzubeugen, plädieren die Gewerkschaften für den Ausbau der Mitbestimmungsrechte auf allen Ebenen. In dieser Forderung werden sie von der SPD unterstützt. Doch während Peter Glotz, Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokraten, Investitionsentscheidungen den Unternehmen überlassen will, forderte Breit in seiner Schlußansprache die Ausdehnung der Mitbestimmung auch auf diesen Bereich: „Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer muß sich stärker auf die Technikgestaltung erstrecken. Diese Mitbestimmung muß vom Arbeitsplatz über das Unternehmen bis hin zur Gesamtwirtschaft reichen."

Auf traditionelle Argumentationsmuster greifen die Gewerkschaften zurück, um den angeblich zu erwartenden Abbau von Arbeitsplätzen zu verhindern. Rappe und Breit forderten, wie auch Glotz, die Bundesregierung auf, ihre Forschungsprogramme durch kreditfinanzierte Beschäftigungsprogramme zu ergänzen.

Riesenhuber bejahte zwar staatliche Umweltinvestitionen, lehnte Beschäftigungsprogramme jedoch ab. Die technologiepolitische Rolle des Staates müsse sich darauf beschränken, „in einer marktwirtschaftlichen Ordnung Rahmenbedingungen zu setzen, die Investitionen auslösen, auf diese Weise Arbeitsplätze zu schaffen und für den Umweltschutz zu sorgen." Die Großfeuerungsanlagenverordnung der Bundesregierung beispielweise löse Investitionen von 20 Milliarden Mark aus.

Zudem würden, so der CDU-Politiker, durch Rationalisierungen annähernd so viele Arbeitsplätze geschaffen wie verlorengingen. Mit der „Kompensationsthese" Riesenhubers konnte sich am Ende der Diskussion auch Glotz anzufreunden: „Diese These trifft vielleicht in sechs, acht oder zehn Jahren zu."

Moskau empört über den Asat-Test Amerikas

Rakete zerstörte Satelliten / Versuch in USA umstritten

W. WILL/DW. New York/Moskau

Die Sowjetunion hat einen Tag nach dem erfolgreichen Test einer Antisatellitenwaffe (Asat) scharfe Angriffe gegen die USA gerichtet, ihre Drohung mit der Aufhebung des eigenen Versuchsmoratoriums jedoch nicht wiederholt.

Die Nachrichtenagentur Tass verbreitete einen Kommentar des sicherheitspolitischen Experten Jewgeni Jegorow, in dem es hieß, es sei bedeutsam, daß „diese Eskalation der Kriegsvorbereitungen" im Vorfeld des Gipfeltreffens der Supermächte im November stattfinde. Die amerikanische Regierung ergehe sich in „pompöser Rhetorik", während sie gleichzeitig das Wettrüsten anheize und damit die Welt in den „Abgrund eines Atomkrieges" zu stürzen drohe.

US-Verteidigungsminister Weinberger sieht dagegen nach den Worten seines Sprechers Fred Hoffman in dem erfolgreichen Test einen „großen Schritt vorwärts" auf dem Weg zu einer wirksamen Antisatellitenwaffe. Gleichzeitig wurde angekündigt, die USA wollten ihr System in den nächsten Monaten weitertesten.

Der Test war auch in den USA höchst umstritten. Noch am Donnerstag wollten 98 Parlamentarier ihn verhindern. Aber auf ihr Schreiben an Präsident Reagan erhielten sie von Sprecher Speakes die Antwort: Wir starten den Versuch trotzdem.

Vier Kongreßmitglieder und eine Wissenschaftlerorganisation hatten sogar, wenn auch vergeblich, ein Bundesgericht in Washington bemüht, um den Test durch eine einstweilige Verfügung stoppen zu lassen.

Gegner dieses ersten amerikanischen Tests – 20 Jahre nach ersten entsprechenden russischen Erprobungen – führten an, der Asat-Versuch zum jetzigen Zeitpunkt könnte die Genfer Gespräche und vielleicht sogar den Gipfel im November gefährden.

Die beiden F-15-Düsenjäger, die da von der kalifornischen Edwards Air Force Base abhoben und in Richtung Pazifik entschwanden, hatten eine nur theoretisch durchgespielte, aber bisher nie praktizierte Aufgabe zu erfüllen. Als die beiden Maschinen im geheimen Planquadrat angekommen waren und eine Höhe um die elf Kilometer erreicht hatten, drückte der Pilot der einen F-15 – die andere Maschine war lediglich die Eskorte – auf einen gelben Knopf. Damit wurde eine unter der rechten Tragfläche angebrachte Antisatellitenrakete gestartet – Minuten später war ein ausgedienter Satellit auf einer Umlaufbahn in 464 Kilometer Höhe, der sich mit einer Stundengeschwindigkeit von 28 000 Kilometern bewegte, zerstört.

„Ins Schwarze getroffen", meldete der Pilot aufgrund von Daten, die er erhalten hatte, und eine Stunde später erklärte Luftwaffen-Generalleutnant Bernard P. Randolph in seiner Eigenschaft als stellvertretender Stabschef: „Der Versuch ging absolut reibungslos über die Bühne. Wir haben einen vollen Erfolg erzielt: Erstmals konnten wir einen Satelliten auf einer Umlaufbahn vernichten."

Das „Opfer" dieses Versuchs war ein ausgedienter, sechs Jahre alter militärischer „Solwind"-Satellit. Er wurde vom Gefechtskopf der Asat in Tausende Stücke zerfetzt, obwohl dieser Gefechtskopf überhaupt keine Sprengstoffe enthält. Er traf aber den Satelliten mit einer Aufprallgeschwindigkeit von schätzungsweise 1100 Stundenkilometern.

An diesem Gefechtskopf werden die unterschiedlichen Techniken deutlich, deren sich Amerikaner und Sowjets – die seit 1968 wenigstens 20 solcher Tests ausgeführt haben – bei der Satellitenbekämpfung bedienen. Zum Start ihrer Antisatellitenwaffe verwenden die Russen eine drei Tonnen schwere SS-9-Rakete. Die Amerikaner setzen einen ihrer elegant erscheinenden F-15-Düsenjäger ein. Die von ihm beförderte zweistufige Asat-Rakete ist nur sechs Meter lang und wiegt einen Zentner.

Auch der Antisatellitensprengkopf, den das russische SS-9-Monster auf die Umlaufbahn befördert, ist mit einhalb Tonnen ein Koloß. Das amerikanische Gegenstück wiegt nur 15 Kilogramm und hat die Größe einer Drei-Pfund-Kaffeedose, und dieser US-Sprengkopf arbeitet ohne jegliche Explosivstoffe. Die russische Waffe dagegen ist mit wenigstens einem halben Zentner Dynamit gefüllt: sie schaltet sich und den Satelliten durch Zündung des Dynamits aus.

Von dem Augenblick an, da die Russen das Ausschalten eines Satelliten beschließen, bis zu seinem Abschuß vergehen mehrere Stunden – die Amerikaner brauchen nur 45 Minuten.

Honduras verstärkt Grenztruppen

WERNER THOMAS, Miami

Die gespannten Beziehungen zwischen den mittelamerikanischen Staaten Honduras und Nicaragua haben durch schwere Grenzzwischenfälle am Wochenende das bisher kritischste Stadium erreicht. Nicaraguas Präsident Daniel Ortega forderte seinen honduranischen Amtskollegen Roberto Suazo Cordova zu einer persönlichen Aussprache auf, „um eine Konfrontation mit unabsehbaren Konsequenzen" zu verhindern.

Nach honduranischer Darstellung kamen am Freitag Grenzgebiete unter Artilleriebeschuß der sandinistischen Volksstreitkräfte. Ein Soldat wurde getötet, andere verletzt. Auch Zivilisten erlitten Verletzungen. Anschließend hätte die Luftwaffe einen Gegenangriff geflogen und einen nicaraguanischen Hubschrauber sowjetischer Herkunft abgeschossen.

Ortega erwähnte während einer in Rundfunk und Fernsehen übertragenen Ansprache weder die Verluste auf der anderen Seite noch den von Honduras gemeldeten Hubschrauberabschuß. Er führte die Zwischenfälle auf die Versuche von 800 sandinistischen Rebellen zurück, die Grenze zu überqueren. Er sprach von einer „neuen aggressiven Aktion gegen Nicaragua", von der Reagan-Regierung geplant. Er warnte: „Wer Nicaragua anzündet, zündet Mittelamerika und ganz Lateinamerika an."

Suazo rief den Kongreß zu einer Sondersitzung zusammen. Die Armee-Führung setzte alle 21 000 Soldaten in Alarmbereitschaft und verdoppelte das Truppenkontingent im Grenzgebiet auf 4000 Mann. Der Präsident versicherte: „Wir werden alles tun, um die Souveränität unseres Landes zu verteidigen."

Die Sandinisten beschuldigen das nördliche Nachbarland, es lasse sich von den USA für Provokationen mißbrauchen, und nennen die gemeinsamen Manöver mit den amerikanischen Militärs und die Lager der antisandinistischen Rebellen als Beweise. Die Suazo-Regierung beschuldigt wiederum das Comandante-Regime, durch die Uoterstützung linker Untergrundbewegungen die Unruhe zu schüren. Sie verweist schließlich darauf, daß Nicaragua die weitaus größte Armee der Region besitzt, von der sich auch der südliche Nachbar Costa Rica bedroht fühle: mehr als 100 000 Soldaten, ausschließlich mit Ostblock-Waffen ausgerüstet. (SAD)

BfG:

Sie sind bei Im- und Exportgeschäften voll engagiert.
Genauso engagiert beraten wir Sie in allen Finanzfragen.

Wir bieten Ihnen neben fundierten Kenntnissen der Auslandsmärkte zahlreiche Auslandsstützpunkte sowie gute Kontakte in einem weltweiten Netz von mehr als 3000 Banken. Nutzen Sie unser Know-how in Außenhandelsfinanzierungen: Wir beraten Sie in allen Im- und Exportangelegenheiten und helfen Ihnen bei der Abwicklung.

Sprechen Sie mit uns. Gute Bankberatung ist Maßarbeit.

BfG:Ihre Bank

Sowjetische Strategie im Nordmeer irritiert Oslo

Rote Flotte bedroht NATO-Nachschub / Symposium in Bonn

WOLFGANG STOCK, Bonn

Ölsucher hoffen in der Barentssee auf die letzten großen Energiereserven der Erde, für Militärs und Politiker jedoch ist sie, ebenso wie das Nordmeer der Schlüssel zur Verteidigung Westeuropas. Denn die Sowjetunion, die sich noch immer mit Norwegen um die Hoheitsrechte in der Barentssee streitet, hat auf der Halbinsel Kola eine Basis für die größte Hochseeflotte ihrer Kriegsmarine eingerichtet.

„Die meisten der sowjetischen strategischen U-Boote finden sich hier in einem umfassenden Komplex der See-, Land-, Luft- und Amphibienstreitkräfte, der ständig ausgebaut und modernisiert wird", faßte der Staatssekretär des norwegischen Ministerpräsidenten Kaare Willoch, Nils Morten Udgaard, auf einem Symposium die Einschätzung der Regierung in Oslo zusammen.

In diesem Sommer übte die Sowjet-Marine mit ihrem bisher größten Manöver die Zerschlagung des NATO-Nachschubs über dem Nordatlantik, der für die Verteidigung Westeuropas kriegsentscheidend wäre. Das „Drehbuch" der sowjetischen Manöverplaner ging bereits davon aus, daß die Sowjetunion, so Udgaard, „das Nordmeer als ihr vorgeschobenes Verteidigungsgebiet benutzen und der NATO die Nutzung verweigern" will.

Nordflanke nicht gesichert

Diese Strategie macht Norwegen Sorge, „denn dies kann beinhalten, daß auch norwegisches Festland bedroht ist", wie Udgaard diplomatisch formulierte. Die Verteidigung Nordnorwegens und des Nordmeeres ist keine leichte Aufgabe für die NATO. In diesem Zusammenhang wurde auf eine Äußerung des amerikanischen Admirals Train von 1981 verwiesen. Er war damals NATO-Oberbefehlshaber für den Atlantik (SACLANT): „Unsere nördliche Flanke ist nicht gesichert. Wenn wir sie tatsächlich verlieren sollten, so verlören wir nicht nur eines der NATO-Mitgliedsländer, nämlich Norwegen, sondern auch die Fähigkeit, Verstärkung und Nachschub nach Europa zu bringen. Und wenn dies geschieht, dann haben wir Deutschland verloren".

Mittlerweile haben Norwegen und seine Verbündeten bereits große Anstrengungen unternommen, um sowohl die norwegische „Finnmark" an der Grenze zur Sowjetunion als auch das Nordmeer besser zu sichern: Material- und Treibstoffdepots für alliierte Verstärkungseinheiten wurden in Mittelnorwegen eingerichtet. Flugplätze, die für die Luftherrschaft über den Atlantikzugang angesichts fehlender Flugzeugträger entscheidend sind, wurden ausgebaut und neue gebaut.

Neben einer hervorragenden Moral der wehrpflichtigen Norweger erleichtern manche geographische Vorteile und das harte arktische Klima die Verteidigung Nordnorwegens. Doch die drei Brigaden stehen hier siebenmal stärkeren sowjetischen Heeresverbänden gegenüber, die auch für die Eroberung Nordnorwegens und seiner strategisch wichtigen Flughäfen ausgerüstet sind, um von dort den Vorstoß der sowjetischen U-Boote gegen den NATO-Nachschuh über den Atlantik zu sichern.

Siebenfach überlegen

Udgaard betonte, daß die soeben durch die Parlamentswahlen bestätigte bürgerliche Koalition in enger Gemeinschaft mit den Verbündeten fest entschlossen sei, gerade bei der Verteidigung des „hohen Nordens" Norwegens bei der Sowjetunion keine Zweifel an der Ernsthaftigkeit ihrer Verteidigungsbereitschaft aufkommen zu lassen.

Hier sind jedoch vor allem auch die Seestreitkräfte der NATO-Partner gefordert. Udgaard beklagte deshalb, daß die „Bedeutung der Marine in den westeuropäischen Staaten auf ein so niedriges Niveau gesunken ist, wie es in der Geschichte Europas noch nie der Fall war". Lediglich die USA besäßen noch eine Flottenstärke, die ausreiche, um die „wachsende sowjetische Nordflotte auszugleichen".

Ebenso wie amerikanische Militärs, die ihre Verbündeten seit langem warnend auf die Aufrüstung der sowjetischen Marine hinweisen, hoffen die Norweger unausgesprochen auch auf ein stärkeres Engagement der deutschen Marine im Nordmeer, die dort nicht zuletzt auch vitale deutsche Interessen zu verteidigen hat.

Trotz harter Wirtschaftspolitik blieb Präsident Alfonsin populär

Von GÜNTHER BADING

Argentiniens Präsident Raúl Alfonsin befindet sich derzeit auf dem Höhepunkt seiner Popularität – nicht trotz, sondern erstaunlicherweise wegen der einschneidenden Wirtschaftsmaßnahmen mit beträchtlichen Belastungen der Bevölkerung, die er seinem Land vor zwei Monaten verordnet hat.

Am 17. Juni nahm Alfonsin eine Währungsreform vor, mit der der traditionelle argentinische „Peso" durch den „Austral" abgelöst wurde. Gleichzeitig wurden die Löhne eingefroren und die Preise einer rigorosen Kontrolle unterzogen. Als zulässige Höchstpreise galt der Stand der Warenauszeichnung vom 13. Juni dieses Jahres. Bei einer Inflation, die noch im Juni 30,5 Prozent im Monat erreichte, bedeutete das Einfrieren von Löhnen und Gehältern einen kräftigen realen Einkommensverlust für die Bevölkerung.

Zwar laufen die in Argentinien traditionell einflußreichen Gewerkschaften und die oppositionellen Peronisten Sturm gegen das vom neuen Wirtschaftsminister Juan Sourrouille erdachte Programm, in Argentinien kurz „Plan Austral" genannt.

An der Beliebtheit des Präsidenten allerdings hat das nichts geändert. Nach einer von der führenden Tageszeitung aus Buenos Aires „La Nación" veröffentlichten repräsentativen Umfrage haben sich Ende August 74 Prozent der Argentinier hinter Alfonsin gestellt. Im Mai, zum Ende des Südsommers und der damit verbundenen politischen Pause, hatte diese Zustimmung nur 64 Prozent betragen. Mit der gesamten Regierung waren damals nur 34 Prozent einverstanden. Heute sind dies 56 Prozent der Befragten. Daß sich die Zustimmung zu Alfonsin und seiner Politik ausdrücklich auch auf die Wirtschaftsmaßnahmen erstreckt, zeigt ebenfalls der Befragungsvergleich von Mai bis Ende August. Im Frühjahr waren nur zehn Prozent der Argentinier mit der Wirtschaftspolitik einverstanden. Jetzt sind es immerhin 38 Prozent der Befragten.

Der Wirtschaftsplan der Regierung hat erste Erfolge gezeitigt. So wurde die Inflation im Monatsdurchschnitt im Juli auf 6,2 und im August auf 3,1 Prozent gedrosselt. Die horrenden Staatsausgaben wurden drastisch gekürzt; allein der Verteidigungshaushalt wurde halbiert. Als positives Zeichen werten argentinische Bankkreise auch, daß die erzwungene Parität von 80 Austral pro amerikanischen Dollar nicht nur auf dem kontrollierten Devisenmarkt, sondern auch international kaum von diesem vorgegebenen Kurs abweicht.

Die hohe Zustimmung für Alfonsin wird in Bank- und Wirtschaftskreisen in Buenos Aires als ein Zeichen der Stabilität für die erst seit Dezember 1983 amtierende demokratisch gewählte Regierung gewertet. Auch argentinische Militärkreise begrüßen, daß Alfonsin endlich „etwas tut".

Untätig allerdings war der Präsident nicht. Er hat sehr geschickt zunächst einmal den politischen Rahmen gesichert, bevor er sich an den in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder gescheiterte Experiment einer drastischen Inflationsbekämpfung herangewagt hat. Schon bei seinem Amtsantritt kündigte der gewählte Präsident an, daß die verantwortlichen Offiziere der früheren Militärregierungen für Menschenrechtsverletzungen während des „schmutzigen Krieges" gegen die Guerilla vor Gericht gestellt würden.

ARGENTINIEN

Er hatte allerdings gleichzeitig – und dies nicht nur zur Beschwichtigung des Militärs, sondern aus seinem eigenen Rechtsempfinden – die Verfolgung und Aburteilung der anderen Seite dieses schmutzigen Krieges, der Terroristenführer, angeordnet. Das Wagnis, selbst ehemalige Präsidenten im Generalsrang anzuklagen, scheint gelungen. Noch vor Ablauf des Jahres werden die Urteile erwartet – und niemand redet in Buenos Aires ernsthaft von einem neuerlichen „golpe", einem Militärputsch.

Ebenfalls angeklagt wurden die Verantwortlichen für den, von Alfonsin trotz des nationalistischen Begeisterungstaumels im Frühjahr 1982 stets verurteilten Krieg um die „Malvinas" (Falkland-Inseln). Und der Präsident räumte auch den Jahrzehnte alten Streit mit Chile um drei kleine Inseln im Beagle-Kanal zwischen dem südamerikanischen Festland und der Insel Feuerland aus. In einer Volksbefragung stimmten die Argentinier dem Abkommen mit Chile zu.

Seither, und darauf hatte Alfonsin gesetzt, konnten weder die peronistische Opposition noch die immer noch einflußreichen Militärkreise dem Präsidenten Verrat an der nationalen Sache vorwerfen. Der Volksentscheid war zu einer Art Vertrauensfrage für die Politik Alfonsins hochstilisiert worden. Er war gestärkt daraus hervorgegangen und konnte sich nun, nach der Berufung des neuen Wirtschaftsministers ganz dem Problem der Inflationsbekämpfung und der Neuordnung der gigantischen argentinischen Auslandsschuld von derzeit rund 48 Milliarden Dollar widmen.

Die Diskussion um die Wirtschaftspolitik im Lande hat verblüffende Parallelen zu der in der Bundesrepublik Deutschland nach der Wende 1982 geführten Debatte. Auch Alfonsin spricht von einer Erblast („herencia recibida"). Und auch er hat nach Einführung der staatlichen Sparmaßnahmen Mitte des Jahres Unternehmer und Gewerkschaften zu Dreiergesprächen zusammengerufen. Auch in Argentinien sind die Gewerkschaften, zusammengeschlossen im Dachverband CGT, aus Protest gegen angeblichen Sozialabbau unter dem Motto „Frieden, Brot, Arbeit" auf die Straße gegangen, so wie es hierzulande der DGB für den Oktober plant.

Bei der Bewältigung der Hyperinflation mit 1821,9 Jahresprozent von Juni 1984 bis Juni 1985 lehnt sich Argentinien ebenfalls an eine deutsche Parallele. Man will, wie nach der deutschen Inflation der zwanziger Jahre, die Wirtschaftserholung auf drei Säulen stützen: „Ausgleich des Staatshaushaltes, einen festen Wechselkurs und wirtschaftliche Hilfe des Auslands".

Die ersten beiden Schritte hat Argentinien aus eigener Kraft vollzogen. Um den dritten, die Unterstützung durch befreundete Nationen beim wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes, will Präsident Alfonsin werben, wenn er heute zu einem dreitägigen Staatsbesuch in Bonn eintrifft.

Bewußtseinslücke trennt Südafrika vom Westen

Grund für zögernde Reform / WELT-Gespräch mit Hans Klein

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

In der Debatte um Sanktionen und Maßnahmen gegen die Apartheid-Politik in Südafrika ist von dem unterschiedlichen Bewußtseinsstand südafrikanischer Moral- und Begriffsvorstellungen einerseits und westlichen Menschenrechtsmaximen andererseits kaum die Rede.

Dieser Unterschied aber, so der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Hans Klein, in einem Gespräch mit der WELT, „erschwert das gegenseitige Verständnis für die Vorgänge in einer für uns strategisch außerordentlich wichtigen Region". Es gebe eine „Bewußtseinslücke".

Klein: „Die Weißen in Südafrika haben in den letzten dreißig Jahren eine Bewußtseinsentwicklung erlebt, die im Vergleich zu uns eine große Verzögerung aufweist. Darin liegt ein gewichtiger Grund für die Langsamkeit des Reformprozesses und das völlige Unverständnis für Kritik von außen."

Die Entwicklung sei bei uns, bemerkt der CSU-Politiker, „nicht nur positiv verlaufen. Sie hat auch ein großes Maß an Heuchelei, Wehleidigkeit und Verdrängungsfähigkeit entstehen lassen."

Die Stampede westlicher Politiker gegen die pluralistisch ausgerichteten Weißen in Südafrika zum Beispiel stehe in merkwürdigem Gegensatz zur Erwartungshaltung mancher Politiker gegenüber dem menschenverachtenden System totalitärer Diktaturen im Osten.

Anderer Inhalt der Begriffe

Andererseits hätten die Weißen in Südafrika „sich daran gewöhnt, daß ihre Moralmaximen im wesentlichen nur für sie selber gelten und nur in sehr patriarchalischer Weise, wenn überhaupt, auch für Schwarze" Anwendung finden könnten.

Die Begriffs- und Vorstellungswelt der weißen Elite Südafrikas unterscheide sich sehr von der unseren, trotz der Gleichartigkeit der äußeren Verhältnisse. „Sie haben Hochhäuser wie wir, Fabriken wie wir, kritische bis aggressive freie Zeitungen wie wir. Dennoch haben viele Begriffe bei ihnen noch einen anderen Inhalt als in der westlichen Welt."

Als Beispiel zitiert Klein den Begriff der Sittlichkeit. Dieser werde im Westen „als Forderung an den Staat ganz groß geschrieben, als Verhaltensnorm für Individuen dagegen sehr lässig behandelt". Oder Tapferkeit, ein „Begriff, der bei uns schon fast abwertend benutzt wird, äußerstenfalls als Beispiel dafür, wie man einem Chef gegenübertritt. Er hat in Südafrika noch die Dimension der Kampfentschlossenheit." Oder Geld und Besitz. „Bei uns gilt das teilweise schon als Schande, dort ist es noch ein Ausweis besonderer Tüchtigkeit."

Radikale nicht aufwerten

Ein Teil vor allem der intelligenteren städtischen Schwarzen habe aus den verschiedensten Gründen – „einer davon ist das Heuchelvokabular der UNO" – zwar stärkeren Anschluß an die westliche Bewußtseinslage gefunden als die Mehrzahl der Weißen. Aber der weitaus größere Teil der Schwarzen lebt „wohl noch in einem allerdings langsam brüchig werdenden Bewußtseinskonsens mit den weißen Südafrikanern".

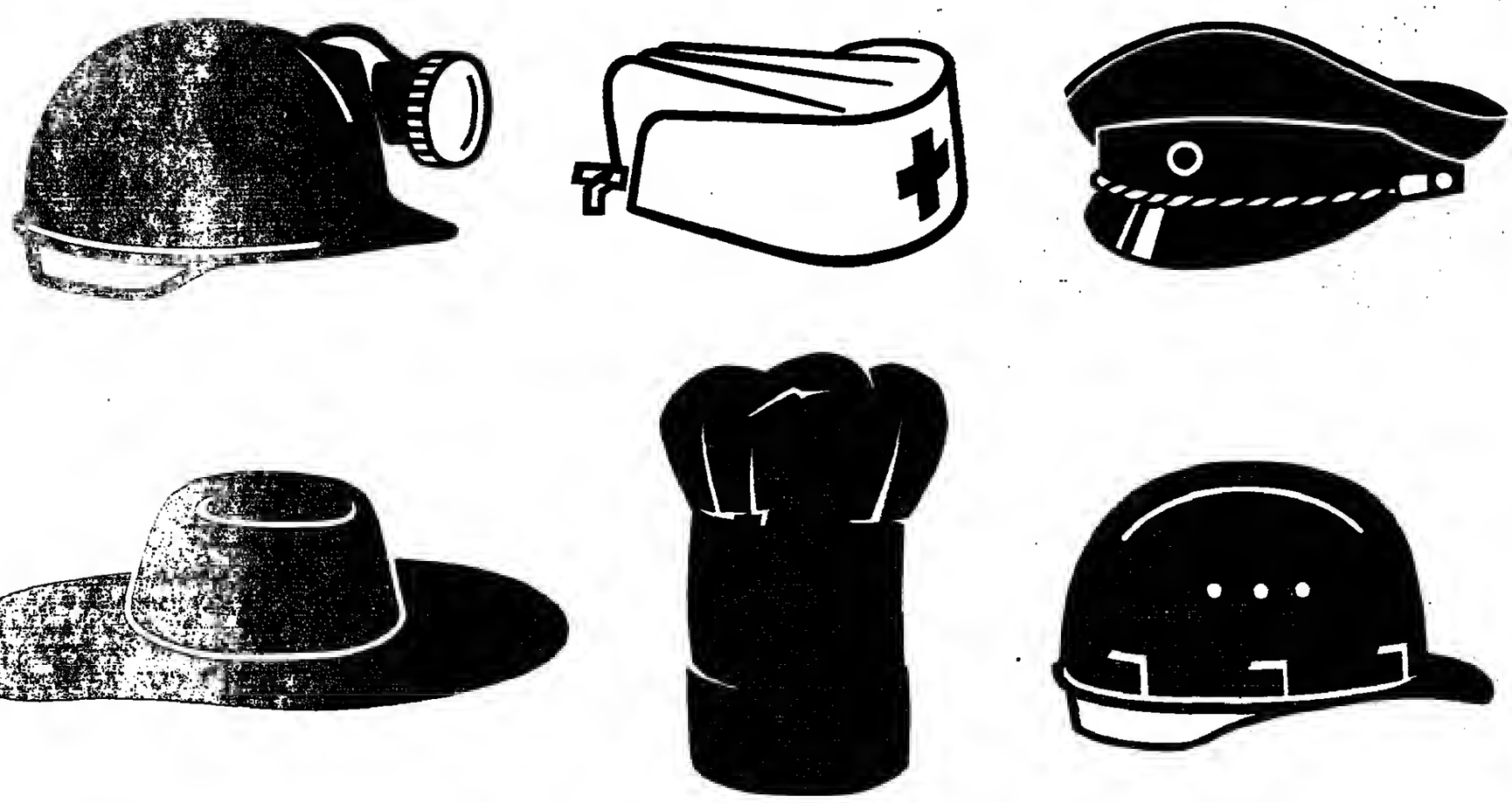
Dieses „Bewußtseinsgemenge" hat dazu beigetragen, daß die südafrikanische Regierung beispielsweise die moderaten schwarzen Führer nicht ernsthaft genug als Partner akzeptiert hat. Jetzt wird sie dafür von kurzsichtigen amerikanischen und europäischen Ratgebern zu einem Dialog mit den Radikalen gedrängt.

Wenn die Apartheid überwunden und ein politisches System, das „die faire Machtteilhabe aller Rassen und Volksgruppen ermöglicht, entwickelt werden soll", so Klein, „dann muß auch der Westen die Vernünftigen und Friedlichen auf allen Seiten unterstützen. Er darf nicht die Radikalen und Gewalttätigen aufwerten."

Wer den Menschen „dort helfen will, darf nicht zu moralischer Selbststilisierung, etwa Boykottmaßnahmen, auffordern, von denen letztlich die schwarze Mehrheit zur Verzweiflung und Gewalt getrieben würde". Diejenigen schwarzen Sprecher, die dennoch Wirtschaftssanktionen wünschen, wollen nach Ansicht von Klein „Revolution und nicht Reform".

Die Steinkohle zum Thema „Arbeitsplätze":

Wie die Steinkohle 400.000 Menschen in vielen Berufen unter einen Hut bringt.



Der deutsche Steinkohlenbergbau beschäftigt 170.000 Mitarbeiter, die jährlich 5 Milliarden DM an Nettolöhnen und -gehältern erhalten. Das bedeutet eine erhebliche Kaufkraft und damit Schubkraft für unsere Wirtschaft.

Aber auch in anderen Wirtschaftszweigen sorgt die Steinkohle für Arbeit: Sie vergibt jährlich 10 Milliarden DM an Aufträgen – an die Bauwirtschaft, den Maschinenbau, an viele Gewerbebetriebe.

Alles in allem sorgt die Steinkohle so für Beschäftigung und Einkommen von 400.000 Menschen in den verschiedensten Berufen. Rechnet man die Familienangehörigen dazu, leben über eine Million Menschen von unserer Steinkohle.

Eine besondere Chance gibt die Steinkohle jungen Arbeitnehmern: Mit 17.000 Jugendlichen ist der deutsche Steinkohlenbergbau einer der größten industriellen Ausbilder unseres Landes. Gibt es einen besseren Beweis, wie jung die Steinkohle ist?

Wollen Sie mehr wissen, schreiben Sie bitte an: „Die Steinkohle", Glückaufhaus, 4300 Essen.

Steinkohle. Ein Vorbild an Energie.

5/85 BMZ

Jahrelang bewußt übersehen: Die ungenutzten lokalen TV-Frequenzen

Wenn nicht alle, dann keiner . . .

In wenigen Wochen werden Deutschlands Fernsehzuschauer, die eben dabei sind, langsam die Fesseln des 3-Kanäle-Monopols abzustreifen, wieder einmal allen Grund haben, sich die Augen zu reiben. „Wenn das stimmt, werden einige harte Fragen gestellt werden müssen", sagt der CDU-Medienexperte und Bundestagsabgeordnete Dieter Weirich. Wenn nämlich stimmt, was aus Kreisen der Bundespost durchsickert: Daß es in der Bundesrepublik seit je eine Anzahl lokaler Fernsehfrequenzen gab, die ungenutzt blieben, weil das geheiligte Monopol der öffentlich-rechtlichen Anstalten es so wollte. „Nicht weil es zu wenig freie Frequenzen gab, hat es also bisher kein privates Fernsehen gegeben, sondern umgekehrt: weil es privates Fernsehen nicht geben durfte, gab es auch keine Frequenzen", bringt das ein medien-politisch aktiver Zuschauer auf eine Formel.

Die brisante Erkenntnis wird sich Anfang Oktober in dem Ergebnis einer Untersuchung niederschlagen, die das Bundespostministerium – reichlich spät – von den Oberpostdirektionen durchführen ließ. Demnach soll – wie die WELT erfuhr – in rund 20 deutschen Großstädten mindestens je ein drahtloses – also durch die Luft übertragbares – Fernsehprogramm zusätzlich möglich sein. Denn immer schon hat es im lokalen Bereich eine Fülle freier Luftkanäle gegeben, um die sich jedoch niemand gekümmert hat. Gert Sommerfeldt vom Bundespostministerium bezweifelt allerdings die Zahl: „Man wird, glaube ich, nur einige finden". Doch auch wenn es nur „einige" sein sollten, erhöbe sich die Frage, weshalb diese nie genutzt wurden.

Jedenfalls haben diese zusätzlichen Frequenzen für die Medienzukunft der Bundesrepublik eine ernorme Bedeutung. Denn mit dem drahtlosen Fernsehen im lokalen Bereich erhalten die (gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Anstalten unerträglich benachteiligten) privaten TV-Anbieter einen neuen kräftigen Schub in der geteilten deutschen Rundfunklandschaft des alten Monopols und des neuen Kabels.

Die Nutzung dieser Luftkanäle garantiert den Programmanbietern sogleich einen geschlossenen Markt, einen sicheren Zuschauerstamm und damit auch eine kalkulierbare, ergiebige Werbung. Alle Haushalte werden in dem betreffenden Gebiet erfaßt – sowohl jene, die ihre TV-Unterhaltung via Antenne auf die Bildschirme bekommen wie auch jene, die – etwa in empfangstechnisch ungünstigen Gebieten – allein am Kabel angeschlossen sind. Denn selbstverständlich werden diese neuen lokalen Programme auch ins Kabelnetz eingespeist.

Im Bundespostministerium werden allerdings noch rechtliche Probleme gewälzt, oder besser: Aus ganz natürlichen Anfangstücken werden Probleme gemacht, wie es eben so Mode ist in diesem Land. „Da es die neuen Kanäle nicht überall geben kann", verlautet aus dem Postministerium, „fürchten wir Schwierigkeiten mit dem Grundsatz der Gleichbehandlung".

Demnach aber müßte nicht nur jedwedes Kabelfernsehen unzulässig sein, da es doch – vorläufig – nur verhältnismäßg wenige Bürger nutzen können. Mit einer solcher Philosophe würde jedenfalls überhaupt jeder Fortschritt verhindert. Auch das bisherigen Fernsehen war ja anfangs nicht gleich überall und von jedermann zu empfangen.

Kenner glauben nun allerdings, daß noch wesentlich mehr lokale Frequenzen nutzbar wären, stünde dem nicht die starre Frequenzphilosophie der Bundespost entgegen. Eine Philosophie, die dem auf anderen Gebieten längst dahingegangenen Perfektionismus der Deutschen noch alle Ehre – oder Unehre – macht. Denn die Mediengewaltigen der Bundesrepublik glauben dem deutschen Zuschauer ein Fernsehbild ohne Makel schuldig zu sein. Zumindest geben sie dies vor. Dabei ertrüge mancher Zuschauer gern kleinere vorübergehende Bild-oder-Tonfehler, bekäme er dafür eine größere Vielfalt an Unterhaltung und Information geboten. Italien hat ja gezeigt, wie es trotz vieler lokaler Kanäle möglich ist, staatsweit ein technisch hinlängliches Programm auszustrahlen, mit dem die Bürger zufrieden sein können. „Warum geht das dort und bei uns nicht?" fragte deshalb Dieter Weirich das Bundespostministerium bereits 1982, als seine Parteifreunde gerade die Regierung übernommen hatten. Die Antwort blieb man ihm schuldig.

Gewiß ist nicht zu übersehen, daß es mit den deutschen Fernsehfrequenzen etwas Besonderes auf sich hat. „Bei uns ist es halt sehr, sehr eng", sagt Sommerfeld, „weil wir an so viele Länder grenzen, mit denen wir uns jeweils abstimmen müssen. Und nicht zu vergessen: unsere Freunde, die Verbündeten. Sie haben alle noch ihre eigenen Frequenzen: Briten, Amerikaner, Franzosen.

Und doch bleibt noch einiges übrig für Deutschlands Zuschauer. Die Frage Dieter Weirichs von 1982 wird 1985 endlich beantwortet.

HERMANN A. GRIESSER

STUDIO

Fünf Millionen französische Haushalte können bis 1990 mindestens 15 Kabelsender empfangen. Dies kündigte Postminister Louis Mexandeau zusammen mit einer **Aufstockung der staatlichen Aufwendung für das französische Verkabelungsprogramm** an. Bisher wurden in Frankreich zwei Milliarden Francs (rund 660 Mio. Mark) für das 1982 gestartete Projekt bewilligt. Im nächsten Jahr kommen weitere 2,8 Milliarden Francs (930 Mio. Mark) hinzu. Insgesamt kostet das Projekt rund 50 Milliarden Franc, die sich auf fünfzehn Jahre verteilen. Bisher wurden Verträge mit 36 französischen Städten geschlossen, weitere 17 sind in Vorbereitung. Das erste Kabelnetz Frankreichs soll noch vor Jahresende in der Industriestadt Cergy-Pontoise eingeweiht werden.

Der erste private **Abonnementsfernsehsender in der Schweiz** („Teleciné") nimmt am 30. November seine Sendungen auf. Zum Empfang wird ein Decoder benötigt, dessen monatliche Miete sich auf 20 Franken beläuft. Dazu kommen die Kosten für 3 verschiedene Programme, unter denen die Zuschauer wählen können. Für 18 Franken kann man eine Auswahl von 39 Spielfilmen pro Monat bestellen. Ein Jugendprogramm mit Zeichentrickfilmen und Serien kostet 9 Franken. Für 20 Franken wird, ab Mitternacht, ein Sex-Filmabonnement ausgestrahlt.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.05 Unsere schönsten Jahre
10.50 Bilder aus Europa
11.35 Es ist angerichtet
12.05 Umschau
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
15.00 Tagesschau

16.00 Tagesschau
16.10 Allerhand Leute
17.20 Die Märchenbraut
3. Teil: Liebe auf den ersten Blick
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Spionageschiff
Fernsehserie in sechs Teilen
2. Teil: Geheimagent Evans greift ein
Als die „Calstar" im Eismeer verschwindet, werden die Geheimdienste aktiv. Die große Vertuschaktion beginnt. Doch die Angehörigen der vermißten Seeleute wollen die Wahrheit wissen . . .
21.10 Kontraste
Themen: Der neue Amerikaner in Bonn / Sind nun alle verdächtig? / Die „feindlichen Brüder" / Grenze frei für die Musen / Ein Dorf im Abseits
Moderation: Joachim Braun
22.00 Humpe, Humpe
Eine Show mit Anete und Inga Humpe
22.30 Tagesthemen
23.00 Wochenendgeschichten
6. Folge: Wanda
Von Gert Loschütz
Wanda will unbedingt den Mann wiedersehen, der ihr immer wieder in der Menschenmenge begegnet, um wie ein Phantom zu verschwinden. Um ein Foto von sich machen zu lassen, sucht sie die Fotografin Petra auf. Und benimmt sich bei ihr äußerst merkwürdig . . .
0.00 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Barocke Zeiten
9. Folge: Frankreich, Holland, England
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Im Reich der wilden Tiere
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.50 Reportage am Montag
. . . sie sind ja groß, große Kinder in der heutigen Folge berichtet Jürgen Vogt über Leben und Problematik junger GI's in Deutschland. Was hat es auf sich mit der deutsch-amerikanischen Freundschaft? Werden Schwarze auch bei uns diskriminiert?
20.15 Mit dem Rücken zur Wand
Französischer Spielfilm (1957)
Mit Jeanne Moreau, Gérard Oury, Philippe Nicaud u. a.
Regie: Edouard Molinaro
21.42 Mach mit – der Umwelt zuliebe
21.45 heute-Journal
22.05 Das gesprengte Korsett oder die Lust am Körper
Film von Ulrich Edel und Reinhard Klooss
Anfang dieses Jahrhunderts wanderte das „Folterinstrument" Korsett endgültig aus dem Ankleidezimmer auf den Dachboden. Die bis dato geschnürte Damenwelt konnte den ersten erleichterten Atemzug tun.
22.50 Junges englisches Theater:
Travesties
Von Tom Stoppard
Deutsch von Hilde Spiel
0.55 heute

Jeanne Moreau und Gérard Oury in dem französischen Spielfilm „Mit dem Rücken zur Wand" – 20.15 Uhr, ZDF FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Gesucht – gefunden
Die Tausch- und Sammlerbörse
21.45 Landesspiegel
Brühl gefällt mir immer noch
30 Minuten Ausgang von der Ewigkeit – Kurfürst Clemens August zu Besuch in Brühl und Bonn
Film von Peter Langer
22.20 Franz-Peter-Wirth-Retrospektive: Tatort
Kriminalfilm von Henry Kalarz
23.40 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Peukefitz Nr. 5
4. Folge: Oli verliebt sich
19.00 Eine Welt
Kostbares Naß
19.45 Internationales TV-Kochbuch: Schweden

HESSEN
18.30 Peukefitz Nr. 5
19.05 Ein Platz für Tiere
Professor Bernhard Grzimek zeigt heute Schimpansen in der afrikanischen Wildnis.

Gemeinschaftsprogramm:

NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Das Montagsthema
Aktuelle Sendung
21.45 Hessen Drei unterwegs
Einfahrt auf Gleis 7
Hinter den Kulissen des Frankfurter Hauptbahnhofs
Von Barbara Siehl und Fritz Kremser
22.30 Mörder-Trio
Amerikanischer Spielfilm (1959)
Mit Cameran Mitchell, John Lupton, Steve Brodie u. a.
Regie: Edward L. Cahn
23.40 Nachrichten

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Ben Cartwright braucht Hilfe
20.15 Hans Hass (12)
Im Golf von Bengalen
20.55 Flash Gordons Flug zum Mars
Die Königin der Magie
21.15 Rückblende
Vor 170 Jahren: Wiener Kongreß
21.30 Die Mine unterm Regenbogen
Bei deutschen Goldgräbern in Kanada
22.25 Jazz
23.55 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Lebensraum Atmosphäre
Gefährliches Spiel mit dem Klima
Bericht von Paul Hermanns
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
Lyrik heute
22.50 Schauplatz Tokio
Aus der Dokumentarreihe „Spionage"
23.40 Rundschau

SAT 1

13.50 Kimba, der weiße Löwe
Der Dschungeldieb
14.00 Von drei nach zwei bis zwei vor drei
Der Junge und die Krähe
15.00 Black Beauty
Der Winkeladvokat
15.50 Musicbox
16.30 Bill Cosby
Selbst ist der Mann (wenn er kann)
17.00 Mondbasis ALPHA 1
Zarans Schicksal
18.00 Westlich von Santa Fé
Die Rechnung geht auf
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Als Amerika nach Olympia kam
Teil 2
20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin
21.00 Galerie Bucher
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Einundvierzig Grad Liebe
Englischer Spielfilm (1959)
Mit Shirley Eaton, Wilfried Hyde White, Terence Longdon u. a.
23.45 APF blick:
Letzte Nachrichten

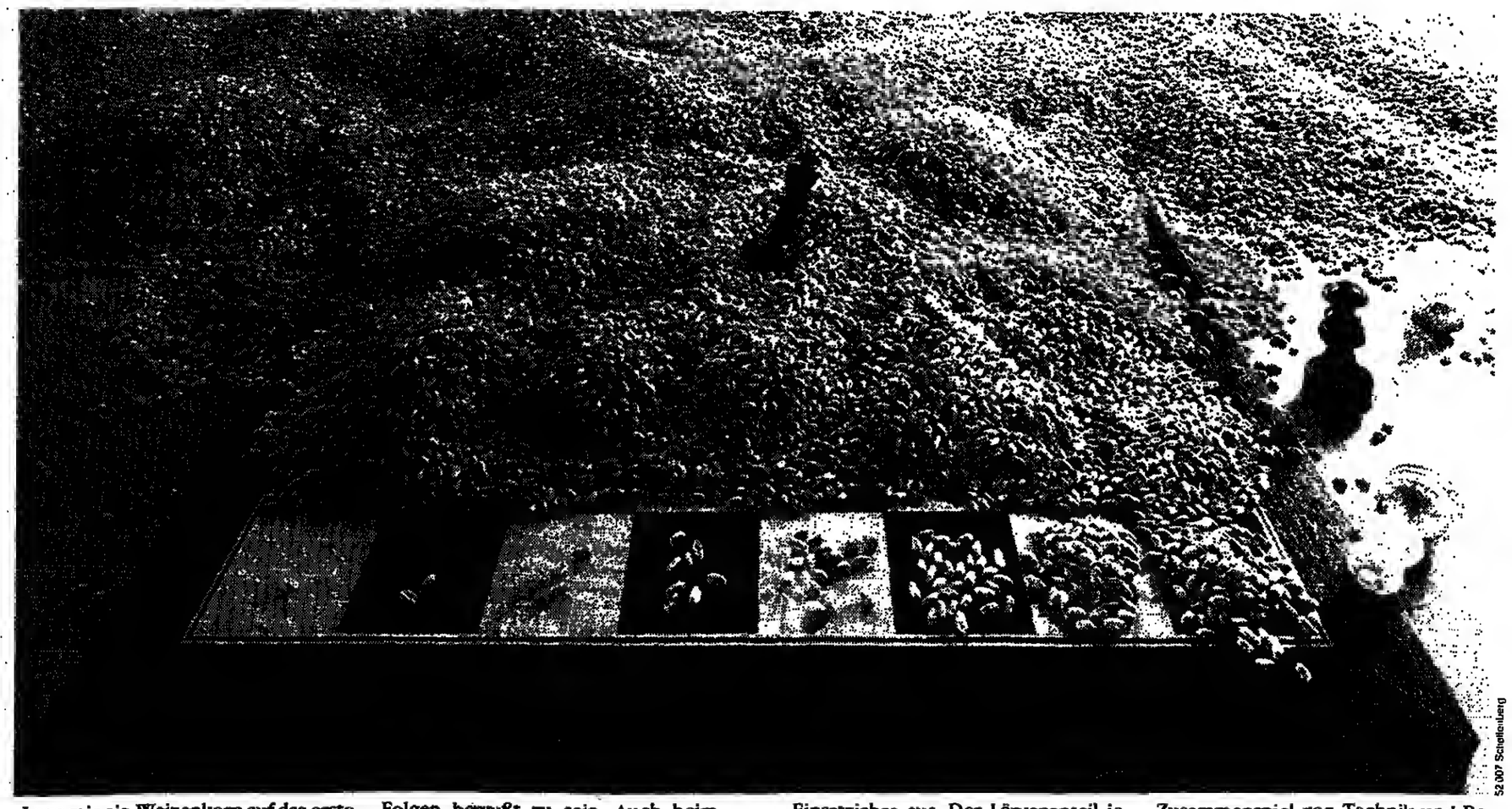
3SAT

18.00 Löwenzahn
Eine Insel im Kornfeld
Kompass
Nahrung und Energie (2)
19.00 heute
19.30 Sportreport
mit „Sport am Montag" aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 cinema international
Iphigenie
Griechischer Spielfilm (1977)
Mit Irene Papas, Costa Kazakos, Costa Carras u. a.
Regie: Michael Cacoyannis
Helena, Königin von Sparta, hat ihren Mann Menelaos verlassen und ist mit Paris nach Troja geflohen. Die griechischen Könige wollen diese Demütigung Menelaos' rächen.
23.50 Kennwort: Kino
Ratschlag für Kinogänger
„Der Falke und der Schneemann" von John Schlesinger
0.00 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Hallo RTL
18.55 7 vor 7 – Newsshow
19.18 Karlchen
19.22 RTL-Spiel
19.30 Knight Rider
20.20 RTL-Spiel
20.30 Schwarz, Gelb, Tod
Französischer Film
22.05 RTL-Spiel
22.10 Das Kind im Manne
22.35 Zeichentrick für Erwachsene
22.45 Wetter
22.50 Horoskop
22.55 Betthupferl

Damit es Ihnen beim Nutzfahrzeugkauf nicht ergeht wie seinerzeit König Sheram.



„Lege mir ein Weizenkorn auf das erste Feld und verdopple die Anzahl auf jedem weiteren." Das war der Wunsch des brahmanischen Weisen Sessa für die Erfindung des Schachspiels. König Sheram ging darauf ein, ohne sich der Folgen bewußt zu sein. Auch beim Kauf eines Nutzfahrzeugs kann ein zunächst günstiges Angebot zu einer unüberschaubaren Größe werden, macht doch der Anschaffungspreis nur etwa 15% der Gesamtkosten im Laufe der Einsatzjahre aus. Der Löwenanteil jedoch sind die Folgekosten. Und die hält Daimler-Benz wirksam in Schach – durch eine ausgereifte Technik und ein umfassendes Paket an Betreuungsleistungen. Denn erst das harmonische Zusammenspiel von Technik und Betreuung macht es möglich, zu einer optimalen Gesamtwirtschaftlichkeit zu finden. Sie machen also einen guten Zug, wenn Sie sich für Nutzfahrzeuge mit dem Stern entscheiden.

In Betreuung so gut wie in Technik. Mercedes-Benz.
Ihr guter Stern auf allen Straßen.

Barschel: Keine Mehrheit für Vogel-Initiative

dpa, **Elmshorn**

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU) erwartet, daß die gesetzliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs einschließlich der Anerkennung durch die Krankenkassen nicht geändert wird.

Nach Angaben der Regierung sagte er vor der Jungen Union in Elmshorn, neben SPD-regierten Bundesländern würden die Regierungen von Schleswig-Holstein und wahrscheinlich auch von Niedersachsen im Bundesrat gegen die Initiative von Rheinland-Pfalz stimmen, die Kostenerstattung für einen Schwangerschaftsabbruch nach der sozialen Indikation zu erschweren.

Nach dem bisherigen informellen Kontakt mit anderen Ländern zeichne sich ab, daß der Gesetzentwurf von Rheinland-Pfalz keine Mehrheit im Bundesrat bekommen und nicht einmal im Bundestag beraten werde.

Biedenkopf für „Arbeitszeitguthaben"

dpa, **Lüdenscheid**

Der Vorsitzende der CDU Westfalen-Lippe, Kurt Biedenkopf, hat eine neue Überlegung in die Diskussion um Arbeitszeitverkürzungen eingebracht: Nach seiner Ansicht sollten die Arbeitnehmer statt wöchentlichem oder monatlichem Ausgleich eine Art „Arbeitszeitguthaben" ansammeln können, um ein halbes Jahr bei voller Bezahlung aus dem Arbeitsprozeß herauszugehen und „neu zu lernen", sagte er auf dem Landestag der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA). Da künftig immer weniger Arbeit benötigt werde, um das gleiche Wirtschaftswachstum zu erreichen, sei Arbeitszeitverkürzung unabdingbar.

Vertrauen in die Alliierten ungebrochen

hrk. **Berlin**

67 Prozent der Westberliner Einwohner sind nach einer repräsentativen Meinungsumfrage des Senats von der Verläßlichkeit des alliierten Schutz-Schirmes überzeugt, sagte der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen in einem Interview der „Berliner Morgenpost".

Zugleich korrigierte er damit eine ZDF-Umfrage, die während der Funkausstellung veröffentlicht worden war. Danach hatten nach ZDF-Angaben nur 59 Prozent der Befragten erklärt, auch im Ernstfall stünden die Alliierten zu ihren Verpflichtungen in Berlin.

Diepgen folgerte aus den Umfragedaten, daß es den in der ZDF-Sendung behaupteten Vertrauensschwund der Berliner in die Alliierten nicht gebe. Die Gefahr einer militärischen Bedrohung Berlins durch den Osten sehen die Berliner nur als „relativ gering" an.

Scheel würdigt Liebermann

warn. **Hamburg**

Als eine Symbolfigur zeitgenössischer europäischer Kultur hat der frühere Bundespräsident Walter Scheel den Schweizer Komponisten und Theatermann Rolf Liebermann bei einer Festmatinee geehrt, die die Hamburgische Staatsoper zum 75. Geburtstag ihres Intendanten und Ehrenmitglieds veranstaltete. Liebermanns Ziel sei es immer gewesen, das Bewußtsein für die gemeinsame europäische Kultur wieder zu wecken, nicht zuletzt in Blickrichtung auf ein politisch geeintes Europa.

„Strafprozeßordnung reicht nicht aus"

Bundestagsabgeordneter Langner für Grundgesetzänderung

Der Vorsitzende des Flick-Ausschusses, der CDU-Bundestagsabgeordnete Manfred Langner, hat sich dafür ausgesprochen, das Grundgesetz zu ändern und ein spezielles Gesetz für Untersuchungsausschüsse zu schaffen, um die Effizienz der Arbeit dieser Parlamentsgremien zu erhören. Zu seiner Forderung erklärte Manfred Langner in einem WELT-Interview, die sinngemäße Anwendung der Strafprozeßordnung reiche nicht aus. Denn in den Ausschüssen gehe es um politische Verfahren. Mit Langner sprach Stefan Heydeck.

DW. **Bonn**

WELT: Herr Langner, waren die Beschwerden der SPD und Grünen gegen die Ablehnung des Bonner Landgerichts auf weitere Akteneinsicht sinnvoll?

Langner: Ich habe schon das Anliegen auf Einsicht in weitere 58 Akten nicht mehr für sinnvoll gehalten. Das gilt auch für die Beschwerde.

WELT: Sehen Sie in dem Beschluß des Kölner Oberlandesgerichts einen Eingriff in Ihre Rechte?

Langner: Nein. Der Beschluß scheint mir juristisch einwandfrei zu sein. Er war von guten Juristen so vorausgesagt worden.

WELT: Was ergibt sich daraus für die Arbeit künftiger Untersuchungsausschüsse?

Langner: Die Rechtslage ist so, wie sie das Bundesverfassungsgericht am 17. Juli 1984 dargelegt hat. Danach gibt es einen Anspruch des Ausschusses auf Akteneinsicht gegenüber der Exekutiven, die ja vom Parlament kontrolliert wird. Die Strafbehörden haben Amtshilfe zu gewähren. Der Ausschuß als ganzes kann Rechtsmittel einlegen, wenn er mit einer Entscheidung dieser Stellen nicht einverstanden ist.

Unabhängig davon ist für mich klar, daß im internen Verhältnis die Minderheit, also SPD und Grünen, Beweisanträge gegenüber der Mehrheit durchsetzen kann. Deshalb habe ich ja auch deren Forderung an das Bonner Landgericht weitergeleitet.

WELT: Welche Folgerungen können Sie schon jetzt ziehen?

Langner: Ich meine, daß wir ein Untersuchungsausschußgesetz brauchen. Denn es gibt einige ungeklärte Fragen. So muß nach meiner Auffassung der Grundgesetzartikel 44, der die Einsetzung dieser Gremien regelt, präzisiert werden. Die Aufträge müssen genauer gefaßt werden. Denn was allein wir an Aufträgen hatten, war kaum zu bewältigen.

Weiter sollte die Zahl der Mitglieder geringer festgelegt werden. Die Verfahrensordnung sollte klarer und bestimmter sein. Hier verweist das Grundgesetz auf die sinngemäße Anwendung der Strafprozeßordnung. Die paßt aber nicht, weil es ja keine Richter, Staatsanwälte, Angeklagte oder Verteidiger gibt. Wir haben nur Zeugen und Akten, wickeln also politische Verfahren ab. Daran müßten unsere Verfahrensgrundsätze ausgerichtet werden.

WELT: Sollten in einem solchen Gesetz auch Strafmaßnahmen festgelegt werden?

Langner: Der Ausschuß hat bereits, etwa beim Zeugenzwang, derartige Möglichkeiten. Nein, ich möchte ein knappes, gutes Gesetz. Was klar ist, brauchen wir nicht zu wiederholen.

WELT: Hoffen Sie noch auf ein gemeinsames Votum der Koalition zumindest mit der SPD?

Langner: In weiten Bereichen. Die Beteiligten reden ständig miteinander. Ich selbst werde jetzt, in der Endphase die Obleute in Einzelgesprächen nach Anregungen für eine gemeinsame Schlußbewertung des ermittelten Sachverhalts fragen.

WELT: Wird der Bericht nicht so umfangreich, daß ihn keiner lesen will?

Langner: Wie der Sachverhalt, so der Bericht. Wenn wir einen Zeitraum von sechs Jahren untersuchen müssen, man uns 100 000 Blatt Akten auf den Tisch legt, wenn wir 50 Zeugen befragen und 12 000 Blatt Vernehmungsprotokolle lesen müssen, dann muß bei der gebotenen Sorgfalt auch ein umfangreicher Bericht in Kauf genommen werden.

Aus der „DDR" kamen 13 379 in den Westen

W. K. **Bonn**

In diesem Jahr (bis zum 31. August) haben nach Unterlagen des Bundesinnenministeriums 13 379 Bewohner der „DDR" ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland eingenommen. Seit dem Mauerbau in Berlin im August 1961 verließen insgesamt 519 000 Deutsche die „DDR".

Von Januar bis Ende August dieses Jahres konnten 9764 Bewohner der „DDR" mit Genehmigung der „DDR"-Behörden in den Westen übersiedeln. Geflohen sind in diesem Zeitraum 1995 Menschen, unter ihnen 96 Personen, die als „Sperrbrecher" die neuen tiefgestaffelten Grenzsicherungsanlagen der „DDR" überwinden konnten.

Durch Freikauf politischer Gefangener erreichte die Bundesregierung die vorzeitige Entlassung von 1620 Häftlingen. Während zwischen 1980 und 1983 im Durchschnitt jährlich 1300 Gefangene freigekauft werden konnten, waren es im vergangenen Jahr 2113 gewesen. In Bonn wird 1985 mit etwa der gleichen Anzahl gerechnet.

Zugleich schiebt Ost-Berlin jedoch weiterhin Kriminelle ab: Bis 1. Juli dieses Jahres erneut 180 (1984 insgesamt 228), für deren „Ausreise" die Bundesregierung allerdings nicht mehr wie bis 1982 Gegenleistungen erbringt.

Vorruhestand für Kassenärzte?

dpa, **Bonn/Eichstätt**

Kassenärzte sollten mit 62 Jahren in den Vorruhestand treten können und sich generell mit 65 Jahren zur Ruhe setzen müssen, meint der bayerische SPD-Bundestagsabgeordnete Karl Weinhofer im Pressedienst seiner Landesgruppe. Damit ließe sich der bis 1990 vorhergesagte Überschuß von etwa 20 000 ausgebildeten Medizinern deutlich verringern.

Weinhofer berief sich darauf, daß 10,1 Prozent der zugelassenen knapp 63 000 Kassenärzte in der Bundesrepublik heute älter als 65 Jahre sind. Doch wisse man nicht, wieviele Ärzte zwischen 62 und 65 Jahren freiwillig eine Vorruhestandsregelung in Anspruch nehmen würden.

Voraussetzung für SDI-Vertrag gegeben

● Fortsetzung von Seite 1

men. Außer Washington standen Seattle, Dallas, Los Angeles und San Francisco auf dem Reiseprogramm. Die Delegationsmitglieder führten Gespräche über den Stand von Forschung und Entwicklung, die Möglichkeiten einer Kooperation und die Kosten.

In einem Gespräch mit deutschen Journalisten in Washington haben Mitglieder der Kommission ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Verhandlungen über ein Rahmenabkommen nicht der Zweck ihres Aufenthaltes waren. Fest steht jedoch, daß die Reagan-Administration zu schriftlichen Vereinbarungen über Eigentums- und Nutzungsrechte, Geheimschutz sowie die Sicherung des Technologietransfers bereit ist. Sie sieht darin aber keine Voraussetzung für eine Zusammenarbeit.

Die deutsche Delegation hat nicht nur mehr Fragen stellen können, als ursprünglich für möglich gehalten wurde. Außerdem übergaben ihr die Amerikaner auch Verschlußsachen, also geheimzuhaltendes Material, und konkrete Daten. Die Ausbeute übersteige alles, was die USA bisher in den NATO-Gremien berichtet hätten.

Jetzt muß die Bundesregierung entscheiden, ob die in den USA gesammelten Informationen für ein Rahmenabkommen genügen. Ist das nicht der Fall, kann sie noch einmal in der US-Hauptstadt nachfragen oder das Vorhaben fallenlassen. Dringend gewünscht werden jedoch auch gemeinsame Rahmenbedingungen, die nicht nur den Geheimschutz und den Technologietransfer, sondern auch die Verwertung der Forschungsergebnisse durch die Industrie einschließen. Immerhin haben sich alle in Frage kommenden großen und kleinen Unternehmen für ein solches Regierungsdach ausgesprochen.

Auf dem Tisch bleiben die deutschen Forderungen, wonach es keinen Automatismus zwischen Beteiligung an der Forschung und der Stationierung gibt, der ABM-Vertrag keine unbegrenzte Kooperation in der Forschung zuläßt, nichts ohne Konsultation der Bündnispartner entschieden wird und die USA mit der Sowjetunion über Entwicklung und Stationierung sprechen werden.

Andererseits wird in der öffentlichen Debatte leicht vergessen, daß es sich bei SDI – auch wenn handfest geforscht und konkrete Ziele anvisiert werden – noch um eine reine Grundlagenforschung handelt: Frühestens in den 90er Jahren ist an eine Durchführungsstudie zu denken.

Die deutsche Position wäre stärker, wenn sich Bonn finanziell an SDI beteiligen würde. Die Eigentums- und Nutzungsrechte wären dann nicht umstritten. Aber weder hat Washington bisher, so hieß es in der Delegation, darum gebeten, noch ist ein Finanzbeitrag von der Bundesregierung angeboten worden. In der Theorie könnte indes das Bonner Verteidigungsministerium SDI-Aufträge an deutsche Firmen vergeben.

Mit keinem Wort erwähnt worden ist der jüngste Spionageskandal in der Bundesrepublik. In der Technologie-Diskussion wurden auch die sensitivsten Bereiche nicht ausgeklammert. Denkbar ist aber die Schaffung einer Kontaktstelle, da die Amerikaner auf besondere Sicherheitsvorkehrungen bei der Vergabe von Aufträgen dringen werden. Darüber müsse jedoch ebenfalls verhandelt werden, betonten Mitglieder der Kommission.

Zu beachten ist, daß die Bundesrepublik nur einer von mehreren möglichen SDI-Teilnehmern ist. Die USA führen Kooperationsgespräche mit acht europäischen Staaten, so auch mit London. Dort vermittelt das Verteidigungsministerium die Aufträge an Unternehmen, die in diesem Bereich ohnehin alle verstaatlicht sind. Bonn muß dagegen den privatwirtschaftlichen Weg gehen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Gadesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Vom Auswärtigen Dienst

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,

mit einer Mischung von Empörung, Bedauern und Amüsement habe ich den Artikel „Diplomaten sind falsch ausgebildet und daher nur begrenzt einsatzfähig" in Ihrer Ausgabe vom 12. September gelesen. Mit Bedauern deswegen, weil hier grobe Fehlinformationen der Öffentlichkeit präsentiert werden; mit Empörung, weil die Urteile ungerecht und verletzend sind; mit Amüsement, weil das Ausmaß der Fehlurteile groteske Züge aufweist.

Zur Sache: Die genannte Zahl von 70 000 Beschäftigten gehört einer Größenordnung an, von der kaum der Auswärtige Dienst einer Großmacht, sicher nicht unser bescheidener Auswärtiger Dienst zu träumen wagt. Tatsächlich beschäftigen wir einschließlich der Ortskräfte rund 6350 Bedienstete, d. h. nicht einmal zehn Prozent der genannten Zahl. Nur beiläufig möchte ich erwähnen, daß wir zahlenmäßig auch nicht an vergleichbare Dienste anderer Staaten heranreichen. Der britische Auswärtige Dienst hat 12 116 Mitarbeiter, der französische 8736.

Dann wird von der „größten und teuersten Bundesverwaltung" schwadroniert: Der Haushalt des AA ist einer der kleinsten der klassischen Ressorts. Er beträgt in diesem Jahr absolut nur 2435 Millionen Mark, auch für 1986 ist die vorgesehene Zuwachsrate mit 1,8 Prozent unterdurchschnittlich (Zuwachsrate des Gesamthaushalts 2,4 Prozent).

Dann wird der Vorschlag gemacht, die Lufthansabüros oder die Handelskammern zu erweitern und mit den Aufgaben des Auswärtigen Dienstes zu betrauen, um Wirtschaftsförderung zu betreiben; grotesk: Wirtschaftsverbände, Unternehmen und Außenhandelshäuser haben sich eindringlich für Erweiterung und Intensivierung der offiziellen Wirtschaftsförderung öffentlich eingesetzt. Dies haben sie sicherlich nicht getan, weil sie die vorhandenen Strukturen für überflüssig halten, sondern weil sie die amtlichen Vertretungen verstärken wollen. Und sicher wird es dem Verfasser Ihrer Studie auch neu sein, daß es tatsächlich sogar schon einen Personalaustausch zwischen der deutschen Wirtschaft und dem Auswärtigen Dienst gibt.

Was die Ausbildung des diplomatischen Dienstes selbst im Wirtschaftsbereich anbetrifft, hat Professor Hamer einen Informationsstand, der nicht einmal für das 19. Jahrhundert zutreffend sein dürfte. Die jetzige Ausbildung der Attachés stellt gerade den Wirtschaftsbereich in den Mittelpunkt, theoretisch und praxisorientiert. Einige Ausbildungsstage bei einer deutschen Firma gehören zu unserem Ausbildungsprogramm selbstverständlich dazu.

Und zum Schluß: die oft aufopfernde Arbeit unserer Konsularbeamten rund um die Uhr und feiertags, besonders in den sogenannten Touristenländern; die trotz Reisediplomatie unerläßliche Berichterstattung und Analyse der Verhältnisse in den Ländern der Welt für die Regierung eines Landes, das ein Drittel seiner Produkte ins Ausland verkauft, das seine Sicherheit einem internationalen Bündnis verdankt, das in die Europäischen Gemeinschaften eingebettet ist – offenbar böhmische Dörfer für den Herrn Professor aus Hannover.

Vorurteile sind gut, Information ist besser. Professor Hamer ist zu einem Informationsgespäch im Auswärtigen Amt jederzeit willkommen.

Mit freundlichen Grüßen
Andreas Meyer-Landrut,
Staatssekretär des Auswärtigen Amts

*

„Diplomaten sind falsch ausgebildet und daher nur begrenzt einsatzfähig": WELT vom 12. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

Professor Hamer irrt, wenn er dem Auswärtigen Dienst 70 000 Beschäftigte zuschreiben möchte. Tatsächlich gibt es im Auswärtigen Dienst (nachzulesen im Haushaltsgesetz 1984) 5917 Beschäftigte, also weniger als ein Zehntel der von Hamer behaupteten Zahl. Damit ist der Auswärtige Dienst heute kleiner, als er es noch im Jahr 1972 (6021 Beschäftigte) war. Ein weiterer Vergleich: der deutsche Auswärtige Dienst ist weniger als halb so groß wie der britische Auswärtige Dienst (12 116 Mitarbeiter) und nur ein Siebtel so groß wie der entsprechende Dienst der USA (42 872 Mitarbeiter).

Für die von Hamer behaupteten „gegenseitigen Partyeinladungen", mit denen sich die „70 000 Beschäftigten" des Auswärtigen Amts angeblich die Zeit vertreiben, bleiben unter diesen Umständen schon aus Zeit- und Arbeitsgründen kein Raum. Das Gegenteil ist richtig. Gerade die Wirtschaftsabteilungen unserer Auslandsvertretungen (aber auch zum Beispiel die Konsulardienste) sind personell empfindlich unterbesetzt. Ein Beispiel aus dem südostasiatischen Raum: In Singapur, Malaysia, den Philippinen und in Hongkong verfügt selbst das kleine Österreich über mehr Wirtschaftspersonal an seinen Vertretungen als die Bundesrepublik Deutschland, ganz zu schweigen etwa von den USA, die in Hongkong das Achtzehnfache an Personal im höheren Dienst für die Wirtschaft aufbieten als wir und als Frankreich, das in dieser Wirtschaftsmetropole über das Fünfundzwanzigfache an Wirtschaftsreferenten verfügt.

Die aus dieser Situation zu ziehende Schlußfolgerung ist deshalb nicht, wie Hamer meint, eine Aufgabenübertragung an „erweiterte Lufthansabüros" oder ähnliche Einrichtungen, sondern der zügige Ausbau des Auswärtigen Dienstes mit der Verstärkung unserer Wirtschaftsabteilungen als einem (nicht dem einzigen) der Schwerpunkte. Diese Forderung hat der Personalrat des Auswärtigen Amts auf seiner Pressekonferenz am 10. September erhoben, über die die WELT in ihrer Ausgabe vom 11. September ausführlich und zutreffend berichtet hat. Was Hamers Klagen über die „traditionelle" Ausbildung im Auswärtigen Amt betrifft, so sei lediglich angemerkt, daß kein Bewerber für die „Diplomatenlaufbahn" eingestellt wird, der nicht schon im Auswahlwettbewerb, der amtseigenen Zulassungsprüfung, solide Kenntnisse in den Wirtschaftswissenschaften nachweist.

Mit freundlichen Grüßen
Uwe Schramm,
Vorsitzender des Personalrats
des Auswärtigen Amts

Alldeutsch

„Lesebrief: Poincaré": WELT vom 9. September

Sehr geehrte Redaktion,

WELT-Leser Curt Riess in Zürich ist in seinem Brief ein Irrtum unterlaufen: Eine „Alldeutsche Partei" gab es niemals, sondern lediglich einen „Alldeutschen Verband" ohne Sitz und Stimme im Parlament. Man kann ihn auch nicht als „Vorläufer der Nazis" bezeichnen, da er weder eine Massenbewegung war noch das „Führerprinzip" vertrat und schon gar nicht die Ausrottung der Juden propagierte. Im übrigen sind doch wohl Pläne irgendeines politischen Vereins keine Rechtfertigung für – wie Leser Toepfer es richtig formulierte – ein von Haß und Rachsucht geprägtes Diktat.

Jedenfalls ist nach meiner Überzeugung diese Darstellung von W. Görlitz so vortrefflich, wie wir es seit Jahren allwöchentlich gewohnt sind.

Otto Haefcke,
Mölln

Wort des Tages

„Die großen Gedanken kommen aus dem Herzen."

Luc de Clapiers Vauvenargues, französischer Moralist (1715–1747)

Personalien

KIRCHE

Der Rektor der Theologischen Fakultät Trier, Professor Dr. **Helmut Weber**, ist zum residierenden Domkapitular an der Hohen Domkirche in Trier ernannt worden. Damit ist das achte, bisher noch offene Kanonikat des Domkapitels wieder besetzt und die Zahl der Domkapitulare wieder vollständig. Der neue Domkapitular wurde 1930 in Oberwinter geboren und 1956 in Rom zum Priester geweiht. Er promovierte 1960 zum Dr. theol. und übernahm 1966 den Lehrstuhl für Moraltheologie an der Theologischen Fakultät Trier, deren Rektor er 1979 wurde. Das Domkapitel ist ein wichtiges Beratungsgremium des Bischofs. Im Falle der Erledigung des Bischofsstuhles übernimmt es die Leitung des Bistums bis zur Wahl eines Kapitularvikars. Das Domkapitel wählt auch gemäß dem Konkordat den neuen Bischof. Darüber hinaus ist es zuständig für die Verwaltung des Domes und die Gestaltung der Liturgie in der Hohen Domkirche.

AUSWÄRTIGES AMT

Zur neuen Generalkonsulin in Shanghai wurde Frau **Hannelore Theodor** ernannt. Die Vortragende Legationsrätin I. Klasse, die bisher in der Kulturabteilung das Referat für Hochschulen leitete, ist die siebente Frau im Auswärtigen Dienst, die einen maßgebenden außenpolitischen Posten übernimmt. Frau Theodor, die chinesisch spricht, gilt als erfahrene China-Spezialistin. Sie leitete von 1975 bis 1978 die Kulturabteilung der deutschen Botschaft in Peking und war damals verantwortlich für die Anknüpfung der ersten erfolgreichen Kulturaustauschprojekte.

BERUFUNG

Zum Direktor der Universitätsnervenklinik in Köln hat NRW-Wissenschaftsministerin **Anke Brunn** (SPD) den bisherigen Leiter des Kölner Max-Planck-Instituts für Neurologische Forschung, Professor **Wolf-Dieter Heiss**, ernannt. Heiss hat wesentlichen Anteil an der Weiterentwicklung der Positronen-Emissions-Tomographie (PET), mit der Zeitabläufe verschiedenster Komponenten des Stoffwechsels im Gehirn sichtbar gemacht werden können.

COMMERZBANK

Neu bei der Commerzbank: der Dynamische Sparplan.

Sparrate: ab 20 Mark monatlich
Laufzeit: 2 bis 6 Jahre
Bonus: 3 bis 18 Prozent der jährlichen Sparleistung ab dem 2. Jahr der Einzahlung.

Über Ihr Sparkapital können Sie im Rahmen der gesetzlichen Kündigungsfrist jederzeit verfügen, ohne den bereits erzielten Bonus zu verlieren. Für Ihr Sparguthaben erhalten Sie z. Z. 3 Prozent Zinsen im Jahr. Wählen Sie den schnelleren Weg zu Ihrem ganz persönlichen Sparziel. Kommen Sie zur Commerzbank.

Commerzbank.
Die Bank an Ihrer Seite.

Land in Sicht

nl. – Der Makel übergroßer Kapazitäten kennzeichnet eine ganze Reihe von Branchen. Der Nutzfahrzeugbau ist einer der von diesem krankhaften Zustand gekennzeichneten Wirtschaftszweige und beileibe kein unwichtiger. Die Lastwagen-Produzenten, die sich seit Jahren mit den negativen Auswirkungen für ihre Ertragsrechnung – verursacht durch das überdimensionierte Angebot im Verhältnis zur Nachfrage – herumplagen, haben die Holperstrecke der Strukturanpassung sicherlich noch nicht durchfahren.

Ein beträchtlicher Teil der Wegstrecke ist allerdings bewältigt worden: Die Zahl der Hersteller in Westeuropa ist von gut 50 auf ein rundes Dutzend zusammengeschmolzen. Vorbei sind die Zeiten, in denen großvolumige Bestellungen aus den Ölländern die Auftragsbücher anschwellen ließen. Jene haben längst lernen müssen, mit wesentlich spärlicheren Deviseneinnahmen zu haushalten. Entsprechend geringer fällt natürlich die Nachfrage nach Nutzkraftwagen auf diesen einst üppigen Exportmärkten aus.

Da auch die Inlandsnachfrage (beispielsweise aufgrund der Bauflaute) über einen langen Zeitraum hinweg sehr zu wünschen übrig ließ, haben die Lkw-Bauer zu teilweise recht einschneidenden Maßnahmen zur Verbesserung von Kostenstrukturen und Produktivität greifen müssen. Inzwischen sieht man allenthalben wieder Land. Wo bislang rote Zahlen geschrieben wurden, kommt die Gewinnzone allmählich in Sicht. Zum großen Aufatmen reicht dies freilich noch lange nicht.

Importschutz

Ha (Brüssel) – Keinen guten Dienst erweisen sich die türkischen Textilexporteure mit ihrer Weigerung, mit der EG eine Vereinbarung über die zeitweilige Begrenzung „sensibler" Ausfuhren abzuschließen. Derartige Selbstbeschränkungsabkommen mögen zwar dem Geist des Assoziierungsvertrages mit der Gemeinschaft widersprechen. Sie sind jedoch immer noch besser als einseitig verhängte Importschutzmaßnahmen. Die EG-Kommission wird kaum umhin kommen, dem Rat solche Maßnahmen vorzuschlagen, nachdem die Türken bei den Verhandlungen zu keinem Zeitpunkt bereit waren, über Mengenbegrenzungen zu reden, die auf ihren bisherigen Lieferzahlen aufbauten. Zwischen 1977 und 1984 ist Ankara sowohl bei Textilien wie bei Bekleidung volumenmäßig zum wichtigsten Lieferanten der EG geworden. Und dies, obwohl es sich Absprachen mit der Gemeinschaft erfolgreich widersetzt hat. Die EG wird dieser Entwicklung jetzt wohl ein Ende setzen. Sie muß dies schon wegen der übrigen Partner am Mittelmeer tun.

Fortschrittsbremsen

Von HARALD POSNY

Fast könnte man den Eindruck gewinnen, mancher Parteipolitiker und manche grüne Organisation gönnten der deutschen und ausländischen Autoindustrie nicht den technischen Erfolg in Sachen Katalysator. Anstatt dem Autofahrer neue Irritationen wie beim zweijährigen Gerangel um die Auto-Abgasentgiftung zu ersparen, haben SPD und Grüne, dazu einige Umweltschutz-Organisationen, Tempo 100 für die Autobahn und Tempo 80 für die Bundesstraßen auf ihre Fahnen geschrieben. Dabei ist von den Grünen aktenkundig, daß ihr Verhältnis zum Auto und zur Autoindustrie gestört ist. Die Wahlkampfforderung, in den Kölner Ford-Werken, die Automontage in eine Produktion von Fahrrädern umzuwandeln, war ja kein Jux, sondern gerade in ihrem Irrwitz bemerkenswert. An diesen und ähnlichen Ungereimtheiten muß sich auch die Tempobegrenzung messen lassen.

Leider stoßen solche Forderungen auch bei nicht unbedeutenden Sozialdemokraten auf Sympathie oder mehr, obwohl sie ja – im Gegensatz zu den Grünen – durch den Schulterschluß mit den Gewerkschaften über ausreichende Nähe zur Basis verfügen. Denn letztendlich geht es, sollten wir Deutschlands Autobahnen künftig nur mit gebremstem Motor befahren dürfen, um Arbeitsplätze, um Aufwendungen für Forschung und High Technology, auch bei der Opposition in aller Mund, um den Export einer der wenigen deutschen Wachstumsindustrien.

Aber die Verteufelung des Autos feiert – wieder einmal – fröhliche Urständ. Der Bund Umwelt und Naturschutz (Bund) versteigt sich zu der Anklage, die Autoindustrie führe „einen brutalen Krieg gegen die Schöpfung", sie gehöre zu den Hauptschuldigen „an der Vernichtung der Städte und der Heimatnatur". Umwelt, Unfalltote, Energieverschwendung, dies sind Argumente, die schon in früheren Jahren wechselweise für Geschwindigkeitsbegrenzungen herhalten mußten.

Die Umweltbelastung durch das Auto ist zumindest in dieser Höhe nicht erwiesen. Im Gegenteil, die mit Milliarden-Aufwand entwickelten und gebauten Katalysatoren würden jedenfalls, wenn sie in die Millionen Pkw eingebaut sind, die Umwelt stärker entlasten als Tempo 100. Die anderen beiden Behauptungen sind schlicht falsch. Niemand weiß genauer als die Autofahrer selbst, wieviel Benzin sie weniger verfahren als noch 1978. Damals war die Tempo-Diskussion aus der Treibstoff-Frage entstanden.

Doch bleiben wir bei wirtschaftlichen Argumenten. Der deutsche Straßen-Fahrzeugbau exportiert weit mehr als die Hälfte seiner Erzeugnisse für rund 80 Milliarden Mark jährlich in alle Welt. Und damit bezahlt er mehr, als für die gesamten Rohöleinfuhren nötig ist. Und er gibt über 810 000 Menschen Arbeit. Die Frage, inwieweit „Tempo 100" den Export trifft und damit Arbeitsplätze wegadministriert, kann wie die anderen Fragen zuvor nicht in Mark und Pfennig ausgerechnet werden, es sei denn, wenn es passiert ist. Und das macht die Argumente der Industrie auf den ersten Blick so angreifbar.

Klar dürfte sein, daß entscheidende aus der Hochtechnologie stammende Vorzüge und Qualitäten, Elektronik, Anti-Blockier-System, Windempfindlichkeit, Dauerbelastung auf Autobahnen etwa bei uns entbehrlich werden. Die Anforderungen an das Auto wären weltweit gleich, die Konkurrenz in Fernost oder anderswo könnte preiswert bleiben. Die Technik würde nivelliert, der Preis in unserem Hochlohnland bliebe oben.

„Billig" als verbleibendes Kauf- und Verkaufsargument wird mehr und mehr dem Ausland zugutekommen, im Export wie auf dem heimischen Markt. Das alles wird nicht von heute auf morgen geschehen. Aber Größenordnungen ließen sich schon denken. Wie bei Wirtschaftsprognosen könnte man von zwei oder drei Prämissen ausgehen. So etwas sollte der Verband der Autoindustrie möglichst schnell erarbeiten.

Und die Exporterfolge in Länder mit Tempobegrenzung? Sie rühren von den technischen Reserven und dem in jeder Hinsicht guten Image her. Und wenn jetzt schon daran gedreht wird, auch nach dem Großversuch die eingeführten Begrenzungen nicht aufzuheben, zeigt sich, aus welcher Richtung die Fragestellungen, die Diskussion und die Antworten gemanagt werden. Es geht darum, das Auto madig zu machen.

LATEINAMERIKA / Entwicklungsbank entdeckt erstmals schmalen Silberstreifen

Schuldenberg bleibt aber gewaltiges Hindernis für künftiges Wachstum

HORST-ALEXANDER SIEBERT, Washington

Viele Krisensymptome bleiben, aber erstmals wieder sieht die interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) in Washington einen schmalen Silberstreifen am lateinamerikanischen Wirtschaftshorizont. Nach Einbrüchen, die 1982 und 1983 insgesamt ein Zehntel ausmachten, ist das zusammengefaßte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vergangenen Jahr immerhin real um 3,1 Prozent gewachsen. Das hat der Region eine Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens um durchschnittlich 0,6 Prozent beschert.

In ihrem neuesten Fortschrittsbericht bezeichnet die IDB die größere Importnachfrage der USA und Japans als wichtigsten Wachstumsmotor, während die Anpassungsprogramme weiterhin Druck auf die Binnennachfrage ausübten. Der Antriebseffekt sei jedoch teilweise durch die daraus resultierende verstärkte Inflation, den hohen Schuldendienst und zusätzliche Handelsschranken einiger Industriestaaten neutralisiert worden.

Höhere Exporte führten außerdem nur zu einer bescheidenen Erholung der Einfuhren, und die stärkere Auslastung der Industriekapazitäten brachte keine wesentliche Verbesserung der Beschäftigung. Unterm Strich blieb als positives Ergebnis indes eine fast ausgeglichene Leistungsbilanz. So schrumpfte der Passivsaldo, verglichen mit dem Rekordminus 1981, von 42,3 auf zwei Mrd. Dollar. Argentinien und Chile waren mit 2,2 und 2,1 Mrd. Dollar im Minus; Brasilien, Mexiko und Venezuela wiesen Überschüsse in Höhe von 0,2, vier und 4,4 Mrd. Dollar aus.

Zu registrieren sind jedoch diese Schattenseiten: Trotz der Austerity-Maßnahmen besteht das Ungleichgewicht der öffentlichen Finanzen weiter; stark gedrückt ist das Investitionsniveau; in Argentinien, Bolivien und Brasilien hat sich die Teuerung noch verschlimmert, und in den Städten Boliviens, Chiles, Kolumbiens, Nicaraguas, Perus, Uruguays und Venezuelas explodierte die Arbeitslosigkeit. Die Bevölkerung wächst immer noch um 2,5 Prozent, und nach dem Verfall der Reallöhne beschleunigt sich zudem die Abwanderung von Fachleuten aus Ländern wie Brasilien, Chile, Costa Rica und Mexiko.

Obwohl durch Umschuldungsabkommen gemildert, bleibe der Schuldenberg ein gewaltiges Wachstumshindernis, schreibt die IDB. Da der Zufluß von Auslandsgeld erheblich abgenommen habe, stelle das knappe Investitionskapital einen ernst zu nehmenden Instabilitätsfaktor für die Zukunft dar. Trotz des verbesserten Schuldenprofils sind 1984 rund 29 Mrd. Dollar netto aus der Region abgeflossen; davon entfielen 90 Prozent der Kapitalbewegungen auf den langfristigen Bereich.

Die Bank hat die Crux Lateinamerikas auf diesen einfachen Nenner gebracht: Von 1978 bis 1984 hat sich die Auslandsschuld mehr als vervierfacht, die ausstehenden Auslandsschulden verdoppelten sich auf 360 Mrd. Dollar (1985). Der Preis: Bis 1990 verschlingen allein die Zinszahlungen etwa zwei Drittel des gesamten BIP-Wachstums.

Wie sieht die nähere Zukunft der Region aus? Von mehreren Modellen, die von der Bank durchgespielt worden sind, ist dieses am wahrscheinlichsten: Bis 1990 nehmen die Auslandsschulden inflationsbereinigt nicht mehr zu, und im Jahresschnitt steigen Exporte und Bruttoinlandsprodukt um 3,3 und nahezu vier Prozent. Der jährliche Bedarf an neuem Auslandskapital wird auf 20 Mrd. Dollar veranschlagt. Nominal steigen die Auslandsschulden auf 470 Mrd. Dollar; die Abflüsse addieren sich auf rund 90 Mrd. Dollar.

Der IDB-Bericht enthält einen Beitrag, in dem nachdrücklich vor einem wachsenden Widerstand gegen Netto-Kapitalexporte in Lateinamerika gewarnt wird. Attackiert wird der enorme Anteil des Zinsendienstes an den Exporterlösen, der 1984 etwa 38 Prozent oder 37 Mrd. Dollar erreichte, sowie die Abwertungsempfehlung des Währungsfonds zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit. Das erhöhe die Kosten und heize die Inflation an. Noch lange nicht gedeckt werden kann der angestaute Einfuhrbedarf, was auch die deutschen Exporte bremst.

US-AKTIENMÄRKTE

Auch neue Konjunkturdaten enttäuschen die Anleger

sbt. Washington

Die Besitzer von US-Aktien haben in der vergangenen Woche wieder das Fürchten gelernt. An den letzten vier Börsentagen ging es so steil abwärts wie schon lange nicht mehr. Der populäre Dow-Jones-Industrie-Index fiel im Wochenverlauf um 28,01 (Freitag: minus 4,71) auf 1307,68, der umfassende Nyse-Index sogar um 3,20 (0,51) auf 105,85 Punkte. Ein solcher Rutsch der Standardwerte ist zuletzt im Dezember 1980 registriert worden. Er zeigt, daß die Kursgewinne im umsatzarmen Sommermarkt keinen verläßlichen Trend anzeigten. An der New York Stock Exchange wechselten erstmals wieder mehr als 110 Mill. Papiere den Besitzer.

An der Wall Street wurde die Stimmung insgesamt als negativ beschrieben. Der Bulle, das Zeichen für die Hausse, mache nun bis zum traditionellen Spurt am Jahresende Pause, hieß es. Er sei entnervt, weil sich in Washington der Protektionismus ausbreite, die Finanzkrise in der US-Landwirtschaft Schlimmes ahnen lasse, und der Kongreß das Haushaltsdefizit nicht in den Griff bekomme. Wie in einem solchen Klima üblich, zogen die Rentennotierungen scharf an. Auch als Folge nicht erfüllter Hoffnungen sanken dreimonatige Treasury Bills auf 7,21 und 30jährige Bonds auf 10,60 Prozent.

Die eigentliche Ernüchterung ging von den neuesten Konjunkturdaten aus, die zwar ein beschleunigtes Wirtschaftstempo bestätigten, aber den Erwartungen nicht entsprachen. Das gilt sowohl für die im August um 1,9 (Juli: 0,2) Prozent gestiegenen Einzelhandelsumsätze als auch für die um 0,3 Prozent erhöhte US-Industrieproduktion. Die Umsätze sind nämlich durch die Autoverkäufe (plus 7,8 Prozent) erheblich verzerrt worden. Stimuliert wurden sie durch zinsgünstige Hersteller-Darlehen. Ohne Pkw sind die Umsätze nur um 0,4 Prozent gewachsen.

Auch aus dem Industrieproduktionsindex ließ sich nur wenig Hoffnung ableiten. Das für Mai und Juli gemeldete Plus von jeweils 0,2 Prozent wurde in der Revision auf null reduziert. Außerdem wurde das August-Ergebnis hauptsächlich durch Gebrauchsgüter, also Autos, und im Rüstungsbereich erzielt, wo die Zunahmen 2,7 und 0,9 Prozent ausmachten. Während das verarbeitende Gewerbe 0,5 Prozent zulegte, kam es zu Einbrüchen im Bergbau und bei den Versorgungsgesellschaften. Mit 124,8 (1977=100) lag der Index nur um ein Prozent über dem Vorjahrsmonat.

In der Einschätzung ist die Administration zerstritten. Wenn Beryl Sprinkel recht haben sollte, müßte die US-Wirtschaft von Juli bis Dezember fünfmal so schnell wachsen wie im ersten Halbjahr. Dagegen spricht Malcolm Baldrige von einer abgebremsten Verbrauchernachfrage. Die um 0,3 Prozent gesunkenen Herstellerpreise unterstreichen überdies die anhaltende Absatzschwäche bei Rohstoffen und Halbwaren.

AUF EIN WORT

„Es gibt nicht wenige Einzelhändler, die trotz der ungünstigen Wirtschaftslage auf ein vernünftiges Umsatzwachstum zurückblikken können. Sie haben nicht einfach ihre Preise reduziert, sondern nach neuen Ideen gesucht."

Seinosuke Kuraku, Hauptgeschäftsführer der Panasonic Deutschland GmbH, Hamburg. FOTO: DIE WELT

Aufschwung auf breiterer Basis

VWD, Frankfurt

Die Aufwärtsentwicklung in der Bundesrepublik trägt erstmals in diesem Konjunkturzyklus die Konturen eines sich selbst tragenden Aufschwungs, stellt die Bank für Gemeinwirtschaft AG (BfG), Frankfurt, fest. Nachdem in den Jahren 1983/84 die Exportnachfrage der alleinige Konjunkturmotor war, habe sich seit der zweiten Jahreshälfte 1984 die inländische Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen stärker belebt. Der private Verbrauch verlaufe dagegen bisher enttäuschend, seit Juni zeichne sich jedoch eine gewisse Belebung ab. Zu einer Verstärkung des privaten Konsums dürfte es 1986 durch die Steuersenkungen und höhere Sozialleistungen kommen.

UNTERNEHMENSBESTEUERUNG

Schlecht: Subventionen für kleine Betriebe überdenken

PETER JENTSCH, Bonn

Angesichts der wirtschaftlichen Erholung auch mittelständischer Betriebe und hier insbesondere des Handwerks will die Bundesregierung ihre Subventionspolitik für den Mittelstand zugunsten der Verbesserung der Unternehmensbesteuerung mittelfristig überdenken.

Aus Anlaß der Eröffnung der Verkaufs- und Leistungsausstellung „Handwerk '85" am Wochenende in Stuttgart sagte der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Otto Schlecht, zwar seien sowohl im Haushalt 1985 wie auch im Etatansatz 1986 die Fördermittel zur Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit kleinerer und mittlerer Unternehmen bei gleichzeitiger Kürzung der Subventionen für die Großindustrie überproportional gewachsen. Er gab aber zu bedenken: „Sollten wir nicht einige der speziellen Mittelstandsprogramme auf den Prüfstand des Subventionsabbaus stellen, wenn der politische Mut aufgebracht wird, die Unternehmensbesteuerung substantiell zu verbessern?" Als Zielrichtung nannte er „lieber niedrige Steuersätze mit wenigen Ausnahmen als hohe Steuersätze mit vielen Ausnahmen".

Die Bekämpfung der Schwarzarbeit „allein mit scharfen Kontrollen" nannte Schlecht „keinen angemessenen Weg". Die Therapie müsse an den hohen Kosten einer Arbeitsstunde angesetzt werden. Er forderte das Handwerk auf, selbst mitzuhelfen, die Schwarzarbeit zu unterbinden. Dazu gehöre auch, „daß die Handwerker sich der Kleinaufträge zu vernünftigen Preisen ohne übertriebene Wartefristen annehmen und nicht selbst schwarzarbeiten".

STAHL

Neue Verhandlungen über EG-Exportbeschränkung

AFP, Brüssel

Experten der Europäischen Gemeinschaft und der Vereinigten Staaten werden von heute an in Washington dreitägige Vorgespräche über die weitere Beschränkung der europäischen Stahlexporte ab 1986 aufnehmen. Unter dem protektionistischen Druck der amerikanischen Industrie, so erklärte gestern die EG-Kommission in Brüssel, werde Washington wahrscheinlich fordern, weitere Produkte in den bestehenden Katalog der Exportbeschränkungen aufzunehmen.

Die EG hat sich im Oktober 1982 bereit erklärt, bis Ende 1985 die Ausfuhr von zehn Stahlarten in Grenzen zu halten. Diese Produkte machen zwei Drittel der Gesamtexporte aus. Am 1. August hat die Gemeinschaft nach Androhung amerikanischer Gegenmaßnahmen beschlossen, bis Ende des Jahres die Exporte weiterer 16 Produkte zu drosseln. Wie in den Kommissionskreisen betont wurde, ist sie aber nicht bereit, diese Einschränkungen über den 31. Dezember hinaus beizubehalten.

Befürchtet wird, daß die USA die bisher nicht betroffenen Stahl-Rohre und Röhren in einem neuen Abkommen mit der Gemeinschaft einbeziehen wollen. Aufgrund einer getrennten Vereinbarung von Januar 1985 beschränkt die EG ihre Ausfuhren in diesem Sektor bereits in den nächsten zwei Jahren auf einen 7,6prozentigen Anteil am amerikanischen Markt.

Die Exporte von Edelstahl sollen in den Verhandlungen nicht angesprochen werden. Washington hat im August 1983 einseitige Beschränkungen verordnet, die von der EG mit höheren Zöllen für eine Reihe von amerikanischen Produkten beantwortet wurden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

EG-Agrarminister beraten Zuckermarktordnung

Brüssel (dpa/VWD) – Die EG-Agrarminister kommen heute in Luxemburg zur ersten Ratssitzung nach der Sommerpause zusammen, um über eine neue Zuckermarktordnung, ein Verbot bestimmter Hormone in der Tiermast und Maßnahmen gegen die Waldzerstörung zu beraten. Die Bonner Delegation will sich ferner für eine neue Weihnachtsbutteraktion einsetzen. Im Mittelpunkt der Ratssitzung steht die Neuregelung der im nächsten Jahr auslaufenden Zuckermarktordnung.

Ispo beendet

München (dpa/VWD) – Die 23. Internationale Sportartikelmesse (Ispo), die am Sonntag nach viertägiger Dauer in München zu Ende ging, hat „alle optimistischen Prognosen bestätigt", heißt es im Abschlußbericht der Münchner Messe- und Ausstellungsgesellschaft. Insgesamt seien 37 000 Fachbesucher aus 84 Ländern gekommen. Im vergangenen Jahr waren es 34 000 Besucher aus 82 Ländern. Insgesamt 90 Prozent der Aussteller sprachen von einem positiven Gesamtergebnis.

Rumänien will zahlen

Bukarest (dpa/VWD) – Rumänien will Ende 1985 seine Schuldenlast von 1980 über zehn Mrd. Dollar etwa zur Hälfte abgebaut haben. Das erklärte der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu nach Bukarester Presseberichten. Nach Darstellung Ceausescus wird sein Land in drei Jahren vollkommen schuldenfrei sein.

Neue Staatsanleihe

Paris (J. Sch.) – Zur Finanzierung des französischeo Budgetdefizits hat das Schatzamt eine weitere Staatsanleihe zur Zeichnung aufgelegt. Ihr Ausgangsvolumen beträgt 15 Milliarden Franc. Die Anleihe besteht aus zwei Tranchen: Die fixe mit einem Zinssatz von 9,90 Prozent ergibt angesichts eines Emissionspreises von 96 Prozent und einer Laufzeit von neun Jahren eine Rendite von 10,61 Prozent. Für die über 13 Jahre laufende variable Tranche sind 96,90 Prozent zu bezahlen. Ihr Zinssatz liegt um 0,9 Prozent unter der jährlichen Durchschnittsrendite der laufenden Staatsanleihen. Diese Obligationen können nach drei Jahren im Titel mit festen Zinsen umgetauscht werden. Die Konditionen folgen nicht ganz dem Zinssenkungstrend des Pariser Rentenmarktes.

Inflation abgeschwächt

London (fu) – Die Preissteigerungsrate in Großbritannien hat sich im August deutlich abgeschwächt. Gegenüber Juli verringerte sie sich auf Jahresbasis von 6,9 auf 6,2 Prozent. In den beiden Monaten zuvor hatte sie noch bei sieben Prozent gelegen. Obwohl auch für die kommenden Monate mit einer weiteren Abschwächung im Anstieg der Einzelhandelspreise zu rechnen ist, muß bezweifelt werden, daß das von der Regierung Thatcher im Frühjahr gesetzte Ziel einer Inflationsrate von fünf Prozent zum Jahresende erreicht werden kann.

50 000 neue Arbeitsplätze

Stuttgart (dpa/VWD) – Um über 50 000 neue Mitarbeiter haben die Unternehmen der baden-württembergischen Metallindustrie von Mitte 1984 bis heute ihre Belegschaften aufgestockt. Diese Steigerungsrate der Mitarbeiterzahl um plus 5,8 Prozent in dieser Branche im Südwesten gab der Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg (VMI) in Stuttgart bekannt. Bis Juli 1985 sei die Beschäftigungszahl auf knapp 900 000 gestiegen und damit ein Niveau erreicht worden, das zuletzt Ende 1981 registriert worden sei.

Londoner Kassapreise

	13.9.85	6.9.85
Kupfer(£/t)	1023,5	1037,5
Blei(£/t)	296,5	301,5
Zink(£/t)	513	527,5
Zinn(£/t)	9161	9152,5
Gold($/Unze)	320,75	320,25
Silber(p/Unze)	453,55	448,6
Kakao[1](£/t)	1775,5	1785,5
Kaffee[2](£/t)	1649,5	1685,5
Zucker(£/t)	129	130
Kautschuk(p/kg)	61	62
Wolle(p/kg)	430	424
Baumwolle[3](cts/lb)	–	54,55

[1]Abladung Dezember; [2]Abladung November; [3]A-Index-Preis Liverpool

TRANSPORTVERSICHERER

Der steigende Außenhandel läßt die Beiträge wachsen

VWD, Hamburg

Die deutschen Transportversicherer rechnen für 1985 mit einem Beitragswachstum von fünf Prozent auf 218 Milliarden Mark. Die jetzt veröffentlichte Prognose stützt sich auf die steigende Tendenz des deutschen Außenhandels, von dessen Konjunktur das Transportversicherungsgeschäft stark abhängt. Wie der Verband der Transportversicherer in Hamburg mitteilte, wird auch die Schadensentwicklung insgesamt noch positiv bewertet.

Außergewöhnliche Großschäden seien bisher ausgeblieben. Wenn sie in den restlichen Monaten des Jahres noch auftreten sollten, hätte das nach Auffassung des Verbands allerdings ein negatives Ergebnis zur Folge. Ausreichende Reserven für solche Schäden seien in den derzeitigen Beitragssätzen nicht kalkuliert.

Bei der Warenversicherung wird für 1985 mit einem Beitragsplus von etwa sieben Prozent gerechnet. Allerdings wird dieses Wachstum hinter dem des Außenhandels wiederum zurückbleiben, da ein bedeutender Teil der Exporte in die weniger schadenträchtigen und daher mit niedrigen Beitragssätzen belegten Industrienationen geht. Positiv entwickeln sich für die Versicherer nach den weiteren Ausführungen die Beitragseinnahmen in der See-Kasko-Versicherung. Hier kämen die weltweiten Bemühungen zur Anhebung der Beitragssätze zum tragen.

Die Anzahl und die Höhe der Großschäden lägen in dieser Sparte etwas über dem Niveau des Vorjahres. In der Fluß-Kasko-Versicherung sei das Beitragsaufkommen leicht rückläufig, während sich das Ergebnis weiter zu bessern scheine.

HOLZMARKT / Durch Lagerstau in den Wäldern droht hoher Schädlingsbefall

Stärkere Nutzung Gebot der Stunde

PETER SCHMALZ, München

Die schlechte Baukonjunktur und die Verunsicherung der Verbraucher durch das Baumsterben haben zu Absatzproblemen auf den Holzmärkten geführt und damit eine neue, bislang wenig beachtete Gefahr für den Wald heraufbeschworen. Durch den Lagerstau in den Wäldern droht nach Ansicht der Fachleute eine Massenvermehrung von Holzschädlingen. Deshalb sei nicht der Verzicht auf Holznutzung, sondern ein verstärkter Holzverbrauch das Gebot der Stunde, erklärte der Geschäftsführer der Centralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA), Helmut Fahrnschon.

Nur durch schnellste Verwertung und Verwendung des anfallenden Holzes könnten weitere Waldschäden vermieden werden. Fahrnschon: „Forst- und Holzwirtschaft stehen vor der volkswirtschaftlich wichtigen Aufgabe, durch rasche Holzverwertung, den Schaden für den Wald, seine Besitzer und seine Nutznießer möglichst gering zu halten."

Auf Unkenntnis beruht nach Angaben des CMA-Geschäftsführers auch die durch die Waldschadensdiskussion ausgelöste Unsicherheit der Verbraucher über die Qualität des Holzes aus Schadensgebieten. „Waldschäden dürfen keineswegs mit Holzschäden gleichgesetzt werden", meinte Fahrnschon und verweist auf voneinander unabhängige Untersuchungsergebnisse der Holzforschungsinstitute in Nürnberg und Freiburg sowie der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft in Hamburg. Danach weist Nutzholz aus immissionsgeschädigten Waldbeständen einwandfreie Gebrauchsqualität auf. Die Festigkeit des Holzes aus Schadensgebieten ist sogar höher.

Im vergangenen Jahr wurden in den 7,3 Millionen Hektar deutschen Waldes knapp 30 Millionen Kubikmeter Holz im Gesamtwert von fast fünf Milliarden Mark eingeschlagen. Die deutsche Holzwirtschaft erzielte 1984 einen Umsatz von 95,5 Milliarden Mark, woran das Holzhandwerk mit 33 Prozent, die holzverarbeitende Industrie mit 29, die Holzschliff-, Zellstoff- und Papierindustrie mit 16 und der Holzhandel mit zwölf Prozent beteiligt waren. Die Forst- und Holzwirtschaft erwirtschaftet fünf Prozent des deutschen Bruttosozialproduktes.

Der Rückgang im Wohnungsbau um über 30 Prozent im ersten Halbjahr im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, die Stagnation in der Möbelindustrie und der vermehrte Holzanfall nach dem Sturmwurf im November vergangenen Jahres drücken noch immer auf die Preise. Fahrnschon: „Holz ist also keineswegs teuer geworden, sondern steht zur Zeit in ausreichenden Qualitäten preisgünstig zur Verfügung."

Anzeige

Wirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen:

0211-130000

Rat und Tat per Telefon. Die Experten der nordrhein-westfälischen Gesellschaft für Wirtschaftsförderung liefern Planungs- und Entscheidungshilfen für Investitionsvorhaben in NRW. Bei allen Fragen der öffentlichen **Finanzierungshilfen** und der Technologieförderung wählen Sie am besten: ☎ 130000.
Sie erhalten bei Errichtung eines neuen Betriebes in Nordrhein-Westfalen Analysen für die **Standortwahl;** entscheidende Basis-Informationen; Arbeitsmarktdaten; computerisierte Standort-Daten; Kontakte zu Ministerien, Städten und Gemeinden. Wählen Sie: ☎ 130000.
Es werden **Kooperationen** mit Unternehmen und den Zentren von Forschung und Entwicklung in Nordrhein-Westfalen vermittelt. Wählen Sie: ☎ 130000. Alle Fragen zur Wirtschaftsförderung in NRW werden schnell, vertraulich, unentgeltlich und vor allem unbürokratisch beantwortet. Wählen Sie: ☎ 130000.

Gesellschaft für Wirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen mbH
KAVALLERIESTRASSE 8-10, 4000 DÜSSELDORF 1, TEL. 02 11/13 00 00
POSTFACH 200 209, TELEX 8 587 830

ASIATISCHE ENTWICKLUNGSBANK

China will Mitglied werden

DANKWARD SEITZ, **München**

Die Volksrepublik China führt derzeit intensive Gespräche mit der Asian' Development Bank (ADB). Manila/Philippinen, über eine Mitgliedschaft an diesem 1966 gegründeten internationalen Entwicklungs-Finanzinstitut, dessen Aufgabe es ist, das wirtschaftliche Wachstum und die regionale Zusammenarbeit in Asien und dem pazifischen Raum zu fördern. Dies teilte ADB-Vizepräsident S. Stanley Katz anläßlich der Unterzeichnung einer Anleihe über 200 Mill. DM in München mit. Die Verhandlungen gestalteten sich allerdings wegen der bereits bestehenden Mitgliedschaft Taiwans als recht schwierig. Jedoch gab er der Hoffnung Ausdruck, daß letztendlich ein Abkommen gefunden werden kann, das „für alle tragbar ist".

Künftig wird auch die ADB wie schon die anderen beiden multinationalen Entwicklungsbanken – die Weltbank und die Inter-American-Development Bank – dazu übergehen, ihre Darlehen für Entwicklungsprojekte in asiatischen Mitgliedsländern nicht mehr mit einem festen, sondern mit einem variablen Zinssatz auszustatten. Die dann halbjährliche Zinsanpassung entsprechend der Marktentwicklung werde nicht our der ADB eine größere Flexibilität geben, sondern auch sich für die Darlehensnehmer in niedrigeren Kosten und Zinsen positiv niederschlagen. Die jüngste Emission der ADB (Laufzeit 10 Jahre, Zinssatz 6,5 Prozent, Kurs 99,5 Prozent) ist nach Angaben von Alfred Herrhausen, Vorstandsmitglied der Konsortialführerin Deutsche Bank AG, gut vom Markt aufgenommeo worden. Es ist bislang die 18. ADB-Anleihe am deutschen Kapitalmarkt bei einer Gesamtsumme von nun 2,61 Mrd. DM. Davon sind drei Schuldverschreibungen inzwischen zurückgezahlt.

Europas Kapitalmärkte werden nach Ansicht von Herrhausen Asien als die Wachstumsregion der kommenden Jahre immer mehr mit Kapital versorgen müssen. Wenn unsere Wirtschaft an dieser Entwicklung partizipieren wolle, werde es für die Zukunft ganz entscheidend sein, daß diese Region auch an unserem Wachstum teilhaben könne. Asiens Wirtschaftswachstum, so auch Katz, hänge untrennbar mit dem der OECD-Staaten zusammen.

Die ADB hat zur Zeit 31 asiatisch-pazifische Länder als Mitglieder und 14 nicht-regionale Staaten, darunter auch die Bundesrepublik, die mit 750 Mill. US-Dollar am Kapital der ADB von 14,1 Mrd. Dollar beteiligt ist. Bis Ende 1984 förderte die ADB Entwicklungsprojekte mit insgesamt 18,8 Mrd. Dollar hauptsächlich in den Bereichen Energie, Landwirtschaft, Verkehrs- und Nachrichtenwesen.

ITALIEN / Mehrere Privatplazierungen sollen der Staatsholding Iri die Kasse füllen

Teilprivatisierung macht Fortschritte

GÜNTHER DEPAS, **Mailand**

Die Londoner City ist heute Schauplatz der zweiten Privatplazierung von Aktien italienischer Staatsunternehmen. An der Reihe ist diesmal die von der Staatsholding Iri und ihrer Bereichsholding Stet kontrollierte Telefongesellschaft Sip, die knapp vier Prozent ihres Kapitals zur Zeichnung angeboten hat. Das ausländische Interesse dafür war so groß, daß das Angebot bereits überzeichnet wurde. Der Sip-Operation war vor kurzem die Unterbringung von acht Prozent des Kapitals der von Iri kontrollierten Großbank Banca Commerciale Italiana bei ausländischen Investoren vorausgegangen. Kurz bevor steht die Börseneinführung der Iri-Verkabelungsgesellschaft Sirti, für die das Interesse am Mailänder Aktienmarkt bereits sehr groß ist.

Die Plazierung von Kapitalanteilen von Konzerngesellschaften im In- und Ausland entspricht der Strategie der italienischen Staatsholding, die bisherigen Majoritätsquoten abzubauen und sich nach Möglichkeit auf die absolute Mehrheit, knapp über 50 Prozent des Kapitals, zu beschränken. Dahinter steht die Notwendigkeit, die ausgepowerten Kassen aufzufüllen und Kapitalmittel für die Finanzierung der Investitionen zu mobilisieren. Allein die Staatsholding Iri will auf diese Weise in nächster Zukunft 3 Mrd. Lire (4,5 Mill. DM) einnehmen. Darüber hinaus hat die Teilprivatisierung den Zweck, das Management der Konzerntöchter stärker zu motivieren und das Ertragsdenken zu fördern. Mit dem Verkauf von Kapitalquoten passen sich die Staatsholdings außerdem dem Gebot der amtlichen Börsenaufsichtskommission an, die den Börsengesellschaften vorschreiht, mindestens 20 Prozent ihres Kapitals frei am Markt zu halten.

Um dieser Auflage gerecht zu werden, hat die Staatsholding Iri inzwischen begonnen, auch Teile ihrer Kapitalquote der Luftfahrtgesellschaft Alitalia am Markt zu plazieren. Bisher war Iri an dem Alitalia-Kapital mit 99,5 Prozent beteiligt. In den letzten Wochen sollen davon nach Schätzungen Mailänder Börsenexperten bereits über fünf Prozent bei internationalen institutionellen Anlegern untergebracht worden sein. Diese Plazierung bezieht sich vorerst allerdings auf die an der Börse gehandelten stimmrechtslosen Vorzugsaktien, während die nichtnotierten Stammaktien nach Börsenvermutungen erst in einer zweiten Phase drankommen dürften.

Eine verstärkte Teilprivatisierung ist auch im Falle des Mailänder Kreditinstituts Mediobanca (Kontrolle bei den zur Iri-Gruppe gehörenden Banken, Banca Commerciale Italiana, Credito Italiano und Banco di Roma) vorgesehen, von dem sich schon seit der Gründung der Bank ein kleiner Teil am Markt befindet. In diesem Fall soll die Teilprivatisierung nicht zuletzt auch die Auslandsbeziehungen der Bank fördern.

Das „Going Public" der italienischen Staatsunternehmen wird durch das seit Monaten andauernde Interesse der in- und ausländischen Anleger für italienische Aktien erheblich erleichtert. Rund 200 ausländische Investment- und Rentenfonds haben nach offiziellen Schätzungen inzwischen italienische Aktien im Wert von 3000 Mrd. Lire im Portefeuille. Ausgangspunkt dieses Interesses ist nicht zuletzt die Tatsache, daß sich die Nettogewinne der 160 an der Mailänder Börse gehandelten Unternehmen im Jahre 1984 gegenüber dem Vorjahr um 262 Prozent erhöht haben und für 1985 eine weitere kräftige Steigerung erwartet wird.

Zusammen mit den Staatsunternehmen sind es auch immer häufiger private Gesellschaften, die jetzt den Gang an die Börse antreten. Dazu gehören nicht nur die Tochtergesellschaften von Großkonzernen wie Fiat und Olivetti, deren Aktien den Emittenten derzeit geradezu aus den Händen gerissen werden, sondern vermehrt auch mittlere Unternehmen.

FRANKREICH / Konjunkturmotor privater Verbrauch

Wachstum hat sich gefestigt

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die bessere Weltkonjunktur beginnt sich allmählich auch auf Frankreich auszuwirken. Vor allem aus der Bundesrepublik, dem größten Handelspartner, kommen Auftragsimpulse, obwohl der Franc gegenüber der DM immer noch stark überbewertet ist. So können zur Zeit auch die deutschen Exporteure von der französischen Nachfragebelebung profitieren.

Schon vor den großen Ferien hatte die französische Industrieproduktion nach längerer Stagnation wieder zugenommen und zwar in praktisch allen Branchen. Selbst die Bauwirtschaft, die von der Austeritypolitik der Regierung besonders stark betroffen war, meldete erstmals wieder positive Ergebnisse. Die Expansion der Gesamtwirtschaft blieb im ersten Halbjahr mit ¾ Prozent (Jahresrate) allerdings immer noch weit hinter dem internationalen Durchschnitt zurück. Inzwischen hat sich das Wachstum verfestigt. Zwar sind die Zwischenergebnisse für die Ferienmonate Juli und August nicht sehr aussagekräftig, aber die jüngsten Unternehmerbefragungen lassen doch eine fortschreitende Verbesserung der Auftragsentwicklung erkennen. Bei einem erwarteten guten letzten Quartal könnte man nach Wirtschaftsminister Bérégovoy für das zweite Halbjahr auf eine 2,5prozentige Zuwachsrate kommen. Die Erholung der französischen Binnennachfrage ist vor allem auf die Zunahme des privaten Verbrauchs zurückzuführen. Zum ersten Mal seit zwei Jahren hatte sich die Kaufkraft der Bevölkerung wieder etwas erhöht und zwar nicht zuletzt dank der in den letzten Wochen wirksam gewordenen Einkommensteuersenkung.

So meldet der französische Einzelhandel für Juli/August reale Absatzsteigerungen von mehr als fünf Prozent im Jahresvergleich. Besonders stark gefragt waren elektrische Haushaltsgeräte und Bekleidung. Bei den Autos verblieb ein Zulassungsplus von zwei Prozent, von dem allerdings hauptsächlich die Importeure profitierten. Nur bei Lebensmitteln blieb die Nachfrage verhältnismäßig schwach.

Die Auftragslage der Investitionsgüterindustrie – 67prozentiger Zuwachs vom ersten zum zweiten Quartal – ist zwar durch Airbus-Bestellungen stark aufpoliert worden. Aber die Konjunktur hat auch hier auf breiter Front einschließlich Werkzeugmaschinen angezogen. Das liegt zum Teil daran, daß die Unternehmen ihre zum Jahresende auslaufenden Steuervergünstigungen für Neubestellungen ausnützen wollen, zumal sich ihre finanzielle Lage inzwischen wesentlich verbessert hat.

...worauf Sie sich verlassen können:

GUTSCHEIN

für ein kostenloses Exemplar der aktuellen Ausgabe des Industriemagazin

Name _____

Straße _____

Ort (PLZ) _____ W

ALUMINIUM / Ausstoß der europäischen Hütten sinkt

„Kein Kapazitätsabbau nötig"

dpa/VWD, **Amsterdam**

Die europäische Aluminiumindustrie sieht mittelfristig keinen Anlaß für nennenswerte Reduzierungen ihrer Produktionskapazitäten. Dies machte der neue Vorsitzende des Europäischen Aluminium-Verbandes (EAA), Georges Kervern, bei der Jahrestagung der Organisation in Amsterdam deutlich. Er hob hervor, daß die Kapazitäten bei Hüttenaluminium in Europa gegenwärtig bei 3,575 Millionen Tonnen liegen. Sie seien damit gegenüber 1981 bereits um 170 000 Tonnen verringert worden. In den kommenden Jahren sei allenfalls mit der Schließung veralteter Kleinanlagen zu rechnen. Kervern zeichnete ein insgesamt positives Bild von den Aussichten der europäischen Aluminiumindustrie, die technologisch weltweit eine Spitzenposition einnehme.

Er warnte aber vor den Folgen des Auftretens neuer Anbieterländer am Weltmarkt. Diese vornehmlich lateinamerikanischen und arabischen „Newcomer" hätten ungeachtet einer geringen Inlandsnachfrage umfangreiche Kapazitäten angelegt und seien daher auf den Export angewiesen. Dabei würden Mengen voo insgesamt zwischen 1,2 und 1,5 Mill. Tonnen teilweise zu nicht kostendekkenden Preisen in den Markt gedrückt. „Wir benötigen Schutz vor diesen Verzerrungen", betonte Kervern.

Aluminium steht nach den Worten von Kervern zwar in einem großen Konkurrenzverhältnis zu Edelstahl und Kunstfasermaterialien, in den Bereichen Verpackungen, Flugzeugbau und Kfz-Bau zeichneten sich jedoch Steigerungen des Aluminium-Einsatzes ab. Knapp die Hälfte der europäischen Produktion von Sekundäraluminium (1,2 Mill. Tonnen) werde als Gußmaterial bereits jetzt von der Automobilindustrie verbraucht. Der Werkstoff Aluminium könne außerdem nahezu endlos und mit vergleichsweise geringem Aufwand wiedergewonnen werden, was bei Kunststoffen und bestimmten Verbundmaterialien nicht der Fall sei.

Die Produktion von Hüttenaluminium der zwölf europäischen EAA-Mitgliedsländer mit insgesamt 18 Unternehmen wird nach Hochrechnungen des Verbandes 1985 um rund fünf Prozent zurückgehen. 1984 hatte sie noch um 5,3 Prozent auf 3,502 Mill. Tonnen zugenommen. Für das 1. Halbjahr 1985 gibt der Verband ein Produktionsvolumen von 1,660 Mill. Tonnen an, was gegenüber dem Vergleichszeitraum von 1984 einen Rückgang um 5,6 Prozent bedeutet.

WELTBANK / Versicherung gegen Investitionsrisiken

Neue Tochter gegründet

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern können künftig bei der Weltbank gegen nichtkommerzielle Risiken wie Kriege und Verstaatlichung versichert werden. Die Exekutivdirektoren, die 148 Mitgliedstaaten vertreten, haben die Gründung der „Multilateral Investment Guarantee Agency" (Miga) beschlossen. Ausgestattet wird die neue Tochtergesellschaft der internationalen Organisation mit einem genehmigten Kapital in Höhe von einer Mrd. Dollar. Die Charter tritt in Kraft, wenn sie von 20 Parlamenten, darunter fünf Kapitalexportländern, ratifiziert worden ist.

Die Weltbank rechnet mit der Etablierung der Miga im kommenden Jahr; die Reagan-Administration will sich um die Zustimmung des amerikanischen Kongresses bemühen. Zugesagt werden müssen aber mindestens 360 Mill. Dollar. Die Satzung sieht vor, daß die Teilnehmer das Kapital entsprechend ihren Weltbankanteilen aufbringen. Danach müßten die USA rund 200 und die Bundesrepublik Deutschland 55 Mill. Dollar bereitstellen. Die Masse ist jedoch abrufbares Kapital. Einzuzahlen sind nur ein Zehntel in bar und ein weiteres Zehntel in Form eines Schuldscheines.

Ihre Geschäfte wird die Miga wie andere staatliche und private Versicherungsorgane betreiben. Die Versicherten zahlen Prämien: Schutz wird dafür auch bei Transferverboten und Unruhen, in denen Betriebsvermögen zerstört wird, gewährt. Schoo heute versichern 23 westliche Regierungsagenturen derartige Investitionsrisiken in Übersee. Die Weltbank erhofft sich von der neuen Tochter eine Belebung der Direktinvestitionen in der Dritten Welt, die seit 1981 von 17 auf acht Mrd. Dollar im Jahr gesunken sind.

RENTENMARKT / Konsolidierungspause

Leichter Anstieg der Zinsen

Die Zinsen sind in der letzten Woche nochmals leicht gestiegen, und die 6,5prozentige zehnjährige KfW-Anleihe, die sich beim Ausgabekurs von 99,75 Prozent mit 6,54 Prozent rentiert, wurde zu einem Flop, weil ihre Konditionen auf ausländische Anleger zugeschnitten sind, die jedoch our Bundesanleihen kaufen. Ursache des leichten Wiederanstiegs der Zinsen waren Glattstellungen des Berufshandels, der sich durch die höheren US-Zinsen und den zeitweilig deutlich gestiegenen Dollarkurs nervös machen ließ. Der Zinsanstieg in den USA sollte jedoch mit seinem Einfluß auf den deutschen Markt nicht überbewertet werden, zumal da sich am Freitag wieder eine Umkehr anbahnte. Nach Ende der Konsolidierungspause könnten die Zinsen wieder sinken. (cd.)

Emissionen	13.9. 85	6.9. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,88	5,86	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,14	6,09	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,87	5,81	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	6,38	6,38	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,96	5,89	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,58	5,52	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,62	6,57	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	5,96	5,89	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	6,75	6,74	7,20	8,08	8,45

Die WELT berichtet von der Automobilausstellung

Nach einer Besucherzahl von rund 400 000 seit dem Start der Messe am Donnerstag scheint bei der 51. Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) in Frankfurt ein neuer Besucherrekord (1983: 1,24 Millionen) nicht ausgeschlossen. Unbeeindruckt von wechselhaftem Wetter rollte am Wochenende eine Blechlawine an. Wie immer standen die Hallen 8 und 9 mit den Pkw im Vordergrund des Interesses, während bei Bussen und Nutzfahrzeugen die Experten unter sich sind.

Trend zum Selbermachen

Auf ein verblüffendes Ergebnis stießen die Marktforscher der DAT, der Deutschen Automobil Treuhand GmbH, Stuttgart, bei ihrer diesjährigen Untersuchung des Wartungs- und Reparaturverhaltens der deutschen Autofahrer. Erstmals standen bei der Reparaturhäufigkeit die über acht Jahren alten Fahrzeuge vorne an, denen in früheren Jahren nach dem Motto „bei einem so alten Karren lohnt es doch nicht" längst nicht so viel Aufmerksamkeit zuteil wurde. Ob dies nun Ausdruck einer neuen Sparsamkeit beim deutschen Autofahrer oder ein Indiz für die höhere Qualität der Pkw ist, darauf mochten sich die Marktbeobachter noch nicht festlegen.

Tatsache bleibt – und auch dies spricht für einen sorgfältigeren Umgang der Pkw-Halter mit ihren Fahrzeugen – daß das Wartungs- und Reparaturvolumen weiter gestiegen ist. Einschließlich Unfallreparaturen wurde jeder Pkw pro Jahr 3,1 (Vorjahr: 2,9) mal „bearbeitet". Insgesamt wurden fast 78 Millionen Reparaturen oder Wartungen ausgeführt, das waren fast sechs Prozent mehr als im Vorjahr.

Die Kraftfahrzeugwerkstätten profitierten davon nicht. Nur 61 Prozent derKraftfahrer beauftragten eine Kfz-Werkstatt. Im vergangenen Jahr waren es immerhin noch 65 Prozent. Auf die insgesamt 39 119 (Vorjahr: 38 500) Werkstätten entfielen also durchschnittlich nur noch 393 (414) Fahrzeuge. An den Kuchen geknabbert haben nicht die Tankstellen, die zwar leichte Zuwächse in Sachen Reparatur und Wartung verbuchten, sondern vor allem die Selbermacher.

Bereits drei von zehn Autofahrern führen die an ihrem Fahrzeug notwendigen Arbeiten selber oder mit Hilfe von Bekannten aus, stellt die DAT in ihrem Bericht fest. Ein Trend der seit Jahren stärker wird. Besonders bei den älteren Fahrzeugen ist der Hang zum Selbermachen groß, obwohl die offenbar verantwortungsbewußten deutschen Autofahrer nach den Erhebungen der DAT auch den alten Schlitten – wenn es um Sicherheit geht – in die Werkstatt bringen. So werden zum Beispiel Arbeiten an Lenkung und Radaufhängung zu über 70 Prozent in der Werkstatt ausgeführt.

Die Kosten für die Wartungsarbeiten an den in der Bundesrepubik gefahrenen Pkws sind übrigens nicht weiter gestiegen. Sie liegen nach wie vor bei gut 2,4 Pfennig je Kilometer; der Reparaturaufwand liegt bei 4,5 (4,3) Pfennig je Kilometer.

INGE ADHAM

Maßschneider fürs Metall

Die rund 5000 Betriebe des Karosserie- und Fahrzeugbauhandwerks liegen in konjunkturellem Aufwind, nachdem das Frühjahr noch erhebliche Sorgen bereitet hatte. So stützt denn auch der Präsident des Zentralverbands Karosserie- und Fahrzeugtechnik (ZKF), Karl Schölch, seinen Optimismus auf Ergebnisse einer Mitgliederbefragung. Die Betriebe, deren 4,8 Mrd. DM Umsatz 1984 zu 70 Prozent auf die Bereiche Instandsetzung, Wartung und Zusatzausstattung von Pkw und Nutzfahrzeugen sowie – mit steigender Tendenz – zu 30 Prozent aus dem Neubau von Aufbauten und Anhängern kommt, meldeten eine auf 86,8 (81,9) Prozent gestiegene Auslastung der Werkstatt-Kapazitäten. Im Fahrzeugneubau wuchs sie sogar auf 88,9 (86,8) Prozent. Ursache sei die hohe Nachfrage nach Spezialaufbauten vom Verkaufsfahrzeug bis zum Spezialtieflader. Allein der Nutzfahrzeug-Reparatursektor schwächte sich ab. Aufgrund starken Preisverfalls reicht die Skala der Renditeaussagen von befriedigend bis unzureichend.

Auf der IAA weisen sich die Karosseriebauer als „Maßschneider" und Spezialisten aus, die jedes Aufbautenproblem lösen und auf die individuellen Kundenwünsche eingehen. Beweis: Rund 70 Prozent der Mittelklasse-Nutzfahrzeuge verlassen heute die Herstellerwerke lediglich als Chassis mit Fahrerhaus. Der Auf- und Ausbau erfolgt in den ZKF-Fachbetrieben. Daher verwundert es auch nicht, daß von den rund 45 000 Beschäftigten über 90 Prozent eine abgeschlossene Ausbildung in diesem Handwerkszweig haben.

HARALD POSNY

Autos als Devisenbringer

Unter den mehr als zwei Dutzend ausländischen Pkw-Herstellern auf dem deutschen Markt tummeln sich zwei aus dem Comecon: der sowjetische Lada und der tschechoslowakische Skoda. Mit 8620 (Lada) und 1923 Verkäufen (Skoda) im letzten Jahr reißen sie keine Bäume aus, aber sie haben einen Käuferstamm, dem Solidität und Robustheit vor Komfort und Super-Ausstattung geht.

Nach wie vor fallen beide Unternehmen auch wieder mit Rekorden eigener Art auf: Lada stellt das preiswerteste Katalysator-Auto, die 1,5 Liter-Modelle, für 10 995 DM vor. Skoda führt das preisgünstigste Auto überhaupt, den 105 S (1046 ccm, 45 PS) für 7450 DM, wobei selbst das teuerste Modellangebot, ein Coupé (1289 ccm, 62 PS), auch nur 10 750 DM kostet.

Die Deutsche Lada GmbH ist nach dem Verkauf durch die US-Muttergesellschaft an die in Brüssel ansässige Scaldia Volga S. A. „Enkelgesellschaft" der sowjetischen staatlichen Autoaußenhandelsgesellschaft Autoexport. Die Gesellschaft will 1985 rund 10 000 Ladas verkaufen, auf mittlere Sicht – zusammen mit anderen sowjetischen Marken – ein Prozent Martanteil erringen. Ein Gemeinschaftsprodukt Lada/Porsche wird es vielleicht bringen. In Westeuropa, vor allem in Benelux, Frankreich, Großbritannien und Skandinavien, werden 100 000 Stück verkauft. Die Gesamtproduktion von etwa 700 000 Einheiten geht fast zur Hälfte in den Export und ist damit ein begehrter Devisenbringer.

Mit 181 000 (1984) Pkw in sechs Varianten von 45 bis 62 PS stellen die Skoda-Werke in Mladá Boleslav weit weniger auf die Räder. Die Hälfte davon bleibt daheim, 20 Prozent gehen in andere Ostblockländer, der Rest, 70 000 „go west". Bedeutendste Abnehmer sind England (12 000), Dänemark (7100) und Holland (4000). Die Importgesellschaft Semex, Furth im Wald, strebt 1985 rund 2300 Neuzulassungen (bisher: 1580) an.

Mit technischen Neuerungen und rascherem Modellwechsel (zur Zeit acht Jahre) hat Skoda seine Schwierigkeiten. Erst 1989 wird ein grundlegend neuer Frontantriebler den bisherigen Heckmotor ablösen.

HARALD POSNY

Sanierung bei Nutzfahrzeugen

Ein weiteres Jahr der Überkapazitäten, der weltweit schwachen Märkte und – als Folge davon – anhaltend starken Preisverfalls hat die Nutzfahrzeug-Tochter von Renault, die Renault Véhicules Industriels (RVI), zu weiteren Sanierungen genutzt. RVI-Generaldirektor Philippe Gras bezifferte die „bedeutsam verringerten Verluste" auf rund 800 Mill. F. Auf der 51. IAA räumte er ein, daß es nur langsam zu einer dauerhaften Verbesserung der Betriebsergebnisse käme. In den vorausgegangenen drei Halbjahren addierten sich die Verluste wegen der außerordentlich hohen Umstrukturierungskosten auf weit über 3,8 Mrd. F.

Immerhin, die Verbesserung der Verlustlage kam zustande, als Produktion und Absatz stagnierten und sich das Preisniveau in Frankreich nur ungenügend verbessert hat. Während der Markt 1984 durch Rabattunwesen und Vorwegkäufe stimuliert war, sackte er im 1. Halbjahr 1985 um 20 Prozent ab. „Mit Entschlossenheit" werde Renault den heimischen Marktanteil von 42 (zur Zeit 39,5) Prozent zurückgewinnen. In Westeuropa beträgt er 12,3 Prozent. Ähnliche Rentabilitätssorgen habe auch die US-Tochter Mack Trucks mit einem Marktanteil von 20 Prozent.

In einem Gespräch mit der WELT nannte der Geschäftsführer der Renault Nuzfahrzeuge GmbH, Franz-Josef Moors, für den europäischen Markt der Schwer-Lkw ab 350 PS (38 Tonnen) eine Größenordnung von 12 000 Fahrzeugen, das sind zehn Prozent des Gesamtmarktes.

Neben den vier Niederlassungen an Brennpunkten des Verkaufs in Hannover, Bochum, Frankfurt und Stuttgart werden künftig außer den Verkaufsbüros und den Händlern 100 Werkstatt-Partnerbetriebe an den eigenständigen Fahrzeugverkauf herangeführt werden. Damit weiche man vom ausschließlichen Direktvertrieb über die Niederlassungen ab. Etwa 55 Prozent des Volumenmarktes seien dann abgedeckt. Insgesamt steige die Verkaufsbereitschaft, da der Verdrängungswettbewerb im Werkstattbereich zunimmt.

Mit etwa 500 bis 550 Zulassungen (sechs bis 38 t) von einem 45 000 bzw. 50 000 Einheiten großen Markt mit acht Anbietern hat Renault heute einen Marktanteil von 1,4 Prozent. Zwei bis drei Prozent wolle man erreichen. Die drei größten (Daimler, MAN/VW, Iveco Magirus) halten allein 90,1 Prozent, Renault hält unter den Importen 15 Prozent.

Auf einem bis zur Jahresmitte um 2,1 Prozent rückläufigen Markt über sechs t (24 089 nach 25 544 Einheiten) ist Renault einer der wenigen, die noch zulegten, um 22,8 Prozent auf 288 Stück. Im Gesamtjahr werde man, so Moors, einen Zuwachs von rund 10 Prozent erreichen. Dabei übe man wieder Preisdisziplin ein. Lieber lehnte man dies oder jenes Geschäft ab. Lieferschwierigkeiten gibt es nach den Worten von Moors nicht.

Der Umsatz wird 1985 rund 55 (49) Mill. DM erreichen. Die Lage erlaube es aber kaum, Gewinne zu erwirtschaften. Auch der neue Vertrieb und Service belasten. Es beginne sich jedoch die Einsicht durchzusetzen, daß Verdrängungswettbewerb zu nichts führt. Moors: „Keiner gibt nämlich auf. Die Preispolitik muß wieder zu den wirtschaftlichen Realitäten zurückfinden."

HARALD POSNY

HAKO-WERKE / Durch US-Erwerbung Absatzmärkte in Übersee gewonnen

Mächtiger Umsatzsprung steht bevor

JAN BRECH, Hamburg

Die Hako-Werke GmbH & Co, Bad Oldesloe, die zu den führenden Herstellern von Maschinen für die Betriebsreinigung und Grundstückspflege zählt, wird in diesem Jahr einen Umsatzsprung auf deutlich mehr als 200 Mill. DM machen. Im Jahr 1984 hatte das Unternehmen den Umsatz bereits um 13,3 Prozent auf 170 Mill. DM ausgeweitet. Die starke Expanison führt der geschäftsführende Gesellschafter Tyll Necker auf vier wesentliche Faktoren zurück.

Einmal wird bei Hako 1985 zum ersten Mal der Umsatz der US-Gesellschaft Multi-Clean voll einbezogen. Diese Gesellschaft, die Maschinen und chemische Produkte für die Bodenreinigung herstellt, ist Ende 1984 über die amerikanische Hako-Tochtergesellschaft Hako-Minuteman von dem US-Konzern Fuller übernommen worden. Das nach Angaben von Necker sehr ertragsstarke Unternehmen dürfte in diesem Jahr auf fast 40 Mill. DM Umsatz kommen und die Positionen von Hako im Bereich Büroreinigung merklich stärken. Das gilt nicht nur für den amerikanischen, sondern auch für den heimischen Markt. Zum ersten Mal sollen Maschinen aus dem Programm von Hako-Minuteman und Multi-Clean auch in Europa angeboten werden.

Durch den Erwerb von Multi-Clean habe Hako zum anderen weitere Märkte in Übersee mit großen Wachstumsreserven zugewonnen, erklärt Necker. Multi-Clean verfügt über Tochtergesellschaften in Kanada, Australien und Japan. In Japan ist Hako in seinen Spezialmärkten bereits mit einem Marktanteil von mehr als 25 Prozent vertreten.

Das Wachstum begründet Necker drittens mit Produktinnovationen vor allem im Bereich der technisch anspruchsvollen Reinigungstechnik und der gewerblichen Grundstückspflege. So habe Hako mit einer neu entwickelten Naß-Reinigungsmaschine innerhalb eines Jahres eine „weltweite Spitzenposition" erobert. In der Programmpolitik konzentriere sich Hako immer stärker auf gewerbliche und kommunale Abnehmer, um die Abhängigkeit von Saison und Witterung zu reduzieren. Der konsumnahe Bereich mit Geräten zur Gartenpflege und Wegereinigung dürfte 1985 auf einen Umsatzanteil von 10 bis 15 Prozent zurückgehen. Die Produkte bezieht Hako als Handelsware.

Den positiven Geschäftsverlauf bestimmt schließlich die deutliche Belebung der Binnenkonjunktur. Nach Angaben von Necker beginnen vor allem die Kommunen wieder zu investieren. Allein im Inland seien Umsatz und Auftragseingang im ersten Halbjahr um 17 Prozent gewachsen. Das Inlandsgeschäft mit einem Anteil von 38 Prozent am Gesamtumsatz hatte 1984 noch erheblich unter den Planzahlen gelegen.

Eine spürbare Verbesserung registriert Necker auch bei der Ertragslage. Nachdem die Rendite bereits 1984 gestiegen ist, erwartet Necker für dieses Jahr ein gutes Ergebnis. Als „gut" dürfte in der Maschinenbau-Branche eine Brutto-Rendite von 6 Prozent aufwärts gelten. Eine Expansion über weitere Zukäufe werde zur Zeit nicht angestrebt. Über die Ausstattung der Gruppe mit Eigenmitteln macht der künftige BDI-Präsident Necker keine Angaben.

ROTO-GRUPPE

Nur im Ausland Zuwachsraten

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Trotz der bekannt schwierigen Situation am Baumarkt hierzulande, wartet die Roto-Firmengruppe, deren Stammhaus die vor 50 Jahren gegründete Wilh. Frank GmbH, Leinfelden-Echterdingen, ist, mit bemerkenswerten Zuwachsraten auf. Dieser Hersteller von Baubeschlägen, Wohndachfenstern, Boden- und Wendeltreppen unter der Marke „Roto", der auf diesen Spezialgebieten zu den führenden Unternehmen zählt, erwartet für das laufende Geschäftsjahr 1985 einen Gruppenumsatz von 350 (1984: 30) Mill. DM. Das Wachstum stammt aus dem Auslandsgeschäft, dessen Anteil am Umsatz bei 30 Prozent liegt und steigende Tendenz aufweist. Demgegenüber bewege sich der Inlandsabsatz auf Vorjahresniveau.

Die Firmengruppe, die über 2000 Mitarbeiter beschäftigt (davon rund 600 im Ausland) betreibt Produktionsstätten in Leinfelden und Bad Mergentheim sowie in Österreich, der Schweiz, Frankreich, Jugoslawien und den USA. Für das amerikanische Werk in Chester/Connecticut, das mit derzeit 50 Beschäftigten Wohndachfenster und Bodentreppen herstellt, ist für das nächste Jahr eine Verdoppelung der Belegschaft vorgesehen. Überhaupt sehe die Firmengruppe nach Angaben vn Siegfried Riegel, dem Vorsitzenden der Geschäftsleitung, steigende Chancen im Auslandsgeschäft. Auch mit der Volksrepublik China liefen sehr aussichtsreiche Kooperationsverhandlungen, eine Realisierung sei in etwa zwei Jahren zu erwarten.

Zur Ertragslage der Firmengruppe, die ihren Markt je zur Hälfte im Neubausektor und in der Renovierung findet, sagte Riegel, sie sei „recht zufriedenstellend". Das Unternehmen sei gut beschäftigt. Die hohe Innovationskraft des Familienunternehmens, das vom Ingenieur Wilhelm Frank gegründet wurde, der als Pionier auf dem Gebiet moderner Fenstertechnik auch heute noch Motor der technischen Entwicklung bei Roto ist, schlägt sich nicht zuletzt in mehr als 1700 Patenten, Patentanmeldungen und anderen Schutzrechten im In- und Ausland nieder.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Geze Sport übernommen

München/Leonberg (VWD) – Die Vertriebstochter für Skibindungen der Geze GmbH, Leonberg, Geze Sport GmbH, ist von dem französischen Konzern Groupe Bernard Tapie (GBT) übernommen worden. Die Produktion der Alpin- und Langlaufbindungen bleibt weiterhin bei der Geze GmbH, teilte die Gesellschaft mit. Nach Angaben der Geze-Inhaberin Brigitte Voester-Alber will die Geze GmbH ihre Vertriebsaktivitäten auf den im Unternehmen dominierenden Baubeschlagsbereich konzentrieren. Die GBT will sich stärker im Sportartikelsektor engagieren.

Tochter umfirmiert

Hamburg (VWD) – Die Nederlandse Credietbank (Deutschland) AG, Hamburg, firmiert am 16. September in NMB Bank (Deutschland) AG um, nachdem die NMB Bank (Nederlandsche Middenstandsbank NV), Amsterdam, zum 1. August sämtliche Aktien der Hamburger Bank übernommen hatte. Die drittgrößte niederländische Geschäftsbank war bisher nicht in der Bundesrepublik vertreten. Die NMB Bank (Deutschland) AG verfügt über ein Grundkapital von 30 Mill. DM und daneben über offene Rücklagen von 10,5 Mill. DM.

Trend zur Individualität

Augsburg (dpa/VWD) – Das Bekleidungshandwerk blickt trotz sinkender Umsätze und zunehmender Betriebsschließungen mit gewisser Zuversicht in die Zukunft. Die Branche mit 881 Mill. DM Jahresumsatz setzt, wie Bundesvorsitzender Jakob Kraus betonte, auf den Trend zur Individualität in der Kleidung. Das Maßschneiderhandwerk, das gegenwärtig bundesweit 11 051 Betriebe mit 22 800 Beschäftigten zählt, kündigte für die Zukunft verstärkte Werbeaktivitäten an. Jeder Bundesbürger gab 1984 im Durchschnitt 3000 Mark für Kleidung aus. Viele Schneider könnten nicht mehr mit den niedrigen Preisen der Bekleidungsindustrie konkurrieren.

CBS verkauft Steinway

New York (dpa) – Der amerikanische Medienkonzern CBS hat die weltberühmte Klavier- und Flügelfirma Steinway and Sons an eine Investorengruppe aus Boston verkauft. Ein Verkaufspreis wurde nicht genannt. Der Präsident der neuen Holdinggesellschaft Steinway Musical Properties (Boston), Bruce A. Stevens, versprach, daß die Produktionsstätten von Steinway nicht aus dem New Yorker Stadtteil Queens oder aus Hamburg verlagert werden. In New York beschäftigt Steinway 1000, in Hamburg rund 500 Mitarbeiter.

Wochenschlußkurse

New York

	13.9.	6.9.
Adv. Micro Dev.	26,25	27
Aetna Life	42,75	43,625
Alcan Aluminium	25,875	27,5
Alcoa	33,75	34,875
Allied Chemical	42,375	42,375
AMR Corp.	41,875	44
Amax	14,5	15,25
Am. Cyanamid	51,125	53,375
Am. Express	47	42,375
Am. Motors	3,125	3,25
Am. Tel. & Telegr.	21	21,25
Amoco Corp.	63,375	64,5
Asarco	22,25	21,625
Atlantic Richfield	59,125	60,375
Avon Products	23,25	24
Bally	17,25	17,375
Bk. of America	14	15,125
Bethlehem Steel	17	17,625
Black & Decker	17,875	18,75
Boeing	46,5	48,625
Brunswick	34,375	34,75
Burroughs	63	65,25
Caterpillar	33,5	36
Celanese	113,875	117,5
Chase Manhattan	51,875	54,75
Chrysler	37	38,125
Citicorp	42,125	44,75
City Investing	7,375	–
Clorox	40,75	40,25
Coca-Cola	68,375	70,25
Colgate	26,125	25,125
Commodore	9	9,75
Comwth. Edison	29,125	30,625
Comm. Satellite	32,5	34,125
Control Data	20,375	23,625
CPC Int.	44	44,375
Curtiss Wright	36,25	36
Deere	25,75	26,5
Delta Airlines	43,25	44,5
Digital Equipm.	105,375	105,875
Dow Chemical	34,75	35,75
Du Pont	56,125	56,875
Eastern Gas-Fuel	22,625	22,75
Eastman Kodak	43,25	44,5
Exxon	51,25	52,5
Firestone	19,125	18,875
Fluor	15,125	16,25
Ford	44,25	44,625
Foster Wheeler	11,75	12,75
Fruehauf	23,625	24,625
GAF Corp.	34,625	34,25
General Dynamics	73,375	78,875
General Electric	60	61,125
General Foods	85,375	88,375
General Motors	68,25	69
Gen. T. & E.	39,25	40,125
Goodrich	31,25	32,125
Goodyeartire	27,25	28,5
Grace	42,25	42,375
Halliburton	27	25
Heinz	54,75	54,625
Hewlett Packard	32,875	34,25
Homestake	24,5	24,875
Honeywell	62,25	63,125
IBM	127,5	129,25
Int. Tel. & Tel.	32,75	33,875
Int. Harvester	8,25	–
Int. Paper	48,125	48,125
Int. North. Inc.	42,25	42,5
Jim Walter	34,75	35,625
Litton Industries	78,75	81,5
Lockheed Corp.	49,75	53,25
Loew's Corp.	45,25	49,125
Lone Star	26	26,75
Louisiana Land	33,125	33,375
LTV Corp.	7,375	8
Mc Dermott	23,25	23,875
Mc Donnel Doug.	73,5	77
Merck & Co.	111,25	113,5
Merrill Lynch	28,625	30,375
Mesa Petroleum	16,875	17,875
MGM (Film)	26,625	26,75
Minnesota M.	75,875	76,875
Mobil Oil	29	29,575
Monsanto	47,75	49,25
Morgan J.P.	46,625	48,5
Nat. Semiconductor	11,875	12,125
National Steel	26,375	27,375
NCR	32	34,125
Newmont	45,125	44,75
PanAm World	7,75	7,25
Pfizer	45,625	48,625
Philbro	36,125	38,125
Philip Morris	75,625	81,75
Phillips Petroleum	11,625	12,25
Pittston	12,875	12,875
Polaroid	30,625	31,25
Prime Computer	17,625	18
Procter & Gamble	56,5	58,25
RCA	43	45
Revlon	45,25	43
Reynolds Ind.	25,75	28
Rockwell Int.	38,5	41,25
Rorer Group	39,25	38,625
Schlumberger	34	36,625
Sears, Roebuck	34,5	34,875
Singer	53,375	34,875
Sperry Corp.	49	51,5
Stand. Oil Calif.	34,625	37,5
Storage Techn.	1,875	1,875
Tandy	33,75	36
Teledyne	238,75	244,75
Telex Corp.	43	42,75
Tesoro	9,5	9,625
Texaco	35,375	34,75
Texas Instrum.	95,625	95,625
Tosco	3,75	3,75
Trans World Corp.	39	39,25
Transamerica	28,5	28,875
Travelers	40,5	40,75
UAL	52,125	53,25
Ucal Corp.	15,125	15,25
Union Carbide	53	55,25
Union Oil of Calif.	28,875	29,875
US Gypsum	39	38,25
US Steel	29,875	30
United Technologies	38,5	39,875
Walt Disney	85,875	86,75
Warner Comm.	30,75	30,375
Westinghouse El.	38,375	38,5
Weyerhaeuser	27	28,75
Whittaker	22,875	23,25
Woolworth	47,5	49,25
Xerox	50,5	53,125
Zenith Radio	17,875	19
Dow Jones Index	1307,48	1335,69
Stand. & Poors	182,91	186,24

Toronto

	13.9.	6.9.
Abitibi-Price	20,625	20,625
Alcan Alu.	35,375	37,75
Bk. of Montreal	30,375	31,25
Bk. of Nova Scotia	13,125	13,375
Bell Cda Enterprises	42,25	43,5
Bluesky Oil	3,75	3,8
Bow Valley Ind.	15,625	16,375
Brenda Mines	–	9,625
Brunswick M & Sm.	13,75	14,375
Cdn. Imperial Bk.	37,375	38,875
Cdn. Pacif. Enterpr.	27,5	26,375
Cdn. Pacific Ltd.	17	17,75
Cominco	12,625	12,375
Coseka Res.	5	3,2
Denison Mines	11,75	12,875
Dome Petroleum	2,84	2,95
Domtar	18,625	19
Falconbridge Ltd.	18,75	19,75
Great Lakes Forest	17,5	19,75
Gulf Canada	19,875	20,125
Gulfstream Res.	1,2	1,2
Hiram Walker Res.	31,625	33,125
Hudson Bay Mng. Sp.	6,375	6,875
Husky Oil	9,625	10,25
Imperial Oil -A-	49,625	52,625
Inco	18	18,625
Inter City Gas Ltd.	16,125	17,25
Interprov. Pipeline	42,25	42
Kerr Addison	–	14,625
Lac Minerals	33,875	34,5
Massey Ferguson	3,25	3,4
Moore Corp.	25,625	25,625
Noranda Mines	15,375	14,125
Norcen Energy Res.	16,75	16,25
Northgate Expl.	4,9	5,125
Northern Telecom.	48,375	49,875
Nova An Alberta 'A'	6,125	4,125
Nu West Group	0,48	0,49
Oakwood Petrol	6,75	7,5
Placer Development	24,25	25
Provigo Inc.	28,75	25,375
Ranger Oil	4,86	5,125
Revenue Properties	2,37	2,37
Rio Algom	22,25	22,875
Royal Bk. of Can.	31,75	32,25
Seagram	52,125	54,125
Shell Canada	25,125	26,25
Sherritt Gordon	7,875	8,5
Steleo -A-	21	21,125
TransCdn. PipeLines	25,75	26,125
Westcoast Transm.	16,5	17,25
Index TSE 300	2710,20	2791,80

Tokio

	13.9.	7.9.
Alps	1300	1170
Bank of Tokyo	780	780
Banyu Pharma	750	737
Bridgestone Tire	548	531
Canon	1010	908
Daikin Kogyo	635	628
Daiwa House	858	810
Daiwa Sec.	900	906
Ebal	1270	1260
Fuji Bank	1590	1890
Fuji Photo	1960	1920
Fuji Radio	2870	–
Hitachi	472	451
Honda	1330	1330
Ikegai Iron	345	350
Isetan	725	708
Ito Yokado	2780	2790
Japan Air	5490	8880
Japan Met.	339	350
Japan Syn. Rubber	341	340
Kajima	495	465
Kansai Elec.P.	1790	1780
Kao Soap	850	846
Kawasaki H	217	209
Kawasaki S	146	147
Kirin Brewery	690	721
Komatsu	549	552
Kubota Iron	380	390
Kyocera	3400	3450
Makita El.	1000	985
Marui	1470	1430
Matsushita El. Ind.	1250	1200
Matsushita El. Wks.	871	880
Mitsubishi CP	620	619
Mitsubishi El.	346	335
Mitsubishi Estate	974	951
Mitsubishi Heavy I.	419	390
Mitsui Co. Ltd	414	418
Mitsukoshi	675	694
Mitsumi El.	720	685
Nichicon	680	644
Nihon Cement	318	332
Nikko Sec.	787	786
Nippon El.	986	900
Nippon Kokan	141	148
Nippon Oil	785	780
Nippon St.	167	170
Nippon Yusen	300	297
Nissan Motor	617	620
Nomura Sec.	1180	1190
Olympus	1080	905
Penta-Ocean	397	386
Pioneer	1800	1700
Renown	765	746
Ricoh	878	813
Sankyo	1070	1150
Seiyu Stores	725	726
Sekisui Pref.	915	871
Sharp	815	786
Shiseido	1110	1110
Sony	3720	3540
Sumitomo Bank	1720	1780
Taisei Corp.	337	342
Taisho Marine	538	545
Takeda Chem.	865	882
Teijin	479	485
Tokyo Elec.	1810	884
Tokyo Gas	234	229
Tokio Marine	886	877
Tokyo El. Power	2080	2030
Toray Ind.	535	519
Toshiba Elec.	341	334
Toto	876	852
Toyo Kogyo	412	409
Toyota Motor	1150	1130
Yamaichi	790	798
Yamanouchi	3080	3150
Yamaha	451	460
Yamazaki	820	822
Index	1059,30	1021,60

Was Ihr Unternehmen von unseren Electronic-Banking-Angeboten hat.

Immer häufiger werden wir von unseren Firmenkunden auf unsere Electronic-Banking-Leistungen angesprochen. Deshalb hier ein Überblick über das aktuelle Dresdner Bank-Angebot. Mit unseren Lösungen gewinnen Sie wertvolle Zeit für die eigentlichen Entscheidungen, weil Ihnen die Vorbereitung und Durchführung Ihrer Entschlüsse ebenso erleichtert werden wie zahlreiche Routinearbeiten.

drebit. Bildschirmtext-Service (Btx), besonders für mittelständische Unternehmen, mit dem automatisch alle Informationen über Ihre Konten bei verschiedenen Banken zusammengefaßt werden. Ihre Finanzdisposition wird vereinfacht und beschleunigt.

drecam. Computergestützte Dispositionshilfe für das Cash-Management vor allem internationaler Firmen: Balance Reporting – Money Transfer – Devisen-Netting – Treasury Management.

drecon. Concentrating-Verfahren zur vollautomatischen Übertragung aller Gutschriften und Belastungen von verschiedenen Konten auf ein bestimmtes Konto, damit Sie zentral disponieren können.

dreplan. Computersysteme für Ihre längerfristige Finanzplanung und kurzfristige Liquiditätsplanung.

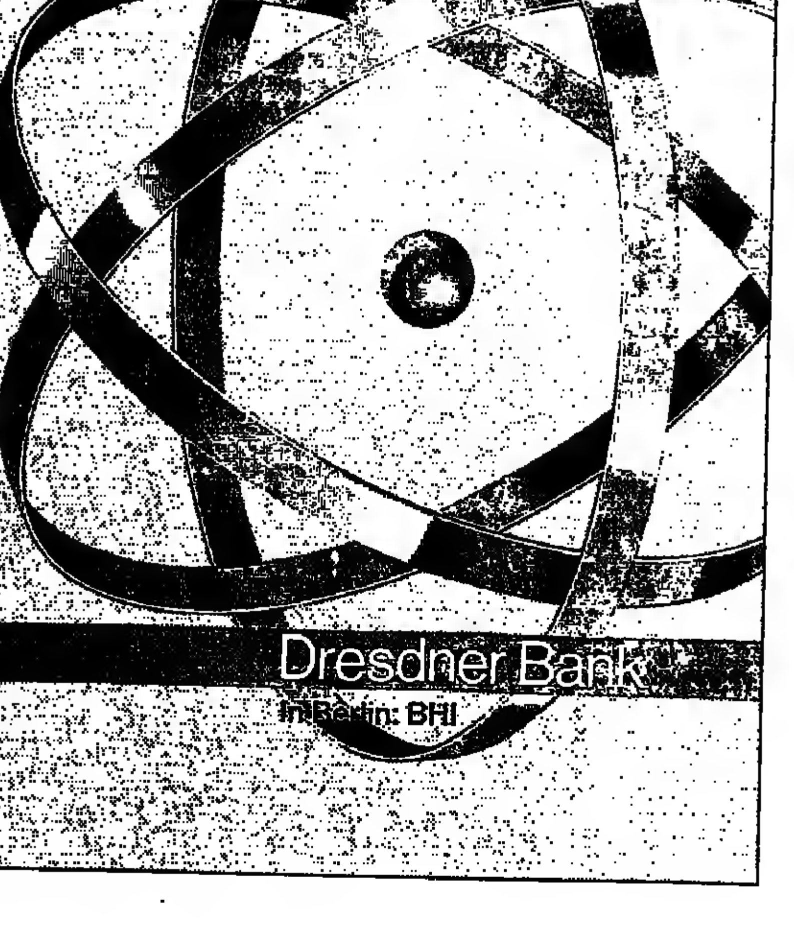
drefox. Foreign Exchange Information-System mit Daten aus dem weltweiten Geld-, Devisen- und Edelmetallgeschäft. Kursberechnungen für broken dates. Direktabschlüsse beim ersten Telefonkontakt.

drebis. Informationen für die Wertpapieranlage mit Wirtschaftsnachrichten aus aller Welt. Depotdaten mit aktuellen Kursen auf dem Bildschirm.

Belegloser Datenträgeraustausch für Zahlungsaufträge im Inland oder ins Ausland mit Hilfe von Magnetbändern, Disketten oder durch Datenfernübertragung.

mabila. Unsere maschinelle Bilanzanalyse sagt Ihnen auf einen Blick, wo Sie mit Ihrem Unternehmen stehen. Auch im Vergleich.

Nähere Einzelheiten erfahren Sie von Ihrem Berater bei der Dresdner Bank oder aus unseren Informationsbroschüren.



Dresdner Bank
In Berlin: BHI

ERGEBNISSE

Saarbrücken – Schalke	3:2	(2:2)
Düsseldorf – Bremen	1:4	(1:2)
Frankfurt – K'lautern	1:1	(1:0)
Nürnberg – M'gladbach	2:4	(0:2)
Köln – München	1:1	(0:1)
Hamburg – Stuttgart	2:0	(1:0)
Bochum – Dortmund	6:1	(2:1)
Mannheim – Leverkusen	1:0	(0:0)
Uerdingen – Hannover	3:3	(1:1)

DIE SPIELE

Frankfurt – K'lautern 1:1 (1:0)

Frankfurt: Gundelach – Theiss – Conrad, Körbel – Sievers, Berthold, Falkenmayer, Trieb (61. Müller), Svensson – Krämer, Friz (83. Sarroca). – **K'lautern:** Ehrmann – Dusek – Wolf, Majewski – Moser, Schupp, Eilenfeldt, Geye (69. Kitzmann), Brehme – Trunk, Allofs. – **Schiedsrichter:** Wahmann (Recklinghausen). – **Tore:** 1:0 Theiss (6., *Foulelfmeter*), 1:1 *Geye* (50.). – **Zuschauer:** 15 500. – **Gelbe Karten:** Berthold (3), Majewski (3), Schupp (2), Brehme (2), Dusek.

Düsseldorf – Bremen 1:4 (1:2)

Düsseldorf: Greiner – Dusend – Bunte, Fach – Bockenfeld, Kaiser (60. Demandt), Keim, Thomas, Weikl – Thiele, Holmquist. – **Bremen:** Burdenski – *Pezzey* – *Ruländer*, Kutzop – Schaaf, Sidka, Votava, Okudera, Meier – Völler (75. Ordenewitz), Neubarth (82. Wolter). – **Schiedsrichter:** Scheuerer (München). – **Tore:** 1:0 Thiele (23.), 1:1 Sidka (33.), 1:2 *Kutzop* (35.), 1:3 Neubarth (59.), 1:4 Völler (72.). – **Zuschauer:** 13 500. – **Gelbe Karten:** Bockenfeld (2), Ruländer (2).

Saarbrücken – Schalke 3:2 (2:2)

Saarbrücken: Hallmann – Boysen – Kruszynski, Müller – Mumtubila, Jambo, Szesni (79. Höfer), Blättel, Jusufi – Hönnscheidt, Seel. – **Schalke:** Junghans – Dietz (88. Skibbe) – *Roth*, Schipper – Opitz, Dierßen, Kleppinger, Thon, Hartmann – Schatzschneider, Täuber (62. Regenbogen). – **Schiedsrichter:** Schmidhuber (Ottobrunn). – **Tore:** 1:0 *Jusufi* (2.), 1:1 *Hartmann* (15.), 2:1 Blättel (38.), 2:2 Thon (44.), 3:2 Hönnscheidt (55.). – **Zuschauer:** 19 800. – **Gelbe Karte:** Opitz (2).

Nürnberg – M'gladbach 2:4 (0:2)

Nürnberg: Grüner – Güttler – T. Brunner, Grahammer – Dorfner, Reuter, Geyer, Bittorf (61. Stenzel), Neun (57. H.-J. Brunner) – Philipkowski, Eckstein. – **M'gladbach:** Sude – Bruns – Borowka, Drehsen – Herlovsen, Hochstätter (82. Herbst), Rahn, Winkhold, Lienen – Mill, Criens (61. Pinkall). – **Schiedsrichter:** Theobald (Wiebelskirchen). – **Tore:** 0:1 Hochstätter (4.), 0:2 Criens (45.), 0:3 Criens (51.), 1:3 Stenzel (75.), 2:3 Grahammer (82., Foulelfmeter), 2:4 Bruns (86.). – **Zuschauer:** 48 000. – **Gelbe Karten:** Bittorf, Güttler (3), Herlovsen (2).

Köln – München 1:1 (0:1)

Köln: Schumacher – van de Korput – Prestin (33. Hartwig), Geils, Hönerbach – Lehnhoff (64. Häßler), Pisanti, Geilenkirchen, Engels – Littbarski, Dickel. – **München:** *Pfaff* – Augenthaler – Pflügler, Eder – Winklhofer, Lerby (46. Dremmler), Matthäus, Rummenigge – Hartmann (83. Wohlfarth), Hoeneß, Kögl. – **Schiedsrichter:** Barnick (Schenefeld). – **Tore:** 0:1 Augenthaler (2.), 1:1 Dickel (78.). – **Zuschauer:** 43 000. – **Gelbe Karte:** Dremmler.

Hamburg – Stuttgart 2:0 (1:0)

Hamburg: Stein – *Plessers* – Kaltz, Jakobs – Rolff, Lux, Magath, Kroth, von Heesen – Gründel, Wuttke (63. Rusche). – **Stuttgart:** Roleder – Zietsch – Schäfer, Buchwald – Reichert, Müller, *Allgöwer*, *Sigurvinsson*, *Nushöhr* (62. Fritz) – Claesen (69. Wolff), Klinsmann. – **Schiedsrichter:** Uhlig (Dortmund). – **Tore:** 1:0 Gründel (16.), 2:0 Gründel (73.). – **Zuschauer:** 20 000. – **Gelbe Karte:** *Nushöhr* (2).

Bochum – Dortmund 6:1 (2:1)

Bochum: Kieft – Tenhagen – Knüwe (43. Schulz), Kree – Oswald, Lameck, *Benatelli*, *Kempe* – Wegmann, Fischer (15. Woelk), Kuntz. – **Dortmund:** Immel – Zorc – Huber, Hupe (46. Hrubesch), Storck – Bittcher, Loose, Raducanu, Kutowski – Wegmann, Schüler (52. Anderbrügge). – **Schiedsrichter:** Pauly (Rheydt). – **Tore:** 1:0 Wegmann (5.), 1:1 Schüler (17.), 2:1 Kempe (34.), 3:1 Kuntz (50.), 4:1 Benatelli (72.), 5:1 Kuntz (73.), 6:1 Kuntz (77.). – **Zuschauer:** 22 000.

Mannheim – Leverkusen 1:0 (0:0)

Mannheim: Zimmermann – Sebert – Tsionanis, Dickgießer – Kohler, Schlindwein, Scholz, Schön (79. Walter) – Gaudino (65. Remark), Bührer, Klotz. – **Leverkusen:** Vollborn – Hörster – Zanter (61. Giske), Reinhardt – Schreier, Röber, Götz, Patzke, Hinterberger – Waas, Tscha. – **Schiedsrichter:** Zimmermann (Kiel). – **Tor:** 1:0 Keller (86.). – **Zuschauer:** 11 200. – **Gelbe Karten:** Hörster (3), Schreier (3), Röber (2). – **Rote Karten:** Hinterberger, Patzke.

Uerdingen – Hannover 3:3 (1:1)

Uerdingen: Vollack – Herget – Wöhrlin, W. Funkel – Klinger (65. Feilzer), Kirchhoff, F. Funkel, Buttgereit – Bommer, Edvaldsson, Gudmundsson. – **Hannover:** Raps – Hellberg – Kuhlmey, Vjetrovic, Ronge – Giesel, Thomas, Heidenreich (72. Fleer), Baier – Reich, Schaub (46. Gue). – **Schiedsrichter:** Witke (Mönchzell). – **Tore:** 0:1 Thomas (22.), 1:1 Gudmundsson (34.), 1:2 Gue (55.), 2:2 Bommer (70., Handelfmeter), 3:2 Bommer (74.), 3:3 Thomas (76.). – **Zuschauer:** 12 000. – **Gelbe Karten:** Gudmundsson, Vollack, Giesel (3), Schaub (2), Hellberg.

Anzeige

erdgas
IST EINE
SAUBERE
SACHE.

VORSCHAU

Freitag, 20. 9., 19.30 Uhr:
Leverkusen – Bochum (1:1)
Freitag, 20. 9., 20.00 Uhr:
Dortmund – Frankfurt (2:1)
Samstag, 21. 9., 15.30 Uhr:
München – Nürnberg (–:–)
Bremen – *Mannheim* (1:1)
K'lautern – Uerdingen (6:1)
Hannover – Saarbrücken (–:–)
Schalke – Hamburg (3:0)
Stuttgart – Köln (3:1)
M'gladbach – Düsseldorf (0:2)
In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

FUSSBALL / Freude in Bremen: Bayern München verschenkte einen Punkt – Der tiefe Fall von Borussia Dortmund

Köln bleibt Köln, und im Witzereißen sind sie Weltklasse

ULFERT SCHRÖDER, Köln

Ganz gelassen sprach Hannes Löhr große Worte aus. „Ich brauche Spieler, die alles wollen. Daß sie nicht alles können, ist ihnen zu verzeihen." Kenner der Kölner Szene lesen aus diesem Spruch schon die Stimmung am *Rhein*. Ganz richtig, sie ist bestens, rosa, könnte man auch sagen.

Nun, dazu gehört derzeit nicht viel. Ein 1:1 gegen Bayern München tut's schon. Und im übrigen kann am Mittwoch, nach dem Europacup-Spiel, schon wieder trauriger Flor wehen über dem Heim der Geißböcke.

Denn Klaus Allofs wird wohl nicht gesund sein bis übermorgen. Paul Steiner – der hat durch eine Darmerkrankung vier Kilo Gewicht verloren – auch nicht. Mit Uwe Bein ist ebenso wenig zu rechnen, und Prestin ist seit Samstag auch verletzt.

Doch daran dachten die Kölner nach ihrem Spiel gegen die Bayern nicht. Am Rhein geht das der Reihe nach. Zuerst kommen die angenehmen *Dinge des Lebens, dann kommt sehr lange gar nichts, und dann kommen* die weniger angenehmen.

Sie fühlten sich wie die Sieger, und beinahe hätten sie ein richtiges Fest gefeiert. Fröhlich genug waren sie. „Schreibt in die Weltpresse, daß wir auch eine junge Mannschaft haben", rief Hannes Löhr zu den Journalisten hinüber, „und schreibt, daß wir auch *etwas draus machen*."

Später, als er mit seinen Leuten nachkartete, was auf dem Rasen des Kölner Stadions geschehen war, berichtete Löhr – und er legte dabei ganz ernste Falten auf seine Stirn: „Wißt ihr, was ich getan hätte, wenn die Bayern ein zweites Tor gemacht hätten? Ich hätte meine Sachen gepackt, wäre nach Hause gegangen und hätte mich vor den Fernseher auf die Couch gesetzt."

Darauf Toni Schumacher zu Löhr: „Und weißt du, Trainer, wen du dort gefunden hättest? Mich."

Tatsächlich. Köln bleibt Köln, und im Witzereißen sind sie Weltklasse. Da haben sie in einem mittelmäßigen Spiel dem Gegner am Ende noch einen Punkt abgeknöpft, und schon fliegen sie über allen Wolken.

Freilich, so sieht das nur der Fremde. Die Kölner sehen das anders. Die haben für ihren eigenen Geschmack mit einer sogenannten „Rumpftruppe" (weil sie offenbar Klaus Allofs, Uwe Bein und Paul Steiner für die Glieder halten) ihren ganz speziellen Freunden, den Bayern, einen Sieg vermasselt.

So tief wird derzeit in Köln gestapelt. Den Bayern keinen Sieg erlauben, das ist schon ein Fest. Das Spiel allerdings unterstrich solche Gefühle. Die Bayern haben die Kölner eine Halbzeit lang hilflos gestellt. Mitunter war die Überlegenheit der Münchner beinahe peinlich, zum Herzerweichen. Das war die Zeit, als Löhr und Schumacher dran dachten, heimzugehen.

Bei den Bayern klappte in dieser Zeit wieder alles. Sogar die Sache mit Lerby. Den hatte der Arzt (Doktor Kolb für den urlaubenden Müller-Wohlfarth) den ganzen Freitag lang gesund gemacht, und am Samstagmorgen düste der Däne nach Köln, bestand einen Fitneßtest unmittelbar vor dem Spiel, und mit dick bandagiertem Knöchel marschierte er dann ins Gefecht. Daß er trotzdem nur aus dem Stand spielen konnte, was schadete das. Mehr war gar nicht nötig gegen diese Kölner Jugend-Elf, deren Respekt vor den Bayern nach Augenthalers 1:0 in der zweiten Minute in Angst überging.

Klar, David Pisanti ist ganz neu und 23 Jahre alt, Norbert Dickel war vor einem Jahr noch Amateur und ist 23 Jahre alt. Ralf Geilenkirchen ist 19 und hat gerade ein gutes Dutzend Bundesligaspiele hinter sich. Hans-Peter Lehnhoff ist 22 und unternimmt in seinem zweiten Bundesliga-Jahr den schwierigen Versuch, die Hoffnung zu erfüllen, die er im ersten Jahr weckte.

Ein Fressen für die Bayern also, so schaute es aus. Die großen Duelle? Was für eine Frage. Wer kann sich mit einem Hühnerhaufen duellieren? Da wurde also wieder eine Bayern-Geschichte geschrieben, daran zweifelte niemand. Daß daraus nichts wurde, lag an Hannes Löhr, der für diesen Tag offenbar ein ungemein gutes Horoskop hatte.

Zuerste betete er: „Bitte, bitte, laß uns ungeschoren in die Kabine kommen." Das Gebet wurde erhört, hauptsächlich von den Bayern, denn die trafen (Winklhofer, Matthäus, Kögl) das Tor nicht. Dann, in der Kabine, predigte Löhr, und es wurde eine große Predigt: „Jungs, vergeßt eure Angst. Nehmt euer Herz in beide Hände. Die Bayern, die gibt's jetzt nicht mehr, jetzt gibt's nur noch uns. Wenn wir schon verlieren, wollen wir wenigstens gefightet haben." Und so weiter.

Doch kommen wir zur Pointe der Geschichte, die Hannes Löhr schrieb. In der 64. Minute schickte er noch einen 19jährigen auf den Rasen. Thomas Hässler von den Reinickendorfer Füchsen in Berlin, seit einem Jahr in Köln, ein gutes halbes Dutzend Einsätze in der Bundesliga, 1,65 m groß, siebzig Kilo schwer, flink am Ball und auf den Beinen.

Hässler überwand drei Bayern, und dann hatten die Kölner drei Versuche, um das 1:1 zu machen. Zuerst schoß Hässler, dann Hartwig, schließlich Dickel. Der Einsneunzig-Mann aus Siegen machte die Kölner Geschichte rund. Vor einem Jahr noch bei den Amateuren, ein Greenhorn, schüchtern, ein leeres Blatt, nahm den Bayern nun einen Punkt.

Aus dem Stoff will Löhr ein Top-Team machen. Dickel hat in drei Spielen drei Tore geschossen. Sobald Klaus Allofs wieder fit ist, soll Dickel zwischen den beiden Stars der Nationalelf stürmen, zwischen Allofs und Littharski.

Hoffentlich machen seine Nerven das mit, denn die sind zarter als ein frisches Filet. Vor der Fernsehkamera am Abend brauchte Dickel besonders fürsorgliche Behandlung, sonst wäre er vor Aufregung umgefallen.

Fünf nach zwölf für Pal Csernai? Co-Trainer Reinhard Saftig schaut schon auf die Uhr. FOTO: NORBERT SCHMIDT

Drei Tore gegen Dortmund – da jubelte Stefan Kuntz mit Bochums Trainer Schafstall. FOTO: RZEPKA

Pal Csernai – nur Ratlosigkeit, und von einem Konzept ist nichts zu sehen

JÖRG STRATMANN, Bochum

Im Grunde ist das Thema für ihn beendet. Doch war Rolf Rüßmann in der Ausühung seines früheren Berufes als Fußball-Profi immer auch mit dem Herzen dabei. Deshalb hängt er noch an der Mannschaft seines letzten Arbeitgebers Borussia Dortmund. Deshalb ließ ihn auch nicht unberührt, daß dieses Team am siebten Bundesliga-Spieltag beim VfL Bochum eine ernüchternde 1:6-Niederlage erlitt und sich spätestens jetzt wieder und diesmal ohne ihn mit dem Problem „Abstiegsangst" herumschlägt, das es nach den nervenzermürbenden Erfahrungen des vergangenen Jahres doch liebend gerne vermieden hätte.

„Einige der jungen Spieler kenne ich, seit sie bei Borussia anfingen", sagt Rolf Rüßmann. So etwas verbindet vor allem auch dann, wenn gemeinsam mit diesen jungen Spielern nur um Haaresbreite ein Abstieg verhindert wird. Daher versuchte Rüßmann, seit einer Woche als Repräsentant auf der Internationalen Automobil-Ausstellung in Frankfurt tätig, noch am Samstagabend, einige Mitglieder der Mannschaft ans Telephon zu bekommen, um Mut zu machen und Trost zu spenden.

Zunächst vergeblich, denn die deprimierten Dortmunder Spieler waren schon unmittelbar nach Spielende für niemanden mehr zu sprechen. Zu heftig war der Schock, zu frisch die Erinnerung an die zuletzt hämischen Rufe einiger Bochumer Zuschauer, zu deutlich vor allem die Art und Weise, wie die Niederlage zustande gekommen war. „Wir hatten bei unseren bisherigen Niederlagen immer schon bestimmte Mängel in unserer Abwehr feststellen können", analysierte Dortmunds Trainer Pal Csernai nach dem Spiel, „doch diesmal haben wir ganz ohne Abwehr gespielt."

Die Übertreibung eines ratlosen Trainers – doch war im Spiel in der Tat kaum ein Bochumer Tor zustande gekommen, bei dem nicht wenigstens ein Dortmunder in dieser oder jener Art geholfen hätte. Ab der 50. Spielminute produzierte die Borussia-Verteidigung persönliche Fehler zuhauf und öffnete den Bochumern Wegmann, Kempe, Benatelli und vor allem Kuntz Tür und Tor. Csernai ging in der Kritik seiner Spieler sogar noch weiter: „Es fehlte das minimale Abwehrverhalten, das Grundlage für Fußball in der Bundesliga ist."

Ein vernichtendes Urteil – und bei 3:11 Punkten eines Tabellenletzten ohne Sieg die Erkenntnis, wie düster sich die Zukunft des Klubs schon jetzt darstellt. Er habe keine Alternativen mehr, gab Csernai mit einem Blick auf seinen Spielerkader zu. Und nach einem Blick auf die nach wie vor angespannte Finanzlage des Vereins kann Präsident Reinhard Rauball seinem Trainer auch nicht weiterhelfen: „Wir sind noch immer dabei, uns zu sanieren. Die Finanzauflagen des DFB lassen keinen Transfer zu." Es gelte nach wie vor, das Schlimmste zu verhindern.

Und das wird nicht einfach sein. Verbindlichkeiten in Höhe von einer Million Mark wollte der Verein bis zum Jahresende abbauen, denn man hatte durchschnittlich 23 000 Besucher pro Spiel einkalkuliert. Das letzte Heimspiel der Dortmunder gegen Waldhof Mannheim wollten allerdings nur noch 13 500 Anhänger sehen. Und beim Gedanken an den nächsten Gast Eintracht Frankfurt rechnet ein sorgenvoller Präsident gar nur mit einer Zahl, „die wir bisher noch nicht gehabt haben". Unter diesen Voraussetzungen scheint in Dortmund sogar die Position eines erfolglosen Trainers zunächst gesichert.

Angesichts derartiger Schwierigkeiten werden Diskussionen in den Hintergrund gedrängt, die vor dem Spiel in Bochum für Aufregung gesorgt hatten: Mit Raducanu, dem Unverbesserlichen, und ohne Kapitän Hrubesch? Kann das gutgehen? Hat gar der Präsident zu dieser Sinneswandlung des Trainers beigetragen? An dem Mittelfeldspieler aus Rumänien lag es diesmal nicht, erkannte auch Trainer Csernai und ergänzte: „Er hat mir ehrlich leid getan."

Nur Ratlosigkeit und kein Rezept?

Am liebsten hätten es Rauball und Csernai gesehen, wenn sich ein Kämpfer und Vorbild wie Rolf Rüßmann hätte überreden lassen, in dieser Lage bis zum Saisonende noch einmal mitanzupacken. Doch diese Möglichkeit, so meinte Rüßmann selbst, wurde wohl verpaßt. „Ich hätte gern noch einmal gespielt", erzählt er – wenn Präsident Rauball ihn zur kommenden Spielzeit zum Dortmunder Manager berufen hätte.

Rauball allerdings unterbreitete seinem ehemaligen Vorstopper lediglich das Angebot, für zwei Jahre den sportlichen und administrativen Bereich zu verwalten – der finanzielle Bereich blieb ausgeklammert. Rüßmann („Ich bin Kaufmann von Beruf.") hat aber mehr im Sinn. Der Gedanke, die Verantwortung des Managements mit einem Hauptgeschäftsführer Walter Maahs zu teilen, geht ihm nach wie vor gegen den Strich.

In der vergangenen Woche winkte Rüßmann ab. Endgültig, wie er sagt. Auch wenn Vereinsbeobachter nach dem Debakel von Bochum schon auf den nächsten Anruf Rauballs warten. Der alte Haudegen Rüßmann hält für die Dortmunder Mannschaft im Moment nur eine Hilfe bereit: „Die Spieler müssen jetzt wieder zusammenhalten und kämpfen." Nur so könne man diese Situation überstehen – wie in der letzten Saison. Aber zu diesem Zeitpunkt hatten die Dortmunder noch einen Rolf Rüßmann ...

Röber: „Schiedsrichter war kurz vor dem Durchdrehen"

Von HEINZ STUMM

In zwölf Profijahren habe er ähnlich bestürzende Erfahrungen noch nie gemacht. „Das bleibt mir ewig im Gedächtnis stecken", sagte **Jürgen Röber** (29), der bei Bayer Leverkusen das Kapitänsamt hat, weil Trainer **Erich Ribbeck** (48) Spielführer **Dieter Bast** (33) auf die Ersatzbank setzte. Bestürzend fanden Röber, seine Kollegen und der Trainer zwei Platzverweise zwischen der 68. und 70. Minute im Ludwigshafener Spiel gegen Waldhof Mannheim, die für die betroffene Mannschaft als schreiende Ungerechtigkeit empfunden wurden. Die Entscheidungen lieferten Röber zudem die Erkenntnis, daß ein Großteil der Schiedsrichter den Bundesliga-Anforderungen nicht gewachsen ist. Röber: „Ich hatte das Gefühl, dieser Mann stand kurz vor dem Durchdrehen. Als ich zu erfahren versuchte, warum er unsere Spieler **Florian Hinterberger** und **Wolfgang Patzke** vom Platz gestellt habe, zog er nur die gelbe Karte. Da sagte ich mir, es ist besser, ich halte den Mund." Gemeint war der Kieler Schiedsrichter **Gerd Zimmermann** (34).

Auch Erich Ribbeck machte sich zum Verteidiger seiner beiden Spieler. „Die erste gelbe Karte für Hinterberger war schon falsch, die rote dann ein Witz, weil Hinterberger den **Karlheinz Bührer** überhaupt nicht berührt hatte. Und Patzke hat sich bei dem fraglichen Freistoß weit genug vom Ball entfernt und Gelb und Rot bekommen, weil er das dem Schiedsrichter mitteilte."

Vielleicht hat sich Zimmermann provoziert gefühlt, als der frühere Bochumer die Distanz zwischen Ball und seinem Standort wie ein Gardesoldat abschritt und den Unparteiischen so der Lächerlichkeit preisgab. Auf jeden Fall überzog Zimmermann gewaltig und animierte Erich Ribbeck, auf eine schnelle Verhandlung zu drängen. Er will die Unschuld seiner Profis beweisen und den Spieler Bührer als Zeugen bemühen, nachdem der Waldhöfer zugegeben habe, von Florian Hinterberger beim Zweikampf nicht berührt worden zu sein.

Kapitän Röber ärgerte auch noch ein anderer Vorgang. „Unser Verteidiger **Peter Zander** zog sich bei einer rüden Attacke eines Waldhöfer Spielers einen Schlüsselbeinbruch zu, ohne daß der Täter Gelb bekam." Röber ist deshalb so wütend, weil schon vor elf Tagen in Nürnberg Schiedsrichter **Heinrich Barnick** (42) aus Schenefeld mit obskuren Elfmeterentscheidungen ebenfalls Vorschub zum Sieg der Gastgebermannschaft geleistet habe.

*

Zwei Spieler mit großem Namen erfreuen sich im Leistungstief der Gunst ihrer Trainer. Der Frankfurter **Dietrich Weise** (50) läßt Nationalspieler **Thomas Berthold** (21) trotz schwacher Form nicht fallen, und der Schalker **Diethelm Ferner** (44) hält weiter zu dem glücklosen **Dieter Schatzschneider** (27). „Ich bin zwar der Buhmann des Publikums, aber ich denke nicht daran, einen jungen Spieler zu opfern, der zur Zeit einige Schwierigkeiten hat", ging Weise im 1:1-Spiel gegen Kaiserslautern nicht auf die Forderung der Zuschauer ein. „Ich werfe denen doch nicht einen Mann, auf den ich baue, zum Fraße vor", sagt der Sachse, der einst die DFB-Junioren zum Weltmeister machte.

Thomas Berthold, der es noch nicht geschafft hat, den Ansprüchen eines Nationalspielers zu genügen, der jetzt mit wesentlich kritischeren Augen gesehen wird, könnte es sich leicht machen und auf einen Schaden hinweisen, der erst bei der Länderspielreise der Nationalmannschaft nach Moskau festgestellt wurde: Die Handverletzung, zugezogen bei einem Hallenturnier im Januar, erwies sich als Bruch am Daumengelenk und macht eine Operation unumgänglich. Weil Berthold seine Mannschaft aber in prekärer Personalsituation nicht im Stich lassen will, verschiebt er den Eingriff auf die Winterpause. Gelegentlich, wie zuletzt gegen Kaiserslautern, trägt er darum eine Manschette.

Ähnliche Worte wie Weise findet Ferner über Schatzschneider: „Dieter muß da durch, und ich denke, daß ich ihm mit meiner Geduld mehr helfe, als wenn ich ihn gleich aus dem Spiel nehme."

*

Wenig Aufhebens macht nicht nur Thomas Berthold um seine schmerzhafte Handverletzung, sondern auch Nationalmittelstürmer **Rudi Völler** (25) um seinen Gesundheitsschaden. Was zunächst für eine Gesäßmuskelzerrung gehalten wurde und im Spiel gegen Nürnberg auftrat, wurde von Werders Mannschaftsarzt **Rolf Wiedenmann** (48) als „Ausstrahlungsschmerz" diagnostiziert, der die Folge eines Beckenschiefstandes sei. Schon am Samstag bei der ISPO in München wies Puma-Repräsentant Völler seine Schuhfirma darauf hin, daß womöglich sein rechtes Bein, also sein Schußbein, um einige Millimeter kürzer sei als das linke und deshalb eine Einlage als Ausgleich benötigt werde. Eine Untersuchung in dieser Woche mußte verschoben werden, denn schon heute morgen geht es für Völler mit Werder Bremen von Hannover im Direktflug nach Odessa, wo am Mittwoch das UEFA-Cup-Spiel ansteht.

*

Vor zehn Tagen schien es, als werde der Gladbacher Torjäger **Frank Mill** (25) zum Langzeitpatienten, als er sich beim 1:4 in Hamburg eine schwere Kopfprellung zuzog und vorher bewußtlos ins Krankenhaus gebracht worden war. Beim 4:2-Sieg in Nürnberg stellte Mill erfreut fest, daß es jetzt nach dem Unfall besser läuft als vorher. Trainer **Jupp Heynckes** (40) verordnete dem kleinen Essener eine neue Rolle. „Zusammen mit **Ewald Lienen** spiele ich hinter der Angriffsspitze, **Hans-Jörg Criens**, und damit sind wir auswärts bestimmt gefährlicher", sagte Mill, für den das 1:4 in Hamburg nur ein Ausrutscher war.

Der 4:2-Sieg gibt ihm Zuversicht, daß Werder Bremen und Bayern München den Kampf um den Titel nicht allein unter sich ausmachen: „Wir mischen bestimmt mit und sind gut eingespielt. Seitdem ich in Gladbach bin, sind wir noch nie so gut gestartet, und da wir eine eingespielte Mannschaft haben, müßte es eigentlich mit uns weiter aufwärts gehen." Den Nürnbergern stellt Mill ein gutes Zeugnis aus: „Die werden nicht absteigen und sicherlich im Mittelfeld bleiben."

*

Auch Gladbachs Trainer war von Nürnberg angetan: „In dieser Elf steckt so viel spielerische Substanz, daß sie mit dem Abstieg nichts zu tun haben wird." Und Teamchef **Franz Beckenbauer** (40) hält die Elf von **Heinz Höher** (48) für eine Bereicherung der Bundesliga. Vorstopper **Roland Grahammer** (21) indes möchte am liebsten ein bißchen vom Offensivgeist wegkommen: „Es zahlt sich nicht aus, wenn man gegen eine so clevere und konterstarke Elf zu offen spielt."

*

Millionen am Fernsehschirm erhielten am Samstagabend den Eindruck, Schalkes Trainer Diethelm Ferner sei kurz vor dem Ausflippen oder ganz nahe an einem Herzinfarkt. Sein Körper bog sich, als er mit sich überschlagender Stimme Unverständliches ins Spielfeld brüllte. Gestern bestätigte er, daß er wohlauf sei und solche Auftritte, die an seinen Freund **Werner Biskup** (43) an den Saarbrücker **Uwe Klimaschefski** (46) und den Bremer **Otto Rehhagel** (47) erinnern, nicht zur Schädigung, sondern eher zur Stabilisierung seiner gefährdeten Gesundheit geeignet seien. „Da lasse ich angestauten Ärger ab, und das ist bestimmt besser, als etwas in mich hineinzufressen", meint der Schalker und stößt damit bei dem ruhigsten Banksitzer seiner Branche auf Widerspruch. „Das sagen die Burschen immer, wenn sie sich nicht in der Gewalt haben. Ich denke aber, daß ich meinem Kreislauf mehr nütze, wenn ich ruhig bleibe und nicht immer gleich wild aufspringe", sagte Dietrich Weise.

Fußball-Kulisse

Zahlen, Fakten, Hintergründe

Trost vom Trainer: Der in Mannheim vom Platz gestellte Leverkusener Florian Hinterberger (rechts) mit Erich Ribbeck. FOTO: KÖSEGI

Tabelle und Statistik vom siebten Spieltag

DIE TABELLE

1. *Bremen*	7	5	2	0	21:6	12:2
2. M'gladbach	7	4	2	1	15:9	10:4
3. *Mannheim*	7	3	3	1	9:6	9:5
4. München	6	3	2	1	9:4	8:4
5. *Bochum*	7	4	0	3	16:13	8:6
6. K'lautern	7	3	2	2	9:9	8:6
7. Uerdingen	7	3	2	2	11:13	8:6
8. Hamburg	6	3	1	2	11:7	7:5
9. Nürnberg	7	3	1	3	14:12	7:7
10. Stuttgart	7	3	1	3	11:10	7:7
11. Köln	7	1	5	1	9:6	7:7
12. Frankfurt	7	1	5	1	6:6	7:7
13. Leverkusen	6	2	2	2	9:7	6:6
14. Saarbrücken	7	1	3	3	7:12	5:9
15. Düsseldorf	7	2	0	5	13:18	4:10
16. Hannover	6	0	3	3	11:20	3:9
17. Schalke	7	1	1	5	7:14	3:11
18. Dortmund	7	0	3	4	6:18	3:11

● Das Wort zum 7. Spieltag der Bundesliga sprach Helmut Schön: „Mir ist um die Zukunft des Fußballs nicht bange", erklärte der ehemalige Bundestrainer an seinem 70. Geburtstag. Angesichts eines ereignisreichen Spieltages erscheint seine Hoffnung berechtigt. Immerhin fielen insgesamt 38 Tore, die zweithöchste Erfolgsquote dieser Saison. Erfolgreichster Torschütze war der Bochumer Kuntz, der zum 6:1 über Dortmund drei Treffer beisteuerte und nun mit sechs Toren den zweiten Platz in der Torschützenliste belegt. Er teilt ihn sich mit dem Düsseldorfer Thiele, der das Ehrentor bei der 1:4-Heimniederlage gegen Bremen erzielte. Bremens Torjäger Völler traf einmal und erhöhte seine Ausbeute auf acht Tore. Je fünf Treffer erzielten bisher Neubarth (Bremen) und Allgöwer (Stuttgart).

Erfreulich auch die Zuschauerzahlen: Zum fünften Mal in dieser Saison wurde die Grenze von 200 000 überschritten – darunter 50 000 in Nürnberg, 42 000 in Köln, aber nur 9000 in Hannover. Insgesamt 205 000. Negativer Höhepunkt: die Platzverweise für Patzke und Hinterberger (beide Leverkusen). An den sechs Spieltagen zuvor hatte nur Bochums Torwart Markus Croonen die Rote Karte gesehen. 21 Spielern zeigten die Schiedsrichter die Gelbe Karte.

2. Liga

Zu viele Ausfälle: Fortuna Köln nicht mehr Erster

dpa/DW. **Stuttgart**

Die führenden Klubs bleiben dicht gedrängt. Im Spitzenspiel der zweiten Fußball-Bundesliga bewies Fortuna Köln bei den Stuttgarter Kickers zwar lange Zeit Können und Abgeklärtheit, doch mußte die Mannschaft letztlich ihre Tabellenführung abgeben. Stuttgart zog mit den Kölnern, die acht Verletzte Spieler beklagen, nach Punkten gleich.

Nach nervösem Beginn nutzten die Gastgeber mit geschickten Kontern den freien Raum, den ihnen die offensiven Kölner ließen und gewannen deutlich mit 3:0. Stuttgart bleibt damit zu Hause ungeschlagen, Fortuna Köln erlitt seine erste Auswärtsniederlage. 5000 zufriedene Zuschauer sahen ein gutes Spiel mit zahlreichen Torszenen, nachdem beide Teams den Respekt voreinander abgelegt hatten.

Beim Berliner Lokalderby zwischen Hertha BSC und Tennis Borussia (3:0) mußte an Samastag unmittelbar nach dem Spiel im Olympiastadion ein Zuschauer mit einer blutenden Kopfwunde in das Krankenhaus Westend eingeliefert werden. Dort habe der Mann, wie aus der Klinik zu erfahren war, während und nach der Behandlung randaliert und habe das Krankenhaus auf eigene Verantwortung wieder verlassen. Die Verletzungen seien aber „offensichtlich nicht allzu schwer gewesen".

Wie ein Berliner Sicherheitsfunktionär mitteilte, habe sich der Zwschenfall im Stadion ereignet, als zahlreiche Hertha-Anhänger in ihrem Kurvenblock die siegreichen Spieler bei deren Ehrenrunde feiern wollten. Der betreffende Zuschauer habe offenbar versucht, über die Umrandung auf das Spielfeld zu klettern. Dabei sei er über die Plastik-Umrandung gefallen und mit dem Hinterkopf auf die Betonmauer des Grabens aufgeschlagen, der die Zuschauerränge vom Spielfeld trennt.

Nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen stehe der Zwischenfall jedoch in keinem Zusammenhang mit den Mängeln im Olympiastadion, die die „Stiftung Warentest" kürzlich bei einer Überprüfung zur Sicherheit im Falle einer Panik festgestellt hatte. Das Bauaufsichtsamt Charlottenburg hatte nach einer weiteren Überprüfung 14 Zuschauer-Blöcke gesperrt.

DIE ERGEBNISSE

Osnabrück – Karlsruhe	1:1	(1:0)
Oberhausen – Bielefeld	6:2	(0:1)
Aachen – Darmstadt	1:1	(0:0)
Hertha BSC – TB Berlin	3:0	(2:0)
Aschaffenb. – Bayreuth	3:1	(2:1)
Stuttgart – Köln	3:0	(1:0)
Duisburg – Wattenscheid	1:1	(1:0)
Freiburg – BW Berlin	1:2	(1:2)
Braunschweig – Homburg	0:1	(0:0)
Solingen – Kassel	2:1	(0:0)

DIE TABELLE

1.Stuttgart	9	5	2	2	18:19	12:6
2.Köln	9	5	2	2	18:13	12:6
3.Bielefeld	9	5	2	2	16:11	12:6
4.Wattenscheid	9	5	2	2	15:13	12:6
5.Karlsruhe	9	4	3	2	13:16	11:7
6.Homburg	9	5	6	4	18:10	10:6
7.Darmstadt	9	3	4	2	15:10	10:8
8.Kassel	9	5	6	4	15:11	10:8
9.Aachen	9	3	4	2	13:9	10:8
10.Solingen	9	3	4	2	12:15	10:8
11.Braunschweig	9	3	3	3	17:12	9:9
12.BW Berlin	9	3	3	3	14:11	9:9
13.Oberhausen	9	3	3	3	9:12	9:9
14.Aschaffenb.	9	4	6	5	13:17	8:10
15.Hertha BSC	9	2	3	4	15:19	7:11
16.Osnabrück	9	1	5	3	10:10	7:11
17.Bayreuth	9	3	1	5	12:21	7:11
18.TB Berlin	9	2	2	5	13:17	6:12
19.Freiburg	9	1	2	5	10:18	5:13
20.Duisburg	9	1	2	6	6:15	4:14

DIE VORSCHAU

Freitag, 20. 9., 17.15 Uhr: Bayreuth – Freiburg; **19.30 Uhr:** Köln – Oberhausen. – **Samstag, 21. 9., 15 Uhr:** TB Berlin – Solingen; **15.30 Uhr:** Darmstadt – Duisburg, Kassel – Stuttgart. – **Samstag, 22. 9., 15 Uhr:** BW Berlin – Hertha BSC, Bielefeld – Braunschweig, Homburg – Aachen, Wattenscheid – Osnabrück. – **Dienstag, 24. 9., 20 Uhr:** Karlsruhe – Aschaffenburg.

MOTORSPORT / Regenspezialist Ayrton Senna im Stil eines Weltmeisters Sieger im belgischen Spa

Alain Prost fast nicht mehr einzuholen, nur noch Michele Alboreto kann ihn gefährden

dpa/sid, **Spa-Francorchamps**

Der Große Preis von Belgien hatte gleich zwei Sieger: den Brasilianer Ayrton Senna auf Lotus-Renault, der ein großes Rennen fuhr und den 13. Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft überlegen gewann, und den Franzosen Alain Prost. Der 30jährige McLaren-Porsche-Pilot fuhr nach dem frühen Ausscheiden seines italienischen Rivalen Michele Alboreto auf Ferrari ganz auf Taktik. Sein dritter Rang hinter dem Williams-Honda-Fahrer Nigel Mansell (England) brachte den Vize-Weltmeister seinem ersten Titelgewinn erneut näher. Drei Rennen vor Schluß baute Alain Prost mit 69 Punkten seinen Vorsprung auf den in der vierten Runde ausgeschiedenen Alboreto auf 16 Zähler aus.

Das bedeutet: Prost kann den Titel bereits am 19. Oktober in Brands Hatch sichern. Nämlich dann, wenn der Franzose zwei Punkte mehr gewinnt als Alboreto. Ayrton Senna, der mit 32 Punkten nun an dritter Stelle liegt und damit seinen Teamkollegen Elio de Angelis (Italien/31) auf den vierten Rang verdrängte, ist bereits chancenlos.

Allerdings präsentierte sich der 25jährige Brasilianer im Stile eines Weltmeisters der Zukunft. In seinem 27. Grand Prix übernahm Senna bereits beim Start die Führung und gab sie nicht mehr ab. Wie schon bei seinem ersten Formel-1-Erfolg in Estoril (Portugal) erwies sich der Südamerikaner als ein Regen-Spezialist, der mit der glatten, nassen Piste am besten zurechtkam. Das heftigste Duell lieferten sich die beiden Williams-Honda-Piloten Mansell und Keke Rosberg (Finnland). Es war erst entschieden, als Rosberg bei einer Attacke auf den vor ihm liegenden Mansell von der Piste abkam und einen Reifenschaden an der Box beheben mußte. So mußte der Finne mit dem vierten Rang vorlieb nehmen.

Das 298,807 km lange Rennen über 44 Runden (6,94 km) auf der längsten und wohl schwierigsten Formel-1-Strecke wurde zu einem Reifen-Roulett. Obwohl das Wetter nach stundenlangem Regen kurz vor dem Start aufklarte, entschieden sich alle Rennställe noch für Regen-Reifen. Zwischen der vierten und zehnten Runde hatten dann bei Abtrocknen der Strecke alle Piloten Trockenreifen aufziehen lassen. Erneute Regenfälle auf Teilabschnitten des bergigen Kurses, bei dem in der Waldkurve Spitzengeschwindigkeiten von fast 300 km/Std. erreicht wurden, führten zu schwierigen Verhältnissen, ohne daß es jedoch zu einem schweren Unfall gekommen wäre.

Für den Münchner Christian Danner endete die Premiere in der Formel 1 vorzeitig. Der als 22. mit seinem Zakspeed ins Rennen gegangene 27jährige mußte nach einem Getriebeschaden in der 18. Runde seinen Wagen an der Box abstellen. Zum Zeitpunkt des Ausscheidens lag Danner auf dem 19. Platz. Wegen eines klemmenden zweiten Ganges hatte er noch unmittelbar vor Beginn in das Ersatzauto umsteigen müssen. „Es hat mir Spaß gemacht. Die Umstellung auf die Formel 1 war gar nicht so groß", sagte Danner.

Im Streit um Südafrika will die Formel 1 standhaft bleiben. In Spa verkündete Jean-Marie Balestre, der Präsident des Automobilsport-Weltverbandes FISA: „Der Grand Prix in Kyalami steht als fester Termin im WM-Kalender und findet statt." Der Franzose gab damit den Beschluß des übergeordneten Automobil-Weltverbandes FIA wieder, dessen Präsident Paul Alfons Fürst Metternich ebenfalls mit Nachdruck eine Durchführung des Rennens verlangt hatte.

FIA und FISA wiedersetzen sich damit den Protesten zahlreicher Regierungen, die ihre Fahrer aufgefordert hatten, auf einen Start in Südafrika zu verzichten. Der französische Sportminister Alain Calmat und der brasilianische Außenminister Olava Setubal hatten sich nachdrücklich für eine Absetzung oder Verlegung des Rennens ausgesprochen.

Sollte es zu einem von Regierungsseiten verordneten Boykott kommen, wären nach dem derzeitigen Stand mindestens zehn der 26 Piloten und acht von 15 Teams betroffen.

TENNIS / Weissenhof-Turnier in Stuttgart

Ivan Lendl hatte es eilig, Sieg im Schnelldurchgang

dpa, **Stuttgart**

Ivan Lendl kam, sah und siegte. Der 25 Jahre alte Weltranglisten-Erste gewann im Schnellgang das Finale des 69. Internationalen Tennis-Turniers des TC Weissenhof-Stuttgart. Im Endspiel ließ Lendl dem Amerikaner Brad Gilbert vor 4100 Zuschauern in nur 69 Minuten mit 6:4, 6:0 keine Chance.

Damit sicherte sich Lendl neben dem Preisgeld von 63 200 Mark auch 60 Punkte für die Weltrangliste. Der 24jährige Kalifornier, der mit seinem Halbfinal-Sieg am Samstag über den an Nummer zwei gesetzten Tomas Smid ein rein tschechoslowakisches Finale verhindert hatte, konnte sich mit 31 600 Mark und 45 ATP-Punkten trösten. Insgesamt dauerte Lendls Auftritt genau fünf Stunden.

Daß der Weltranglisten-Erste ausgerechnet in der schwäbischen Hauptstadt auftauchte, begründete der Tschechoslowake mit seiner Vorliebe für deutsche Autos: Lendl besitzt zwei Wagen mit dem berühmten Stern aus Untertürkheim und einen Sportwagen aus Zuffenhausen. Kein Wunder, daß ihm an Deutschland „die Autobahn am besten gefällt".

Die Nummer eins in der Welt machte den mit 117 000 Dollar dotierten Grand Prix zu einer Ein-Mann-Show. Angesichts zahlreicher Absagen, die das Niveau des Turniers erheblich drückten, war die Überlegenheit des Tschechoslowaken so groß, daß es sich der 25jährige sogar erlauben konnte, seinen Abstecher nach Deutschland für zahlreiche PR-Aktionen zu nutzen.

Enttäuschend wie die Kluft, die sich zwischen Lendl und dem Rest des Feldes auftat, war auch das Abschneiden der deutschen Davis-Cup-Spieler. Michael Westphal (Neuss) und Hansjörg Schwaier (München) scheiterten bereits im Achtelfinale, Andreas Maurer (Neuss) schied im Viertelfinale ohne große Gegenwehr aus. So wurde Udo Riglewski (Stuttgart), der mit einer Wild Card in die Qualifikation gekommen war und erst im Viertelfinale nach hartem Kampf gegen Tomas Smid unterlag, zur Entdeckung des Turniers. Der 19jährige, der vor Jahren in Leimen mit Boris Becker trainierte, will künftig für Neuss spielen und professionell in den Grand Prix einsteigen.

LEICHTATHLETIK / Sportfest in Seoul

Wolfgang Zinser besiegte Dreisprung-Olympiasieger

dpa/sid, **Seoul**

Der in diesem Jahr überraschend auf 16,93 m verbesserte Dreispringer Wolfgang Zinser aus Kornwestheim feierte in der künftigen Olympiastadt Seoul einen überraschenden Erfolg: Der 21jährige schlug den Goldmedaillengewinner von Los Angeles. Mit 16,43 m lag Zinser sieben Zentimeter vor dem Amerikaner Al Joyner.

Eine ähnliche Überraschung wäre beinahe auch einer deutschen Athletin geglückt. Ein knapper Meter fehlte im Speerwerfen Ingrid Thyssen aus Leverkusen zum Sieg über Weltmeisterin Tiina Lillak aus Helsinki. Mit 63,56 m unterlag die sechsmalige deutsche Meisterin der mit 64,50 m erfolgreichen Finnin.

Für die beste Leistung in Seoul sorgte allerdings Mary Decker-Slaney. Die wiederum mit der Absicht, Weltrekord zu laufen, angereiste Doppel-Weltmeisterin aus den USA gewann die 800 m in 1:58,09 Minuten.

Überraschend war auch ihr Landsmann Carl Lewis in Seoul am Start, der eigentlich beim internationalen Brüsseler Sportfest Ende August die Saison bereits beendet hatte. Der viermalige Olympiasieger gewann den 100-m-Vorlauf in 10,29 Sekunden. Mit diesem Rennen hatte Carl Lewis erneut demonstriert, daß er für jede Überraschung gut ist. Erst elf Stunden vor Beginn der Veranstaltung war er unangekündigt in Seoul eingetroffen. Als Carl Lewis dann nach seinem Sieg im Vorlauf zum Start im Finale aufgerufen wurde, erklärte er, er sei nur auf einen Einsatz eingerichtet, nicht etwa gleich auf zwei Läufe an einem Tag. Daraufhin ließen die Organisatoren zur Enttäuschung des Publikums das Finale ausfallen und verteilten Medaillen an die ersten drei der drei Vorläufe.

*

In seinem saarländischen Heimatort Wemmetsweiler schleuderte Christoph Sahner (TV Wattenscheid) den Hammer bei einem Werfer-Sportfest zum zweiten Mal in seiner sportlichen Karriere über die 80-m-Marke. Der ehemalige Junioren-Europameister blieb mit 80,18 m um 138 Zentimeter hinter seinem deutschen Rekord zurück. „In diesem Leistungsbereich muß er im nächsten Jahr beständiger werden", meinte sein Trainer Karl-Hans Riehm.

SPORT-NACHRICHTEN

Golf: Titelverteidiger vorzeitig ausgeschieden

Dortmund (GAB) – Beide Titelverteidiger schieden bei der Nationalen Deutschen Meisterschaft der Golfamateure in Dortmund vorzeitig aus. Martina Koch (Hannover) schon im ersten Lochspiel im Achtelfinale in der Verlängerung auf dem 19. Grün sensationell gegen die 15jährige Martina Fischer (Bad Nauheim). Die 20jährige Hannoveranerin, die auch amtierende Internationale Deutsche Meisterin und Deutsche Juniorenmeisterin ist, führte nach 12 Löchern schon mit 5 auf. Vorjahresmeister Andreas Stamm (Braunschweig) unterlag im Viertelfinale dem Deutschen Jugendmeister Sven Strüver (Hittfeld) knapp mit 1 nieder.

Kanada nach Mexiko

Ottawa (dpa) – Durch einen 2:1-Erfolg über Honduras hat sich die kanadische Fußball-Nationalmannschaft als achtes Land für die Fußball-Weltmeisterschaft in Mexiko qualifiziert. Die Kanadier nehmen zum ersten Mal an einer WM teil.

Kling wird 75 Jahre alt

Stuttgart (dpa) – Karl Kling, in den 50er Jahren ein Idol des deutschen Automobilsports, wird heute 75 Jahre alt. Kling war als Rennfahrer ein Allround-Talent und errang internationale Erfolge als Motorradfahrer wie auch im Rallyesport und in Grand-Prix-Rennen. Er gehörte zum Team der legendären „Silberpfeile" von Daimler-Benz.

Glahn ist Präsident

Mainz (sid) – Klaus Glahn (43), der renommierteste Judoka Deutschlands, wurde bei der außerordentlichen Mitgliederversammlung in Mainz zum Präsidenten des Deutschen Judo-Bundes (DJB) gewählt. Glahn hatte nach dem Rücktritt des Präsidenten Klaus-Jürgen Schulze bereits im Juni kommissarisch die Führung des Verbandes übernommen. Zuvor amtierte er als Vizepräsident und war Manager des Fußball-Bundesligaklubs Eintracht Braunschweig.

Votum gegen Südafrika

Berlin (sid) – Das Präsidium des Deutschen Turner-Bundes (DTB) hat sich auf einer Sitzung in Berlin „angesichts der Fortsetzung der Apartheidspolitik" gegen „jeglichen Sportverkehr mit Südafrika" ausgesprochen. Noch im August war eine Turngruppe aus Schleswig-Holstein nach Südafrika gereist.

Cauthen gewann St. Leger

Doncaster (dpa/UPI) – Steve Cauthen (USA) gewann auf Oh so sharp das mit umgerechnet 400 000 Mark dotierte St.-Leger-Galopprennen (2,181 km). Cauthen gewann schon den vierten von fünf Klassikern in dieser Saison. Das war zuletzt 1970 dem Engländer Lester Piggott gelungen, der jetzt auf Lanfranco nur Dritter unter sechs Teilnehmern wurde.

Glückwünsche für Schön

Bonn (dpa) – Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Helmut Kohl gehörten zu den Gratulanten, die dem ehemaligen Fußball-Bundestrainer Helmut Schön zu dessen 70. Geburtstag Grüße übermittelten. Weizsäcker nannte Schön „ein Vorbild für junge Menschen", und Kohl dankte im Namen der „ungezählten Fußballfreunde in unserem Land, zu denen auch ich mich zähle".

Tödlicher Radunfall

Graz (sid) – Der Österreicher Norbert Huber (23) starb bei einem Unfall auf der fünften und letzten Etappe der Steiermark-Rundfahrt für Radamateure. Huber, der vor zwei Wochen mit dem achten Platz bei den Weltmeisterschaften den größten Erfolg seiner Karriere errang, erlitt tödliche Kopfverletzungen, als ein jugoslawischer Motorradfahrer bei einer Tunneldurchfahrt in die Spitzengruppe raste.

Anne: Nun Galoppreiterin

Goodwood (sid) – Als Galoppreiterin betätigt sich neuerdings die englische Prinzessin Anne (35). Nach ihrer Laufbahn als Militaryreiterin (Europameisterin 1971 und EM-Zweite 1976) belegte sie nun in Goodwood in einem Galopprennen für Amateure über eine Meile auf Little Sloop den sechsten Platz.

HSV umwirbt Kranjcar

Wien (sid) – Der jugoslawische Stürmer Zlatko Kranjcar (28) vom österreichischen Tabellenführer Rapid Wien wird vom Hamburger SV umworben. Laut Kranjcar bietet der HSV als Ablösesumme 800 000 Mark, doch Wien verlangt angeblich mehr. Kranjcars Vertrag bei Rapid endet am 15. Dezember.

Innsbruck will Müller

Innsbruck (sid) – Der frühere Stuttgarter Fußball-Nationalspieler Hansi Müller hat bei Wacker Innsbruck bisher einen so guten Eindruck hinterlassen, daß der österreichische Klub den Spielmacher für 600 000 Mark von Inter Mailand kaufen will. Bislang ist Müller nur für eine Gebühr von 200 000 Mark für eine Saison ausgeliehen. Dank eines von Müller ausgelösten Booms kann sich Innsbruck den Kauf leisten.

Der Weltmeister Karpow kommt immer besser in Form: Er ging 3:2 in Führung

LUDEK PACHMANN, **Bonn**

Es gibt keinen Zweifel mehr: Weltmeister Anatoli Karpow befindet sich bei der Schach-Weltmeisterschaft in Moskau zweifelsohne in einer Gegenoffensive, die er mit hervorragender Form bewältigt. Karpow hat nach der 5. Partie die Führung übernommen, Herausforderer Garri Kasparow hatte gestern in Moskau die 5. Partie aufgegeben. Damit ging der Weltmeister in dem auf 24 Begegnungen angesetzten Titelkampf mit 3:2 in Führung. Schon nach dem Sieg in der 4. Partie, die noch bis zum 63. Zug am Freitagabend fortgesetzt worden war, hat Karpow wieder einmal seine große Kunst im positionellen Manövrieren bewiesen.

Wahrscheinlich war es ein Fehler von Kasparow, daß er nach schwierigen Analysen der abgebrochenen 4. Partie, nach der ziemlich langen Fortsetzung dieses Kampfes und nach einem für ihn ungünstigen Resultat keine Auszeit beantragt hatte. So konnte er nur anerkennen, was nicht zu ändern war. Bei einer eingehenden Analyse war Kasparow denn auch gemeinsam mit seinen Beratern zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Wiederaufnahme ohne eine Chance auf Remis wäre.

Deshalb noch einmal zurück zur 4. Partie, die Karpow ebenfalls gewinnen konnte. Denn damit glich der Weltmeister bereits auf 2:2 aus. Die 4. Partie war am letzten Donnerstag nach dem 40. Zug abgebrochen worden. Die Chancen, auch nur ein Remis zu erreichen, waren für Herausforderer Kasparow von den meisten Experten in Moskau bereits beim Abbruch als minimal eingeschätzt worden.

Bei der 5. Partie, die nach dem 41. Zug am Samstag im Moskauer Tschaikowski-Konzertsaal abgebrochen wurde, besaß Weltmeister Karpow, der die schwarzen Steine führte, zur Zeit des Abbruchs einen Mehrbauern. Kasparow hatte die spanische Eröffnung gewählt.

Hier die Analyse und der Kommentar zu den 41 Zügen dieser Partie.

5. Partie: Kasparow (weiß) – Karpow (schwarz), Spanische Eröffnung:

1.e4 e5, 2.Sf3 Sc6, 3.Lb5 a6, 4.La4 Sf6, 5.0–0 Le7, 6.Te1 b5, 7.Lb3 d6, 8.c3 0–0, 9.h3 Lb7

Kasparow wechselte also zum Eröffnungszug 1.e4. Weltmeister Karpow bleibt einem von ihm in vielen Partien angewandten Aufbau treu, der gegenwärtig als die stärkste Verteidigung im „geschlossenen System" gilt.

10.d4 Te8, 11.Sbd2...

Wirkungslos bleibt der Vorstoß 11.Sg5 wegen Tf8, und Weiß hat nichts Besseres als den Rückzug 12. Sgf3. Falls nämlich 12.f4 erfolgt wäre, folgt exf4, 13.Lxf4 Sa5, 14.Lc2 Sd5!

11...Lf8, 12.a4 Dd7, 13.axb5 axb5, 14.Txa8 Lxa8, 15.d5 Sa5, 16.La2 c6, 17.b4 (!?)...

Nach diesem Vorstoß bekommt Weiß vorübergehend mehr Raum am Damenflügel. Aber seine Position wird dort auch geschwächt. Kasparow entschied sich auch in den nächsten Zügen für ein scharfes Vorgehen, das aber durch ein präzises Spiel des Weltmeisters widerlegt wird.

17...Sb7, 18.c4 (!?) Tc8 (!), 19.dxc6 Dxc6, 20.c5 Sd8 (!)

Deckt den Punkt f7, der vom weißen Springer leicht angegriffen werden könnte – von den Feldern g5 oder e5. Deshalb ginge auch 20...dxc5? nicht – wegen 21.Sxe5. Nun würde nach 21.cxd6 Lxd6 der Bauer b4 schwach bleiben. Die ungünstige Folge des 17. Zugs von Weiß! Kasparow versucht es jetzt mit scharfen Komplikationen, die sich jedoch als günstig für Schwarz erweisen werden.

21.Lb2 dxc5, 22.bxc5...

Verlockend sieht 22.Sxe5 aus, danach folgt jedoch Da6!, nebst cxb4 oder c4 mit klarem Vorteil für Schwarz.

Plötzlich gerät Weiß in Schwierigkeiten. Nach 25.Da1 wäre ebenfalls Sc5 stark – es droht Sd3. Offenbar am besten wäre 25.Db1, um den Bauern e4 und auch das Feld d3 zu decken.

22...Dxc5, 23.Lxe5 Sd7 (!), 24.Lb2 Db4 (!)

25.Sb3 (?) Se5 (!)

Erzwingt den Bauerngewinn, da 26.Sxc5? nach Dxb2 eine Figur kosten würde.

26.La1 Lxe4, 27.Sfd4...

Nicht besser wäre 27.Sxc5 Lxc5 usw.

27...Sdb7, 28.De2 Sd6, 29.Sxc5 Dxc5, 30.Dg4 Te8, 31.Td1 Lg6, 32.Df4 Db4, 33.Dc1 Le4, 34.Te1 Da5, 35.Lb3 Da8, 36.Db2 b4

Seinem Stil getreu – vielleicht aber auch in Zeitnot – wählt Schwarz die einfachste Fortsetzung, mit der er seinen starken b-Bauern behält. Nach 36...xg2, 37.Txe8 Sxe8, könnte 38.Sf5 folgen, mit der Drohung 39. Sh6+.

37.Te3 Lg6, 38.Txe8 Dxe8, 39.Dc1 Se4, 40.Ld5 Sc5, 41.Sb3 Abgebrochen.

In dieser Position hat Weltmeister Karpow seinen nächsten Zug abgegeben. Mit einem völlig gesunden Mehrbauern ist die Position objektiv für ihn gewonnen. Kasparow mußte das einsehen.

Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h.

Hermann Bay

* 3. 11. 1901 † 4. 9. 1985

Anna Dorothea Bay geb. Jarkof und Familie

Trauerfeier am 20. 9. 1985, 11.45 Uhr, Halle C des Friedhofes Hamburg-Olsdorf.

Werkleiter in Berlin?

Wenn Sie als Werkzeugmacher ausgebildet sind, wenn Sie Kunststoff- oder Fertigungstechnik studiert haben, bringen Sie gute Voraussetzungen mit. Es geht um Kunststoff-Spritzteile für elektrotechnische Geräte. Dafür sollen Sie die betrieblichen Abläufe organisieren und die 80 Mitarbeiter motivieren.

Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 21. September, im großen Stellenanzeigenteil der WELT.

Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Billig-Flüge weltweit 0 61 03 / 6 30 31, 0 61 03 / 6 30 32, 0 61 03 / 6 30 30, Tx. 4 185 363, WELT-AIR 6072 Dreieich-Frankfurt

DAS EREIGNIS DES MONATS:

Die Eröffnung der ersten Ausstellung über die Stadt Riad in Köln durch seine königliche Hoheit

PRINZ SALMAN BIN ABDULAZIZ AL SAUD GOUVERNEUR DER HAUPTSTADT VON SAUDI-ARABIEN

Das Ereignis in RADIO ORIENT PARIS AM 16., 17. und 18 September UM 21h auf 104, 30 M.H.Z.

Pflichtblatt für Deutschland

Die WELT ist Pflichtblatt für Finanzveröffentlichungen an allen acht deutschen Wertpapierbörsen in Berlin, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart.

W 3462

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Fachs, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

OLYMPIA/IOC

Warten auf ein neues Dollar-Angebot

sid, Lausanne

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) und die Olympia-Organisatoren von Seoul 1988 rechnen bei der noch nicht wieder festgesetzten Wiederaufnahme der Fernsehverhandlungen mit einem Angebot von 450 Millionen Dollar. Das wurde im Anschluß an die in Lausanne gescheiterten Verhandlungen mit den amerikanischen Interessenten bekannt.

Bis zum 23. September sollen neue Angebote der US-Fernsehanstalten ABC, CBS und NBC vorliegen. 250 Millionen Dollar (mit einigen zusätzlichen Kabelfernseh-Geldern) von American Broadcasting Companies (ABC) waren dem IOC, das von den Südkoreanern stark bedrängt wird, ebenso zu wenig wie 300 Millionen Dollar von CBS und 320 Millionen Dollar von NBC.

Als das IOC mit ABC den Calgary-Supervertrag in Höhe von 309 Millionen Dollar für die Olympischen Winterspiele 1988 im Aktenschrank des Château de Vidy in Lausanne deponiert hatte, wuchsen die Zahlenspiele für Seoul ins Gigantische. Es gab optimistische Betrachter, die von 700 Millionen Dollar für Seoul sprachen, etwas bescheidenere, die fest mit 500 Millionen Dollar rechneten. Aber dann kamen nur die – geschätzten – 300 Millionen Dollar von CBS und das 320-Millionen-Dollar-Angebot von NBC dabei heraus.

Was hat die Amerikaner zu ihrer Zurückhaltung bewogen? Man macht es sich zu einfach, wenn man auf die wohl nicht ganz ausreichenden, gleichwohl zahlreichen Verlegungen von Seoul-Olympia-Entscheidungen in den Vormittag verweist, die dann direkt in die Abendsendungen des US-Fernsehens geraten. Die Amerikaner sind nach dem Calgary-Abschluß, der sie sehr viel kostet, ganz einfach vorsichtig geworden.

IOC-Präsident Samaranch ging nach den gescheiterten Verhandlungen in Lausanne bei der Internationalen Sportartikel-Messe (ISPO) in München in die Offensive. „Ich wünsche Boris Becker 1988 in Seoul eine olympische Medaille", erklärte er bei einem Galaabend der Messegesellschaft, auf der er auch Wimbledon-Sieger Boris Becker traf. Der IOC-Präsident steckte ihm einen Talisman in Form einer seiner persönlichen Olympia-Nadeln an das Revers.

HANDBALL / Fehlstart des VfL Gummersbach

Wenn Ivanescu kommt, kommen die Angstgefühle

MARKUS BERG, Gummersbach

Die Verlierer verbargen ihre Enttäuschung hinter etwas zu offensichtlich zur Schau getragener Gelassenheit. Der Blick zurück mag ihnen dabei geholfen haben. Mit 15:18 verpatzte der VfL Gummersbach den Bundesliga-Saisonauftakt wie gehabt gegen TuSEM Essen, doch die Betreuer nahmen es nicht weiter tragisch.

Denn auch vor Jahr und Tag begannen die Oberbergischen vor heimischem Publikum mit einer Niederlage gegen den Konkurrenten von der Ruhr, um zum guten Schluß das sogenannte Double, den begehrten Doppelgewinn von Meisterschaft und Pokal, feiern zu können.

Damals war die Ausgangslage freilich ganz anders. Der Fehlstart schien jenen recht zu geben, die die verjüngte und weitgehend umformierte Mannschaft des VfL nicht auf ihrer Rechnung für den Favoriten hatten. Inzwischen ist Gummersbach längst wieder die beste Adresse im deutschen Handball. Elf von 14 Bundesligatrainern legten sich jüngst auf den Titelverteidiger als aussichtsreichsten Tip fest.

Wie solche Bürde zwickt und drückt, zeigte die Premiere. Ohne Thomas Krokowski, der im Vorjahr wirkungsvoll Heiner Brands Rolle als Organisationschef der Abwehr übernommen hatte, verfing sich das Gastgeber-Team immer wieder in der eigenen Hektik und fand selten zum rechten Rhythmus. Der verletzte Nationalwerfer fehlt aber noch einige Wochen. Da auch der sonstige Spielenker Erik Rasmussen aus Dänemark weit unter seiner Bestform blieb und den größten Teil der zweiten Halbzeit auf der Reservistenbank verbrachte, Torjäger Rüdiger Neitzel zudem Magenschmerzen drückten, waren zwei der drei Athleten, die Essens Trainer Petre Ivanescu besonders fürchtete, weitgehend ausgeschaltet.

Der dritte, Torwart Andreas Thiel, wurde diesmal von seinem Gegenpart auf der anderen Seite, Stefan Hecker, in den Schatten gestellt. „Er hat mich heute klar ausgestochen", war der „Handballer des Jahres" der erste Gratulant für den kleinen, katzengewandten Mann aus Essen.

Freilich, die gesundheitlichen Probleme einiger ihrer Leute (Frank Dammann plagte ein kranker Fuß) mochten Gummersbachs Trainer Klaus Brand und sein Assistent, Bruder Heiner, nicht als Entschuldigung anführen. Die beiden Haudegen früherer Meistermannschaften des VfL wiesen denn auch eher auf die eigenen Schwächen gegen einen keineswegs überzeugend auftrumpfenden Gegner hin. Klaus Brand: „In einem schwachen Bundesligaspiel mit vielen technischen Fehlern auf beiden Seiten hat das Team mit der besseren Chancenauswertung gewonnen." Seine Leute hätten sogar noch die klareren Möglichkeiten gehabt, befand Heiner Brand, wenn man sie jedoch nicht verwerte, dürfe man sich nicht wundern, wenn es nicht zum Sieg reiche.

Offen blieb die Frage, ob die oberbergischen Spieler nicht schon beim bloßen Erscheinen ihres früheren Trainers Ivanescu, der mit dem VfL jahrelang Titel und Trophäen wie am Fließband gewann, das Angstgefühl des Kaninchens vor der Schlange beschleicht. Sechsmal trafen die beiden Mannschaften bisher aufeinander. Fünfmal siegte TuSEM, das der rumänische Sportlehrer binnen kurzer Zeit zu einem spielstarken Ensemble geformt hat, einmal gab es ein Unentschieden.

Ivanescu hat denn auch immer wieder Mühe, seine Freude zu verbergen, wenn es ihm gelungen ist, gerade dem großen VfL eins auszuwischen. Diesmal belegte er seinen wirkungsvollsten Mann, den mit zehn Treffern erfolgreichen Nationalspieler Jochen Fraatz, mit dem Prädikat „Weltklasse" und wehrte wortreich alle Versuche ab, seine Mannschaft nun gleich zum ersten Titelanwärter zu stempeln: „Davon halte ich nach dem ersten Spieltag gar nichts. Sollte es uns allerdings gelingen, mit unseren Schwächen in Streßsituationen fertig zu werden, können wir weit kommen."

Die Gastgeber führten zur Pause noch mit 8:7, lagen dann aber schnell mit 9:12 zurück. Bis zum 15:15 war die Partie noch vollkommen offen, dann hatte der VfL Gummersbach nichts mehr zuzusetzen.

Nun lastet die Favoritenbürde auf den Schultern der Essener Spieler. Thomas Happe sagt: „Wir hätten lieber in Gummersbach verloren, wenn wir dafür Meister werden."

GALOPP

Vicky Furler nach Sturz ins Krankenhaus

K. GÖNTZSCHE, Düsseldorf

Vicky Furler (22), die amtierende deutsche Amateur-Championeß, hat sich am Samstag bei einem schweren Sturz mit dem Hengst Königsfels auf der Düsseldorfer Galopprennbahn den neunten Brustwirbel gebrochen. Unmittelbar nach dem Unfall wurde sie in die Chirurgische Klinik des Städtischen Krankenhauses Düsseldorf-Gerresheim transportiert, noch am Abend aber auf Initiative ihrer Eltern nach Frechen verlegt. Vater Adolf Furler, selbst gerade von einer schweren Herzoperation genesen, sagte: „Es hätte schlimmer kommen können. Sie ist schon wieder munter, in vierzehn Tagen kann sie das Krankenhaus wieder verlassen."

Verursacher des Sturzes war der Amateurreiter Heinrich Klein aus Saarwellingen. Er wurde von der Rennleitung mit drei Wochen Reitverbot bestraft. Klein ritt sein eigenes Pferd Prins Nicolo und drängte den neben ihm galoppierenden Hengst Moneymaker mit dem englischen Amateur Tim Thomson-Jones so kraß nach innen, daß er mit seinem Pferd in die Bahn von Vicky Furler geriet, deren Hengst dadurch ins Stolpern kam, die Reiterin schoß über Hals und Kopf des Pferdes zu Boden. Ihr Vater hatte sich telefonisch in die laufende Reportage des Rennkommentators eingeschaltet und wurde so Zeuge des Unfalles seiner Tochter.

Das sportliche Hauptereignis in Düsseldorf gewann der fünfjährige Wallach Spitfire mit dem elsässischen Amateur Fredy Eyermann. Im Deutschen Amateur-Preis, einem 4500 m langen Jagdrennen (31 500 Mark, 15 000 Mark dem Sieger), siegte Spitfire nach einem furiosen Endspurt mit Kopfvorsprung vor dem Wallach Constantin.

Spitfire wird in Dachsenhausen im Rhein-Lahn-Kreis von Jürgen Jösch trainiert, er ist auch Besitzer des Pferdes. Jösch kam auf ungewöhnliche Weise zum Galoppsport: Er arbeitete als Jagdführer in der Serengeti. Dort lernte er den Großwildjäger Fredy Ostermann aus Witten kennen. Der 1974 verstorbene Möbelhändler begeisterte Jösch für den Galoppsport. Als 1973 in Nairobi die Hochzeitsglocken läuteten, war die Stute Ikoma das Hochzeitsgeschenk der englischen Schwiegereltern von Jösch.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

GOLF

Nationale Deutsche Amateur-Meisterschaft in Dortmund (Standard/Par 73): Herren, Zählspiel-Qualifikation für letzte 16: 1. Schieffer (Hubbelrath) 72+74=146 Schläge, 2. Riß (Oberschwang) 73+76=149, 3. Titelverteidiger A. Stamm (Braunschweig) 74+76=150, 4. Huschke (Falkenstein) 74+76=150. – Lochspiele, Achtelfinale u. a.: Stamm – Ulbrich (beide Braunschweig) 2+1, Riß – Armbrecht (Ahrensburg) 25, Grün, Schlig – Schieffer (beide Hubbelrath) 20. Grün. – Viertelfinale: Riß – Reiter (Braunschweig) 5 + 3, Strüver (Hittfeld) – Stamm 1 auf, Hübner (Hubbelrath) – Röhrich (Georghausen) 1 auf, Schlig – V. Pagel (Falkenstein) 1 auf. – Halbfinale: Riß – Strüver 1 auf, Schlig – Hübner 3 + 2. – Damen, Zählspiel-Qualifikation für letzte 16: 1. Titelverteidigerin Koch (Hannover) 74+77=151, 2. Kötter (Hubbelrath) 72+84=156, 3. E. Peter (Regensburg) 78+80=158, 4. Ch. Gehlen (Dortmund) 78+81=159. – Lochspiele, Achtelfinale u. a.: Fischer (Bad Nauheim) – Koch 19. Grün, Heinemann (Dortmund) – E. Peter 1 auf, Rittershaus (Walddörfer) – Lampert (Kronberg) 6 + 4, Gerhard-Kraemer (Georghausen) – Beer (Hanau) 5 + 4. – Viertelfinale: Gerhard-Kraemer – Kötter 2 + 1, Ruland (Bad Wörishofen) – Heinemann 22. Grün, Umsen (Walddörfer) – Rittershaus 5 + 4, A. Gehlen (Dortmund) – Fischer 4 + 2. – Halbfinale: Ruland – Gerhard-Kraemer 1 auf, Gehlen – Umsen 2 + 1.

FUSSBALL

Erste englische Division: Arsenal – Sheffield 1:0, Aston – Coventry 1:1, Chelsea – Southampton 2:0, Everton – Luton 2:0, Ipswich – Birmingham 0:1, Manchester City – Manchester United 0:3, Newcastle – Bromwich 4:1, Nottingham – Tottenham 0:1, Oxford – Liverpool 2:2, Watford – Queens Park 2:0, West Ham – Leicester 3:0. – **WM-Qualifikation,** Concacaf-Gruppe, Finalrunde: Kanada – Honduras 2:1. – Tabelle: 1. Kanada 6:2, 2. Honduras 3:5, 3. Costa Rica 3:5 – damit Kanada für Endrunde in Mexiko qualifiziert.

MOTOR

Großer Preis von Belgien in Spa, 13. von 16 Läufen zur Formel-1-Weltmeisterschaft: 1. Senna (Brasilien) Lotus-Renault, 2. Mansell (England) Williams-Honda, 3. Prost (Frankreich) McLaren-Porsche, 4. Rosberg (Finnland) Williams-Honda. – WM-Wertung: 1. Prost 69 Punkte, 2. Alboreto 53, 3. Senna 32, 4. de Angelis (Italien) Lotus-Renault 31, 5. Johansson (Schweden) Ferrari, Piquet (Brasilien) Brabham-BMW und Rosberg je 21, 6. Lauda (Österreich) McLaren-Porsche 14.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, erster Spieltag: OSC Thier Dortmund – TuRu Düsseldorf 10:10, TBV Lemgo – THW Kiel 24:23, VfL Günzburg – Reinickendorfer Füchse 23:18, Frischauf Göppingen – Grün-Weiß Dankersen 20:21, TV Großwallstadt – TuS Hofweier 27:10, VfL Gummersbach – TuSEM Essen 15:18.

HOCKEY

Bundesliga, Herren, Gruppe Nord: Hannover – RW Köln 3:1, Großflottbek – Leverkusen 2:1, Club an der Alster – Mülheim 2:2, Gladbach – SW Köln 4:3, Club an der Alster – Leverkusen 2:0, Großflottbek – Mülheim 3:6. – Gruppe Süd: Stuttgart – München 1:0, Dürkheim – Limburg 1:1, Heidelberg – Rüsselsheim 1:0, Frankenthal – Berlin 1:0, Rüsselsheim – Stuttgart 2:2, Heidelberg – München 1:3, Dürkheim – Berlin 2:2, Limburg – Frankenthal 1:1. – Damen, Gruppe Nord: UHC Hamburg – Raffelberg 0:0, Krefeld – BW Köln 0:4, Braunschweig – Düsseldorf 0:0, Klipper Hamburg – Leverkusen 0:1, Krefeld – Düsseldorf 1:0, UHC Hamburg – Leverkusen 5:1, Klipper Hamburg – Raffelberg 2:1. – Gruppe Süd: München – Brandenburg 0:1, Stuttgart – Charlottenburg 0:1, Berlin – Frankfurt 1:1, Stuttgart – Brandenburg 0:2, München – Charlottenburg 1:1, Frankfurt – Hanau 1:0.

EISHOCKEY

Länderspiel: CSSR – UdSSR 3:3. – **Freundschaftsspiele:** Köln – Innsbruck 8:4, Mannheim – Bullders Amsterdam 18:3.

RINGEN

Bundesliga, fünfter Wettkampftag, Gruppe West: Aldenhoven – Goldbach 23:16, Bonn-Duisdorf – Witten 22:15,5, Schifferstadt – Mömbris-Königshofen 26:11, Aschaffenburg-Damm – Kölleribach 28:10. – Tabellenspitze: 1. Aldenhoven 8:2, 2. Witten 6:2, 3. Schifferstadt 6:2. – Gruppe Süd: Nürnberg – Wiesental 9:22,5, Reilingen – Freiburg-Haslach 20:14, Urloffen – Aalen 12:23, Freiburg-St. Georgen – Bad Reichenhall 21:14. – Tabellenspitze: 1. Reilingen 10:0, 2. Wiesental 8:1, 3. Aalen 7:3.

TENNIS

Bundesliga, neunter Spieltag, Gruppe 1: München – Hamburg 6:3, Neuss – Ravensburg 5:4, Leverkusen – Hannover 6:3. – Gruppe 2: Amberg – Stuttgart 6:3, Bamberg – Karlsruhe-Rüppur 7:2, Großhesselohe – Essen 4:5. – **Grand-Prix-Turnier** in Stuttgart, Herren, Endspiel: Lendl – Gilbert 6:4, 6:0. – Viertelfinale: Smid (CSSR) – Riglewski (Deutschland) 7:5, 7:6, Lendl (CSSR) – Agenor (Haiti) 6:1, 6:3, Gilbert (USA) – Maurer (Deutschland) 6:0, 6:4. – Halbfinale: Lendl – Clerc (Argentinien) 6:2, 6:2, Gilbert (USA) – Smid 6:4, 4:6, 7:5. – Doppel, Viertelfinale: Kohlberg/Soares (USA/Brasilien) – Maurer/Mayer (Deutschland/USA) 6:7, 6:4, 6:2, Bourne/Kuharszky (USA/-Ungarn) – Meister/Willenborg (USA) 2:6, 6:3, 8:3, Gitlin/Mitchell (USA) – Dunk/Davis (USA) 6:4, 6:4. – Halbfinale: Kohlberg/Soares – Bourne/-Kuharszky (USA/Ungarn) 4:6, 6:1, 6:3, Smid/Lendl – Gitlin/Mitchell (USA) 6:2, 7:6.

BADMINTON

Bundesliga, dritter Spieltag: Rheinhausen – Bonn 2:6, Langenfeld – Mainz-Zahlbach 2:6, Uerdingen – Wiebelskirchen 4:4, Brauweiler – Regensburg 3:5.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, dritter Spieltag: Altena – Heusenstamm 9:4, Saarbrücken – Grenzau 9:7.

WASSERBALL

Bundesliga, Meisterschaftsrunde: Spandau – Düsseldorf 16:6, Cannstatt – ASC Duisburg 9:9, Spandau – ASC Duisburg 11:5, Cannstatt – Düsseldorf 11:11. – Abstiegsrunde: Hannover-Linden – Würzburg 7:7, Hannover-Linden – Offenbach 8:6.

LEICHTATHLETIK

Internationales Sportfest in Seoul, Männer: 100 m: 1. Lewis (USA) 10,29 Sek. – Dreisprung: 1. Zinser (Deutschland) 16,43, 2. Joyner (USA) 16,36. – Frauen, 800 m: 1. Decker-Slaney (USA) 1:58,09. – Speer: 1. Lillak (Finnland) 64,50, 2. Thyssen (Deutschland) 63,56. – **Hammerwurf-Wettbewerb** in Wemmetsweiler/Saar: 1. Sahner (Wattenscheid) 80,18 m. – **UdSSR-Pokal** in Alma Ata, Männer: Dreisprung: 1. Brouzjks 17,38.

REITEN

CSIO in Plovdiv, Preis der Nationen: 1. Deutschland 12 Fehlerpunkte (Gössing auf Liberal, Hafemeister auf Borodin, Müller auf Baroneß, Schulze-Heselmann auf Dublin), 2. UdSSR 23,75, 3. „DDR" 25,25. – **CSIO** in Calgary, S-Springen: 1. Whitaker (England) San Salvador 0 Fehlerpunkte/37,00 Sek., 2. Melliger (Schweiz) Van Gogh 0/39,90, 3. Schockemöhle (Deutschland) Walido 8/38,60. – **Preis der Nationen:** 1. England 6 Fehlerpunkte, 2. Schweiz 12, 3. Kanada 18, 4. Frankreich 22,25, 5. USA und Deutschland je 24 (Kenn auf Feuergeist 4 und 8 Fehlerpunkte, Reinacher auf Windus 4 und 13,25, Beerbaum auf Saloniki 0 und 0, Schockemöhle auf Deister 8,25 und 8).

SEGELN

Weltmeisterschaft der Frauen in der olympischen 470er-Klasse vor La Rochelle, siebte Wettfahrt: Vermeulen/-Stavemiter (Holland), 2. Egnot/Egnot (Neuseeland), 3. Dierdorf/Burton (USA). – Endstand nach sieben Wettfahrten: 1. Vermeulen/Stavenuiter, 2. Johnson/Johnson (Kanada), 3. Lebrun/Berge (Frankreich).

GALOPP

Rennen in Düsseldorf: 1. R.: 1. Silberkaiser (A. Schütz), 2. Full Ruler, 3. Moneymaker, Toto: 36/16, 22, 17, ZW: 324, DW: 1268, 2. R.: 1. Wildvogel (L. Mäder), 2. Charleroi, 3. Prince Nebosy, Toto: 128/26, 21, 38, ZW: 1368, DW: 26 236, 3. R.: 1. Agrarminister (Frl. M. Blaszyk), 2. Naryn, 3. Lippstock, Toto: 180/30, 19, 16, ZW: 1716, DW: 6844, 4. R.: 1. Spitfire (F. Eyermann), 2. Constantin, 3. Manet, Toto: 124/38, 34, 38, ZW: 2092, DW: 33 368, 5. R.: 1. Silberstreif (P. Remmert), 2. Millerowo, 3. Nutina, Toto: 13/13, 15, 14, ZW: 52, DW: 160, 6. R.: 1. Beretta (R. Elbers), 2. Oktant, 3. Nachtfalke, Toto: 76/30, 54, 26, ZW: 1668, DW: 34 220, 7. R.: 1. Meru (F. Eyermann), 2. Agiros, 3. Manello, Toto: 36/14, 13, 26, ZW: 144, DW: 1500, 8. R.: 1. Christina (T. Hellier), 2. Auenmaid, 3. Carolus Rex. Toto: 56/20, 17, 15, ZW: 464, DW: 1825.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 7, 14, 33, 34, 35, 45, Zusatzzahl: 40. – **Spiel 77:** 4 6 6 7 0 7 2. – **Glücksspirale, Endziffern:** 8, 17, 643, 0495, 82426, 483614. – Losnummer: 8498180, 3756106, 4220283. – Prämienziehung: 545644, 883952, 478696. (Ohne Gewähr).

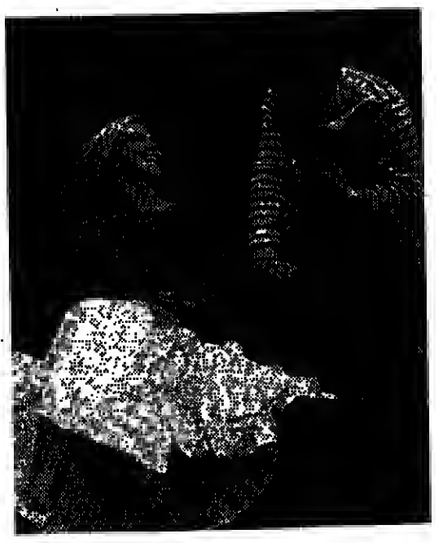
WO GIBT'S DENN DAS?
NUR IN DER FUNK UHR.

DER DALLAS-STAMMBAUM.

WER IST WIE MIT WEM VERWANDT?

Zum Neustart der Serie

DIE FLIRT-SCHULE.



Wie Amors Pfeile treffen und wie sie zum Fehlschuß werden.

EXKLUSIV

DIE MARGIE JÜRGENS-ERINNERUNGEN.

„Das Leben mit Dir war für die Ewigkeit bestimmt."

1 DM

MEHR WERT ALS SIE KOSTET. DIE GROSSE PROGRAMMZEITSCHRIFT.

Pankraz, Vitzliputzli und die Ehe à quatre

Pankraz beglückwünscht den Münchner dtv-Verlag zu seiner jüngsten Großtat, dem Nachdruck von Schopenhauers handschriftlichem Nachlaß nach der noch von Arthur Hübscher erarbeiteten Gesamtausgabe. Es handelt sich um ein drucktechnisch hervorragendes Konvolut, sechs Bände in elegantem Schuber, viele tausend Seiten, die den Käufern das Gefühl geben mögen, nun aber auch wirklich *alles*, was von dem Philosophen schriftlich überliefert ist, in der Hand zu halten.

Verleger Heinz Friedrich startete mit dem „Schopenhauer" innerhalb kurzer Zeit schon zum zweiten Mal ein recht riskantes Unternehmen. Der erste Schlag, die Herausgabe des Grimmschen Wörterbuches im vorigen Jahr, erwies sich als Knüller. Der Verlag kam voll auf seine Kosten. Ob das jetzt auch wieder der Fall sein wird, darf man indessen bezweifeln. Ein Wörterbuch nehmen ja viele gern zur Hand, wer aber, außer einigen verbissenen Schopenhauer-Freaks, möchte sich schon in den Wust privater, arbeitstechnischer Denker-Notizen vertiefen, da man doch das geistige Substrat von alledem in souverän geordneten und gut zu lesenden Hauptbüchern genießen kann!

Andererseits: Wir leben in einer Zeit des Sammelns und des Aufbewahrens. Die Archive und Museumsdepots platzen aus den Nähten; wahrscheinlich ist vieles von dem, was da archiviert wird, bloßer Müll. Aber die Verluste im Gefolge des Zweiten Weltkriegs und diverse kulturrevolutionäre Wellen mit ihrer Verachtung von Geschichte und Überlieferung haben uns eben empfindlich gemacht für den eventuellen Wert von Relikten aller Art.

Hinzu kommt ein fast unüberwindliches Mißtrauen gegenüber offiziellen Verlautbarungen und öffentlichen Posen. Wir möchten neuerdings immer wissen, was „dahintersteckt", wir glauben einfach nicht mehr, daß eine Berühmtheit „in Wirklichkeit" so ist, wie sie sich uns präsentiert. Also ist das Schnüffeln in Nachlässen, besonders in ungeordneten und nicht zur Veröffentlichung bestimmten, eine der größten Freuden der Gegenwart geworden. Ganze Regimenter von freischaffenden Archivwürmern mit speziell trainiertem Spürsinn stehen dafür in Bereitschaft, und sie möchten bedient werden.

Im Falle Schopenhauers gibt es übrigens kaum etwas zu entlarven oder auch nur neu zu entdecken. Der Mann hat all sein Geschriebenes noch zu Lebzeiten seinem Lieblingsschüler Julius Frauenstädt übergeben, mit dem Bedeuten, daß dieser es später ruhig veröffentlichen könne. Doch bezeichnenderweise hat Frauenstädt nur einen verhältnismäßig schmalen Auswahlband publiziert. Das übrige erhielt nach seinem Tod die Königliche Bibliothek in Berlin, ein Teil verbrannte später bei Bombenangriffen, das andere kam zur Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Erst eine auf Nachlässe so gierige Zeit wie die unsrige und ein so penibler Nachlaßverwalter wie Arthur Hübscher mußten kommen, um die Papiere endlich in toto ans Licht der Öffentlichkeit zu heben.

Doch nicht nur die Bombenangriffe, sondern auch schon die (Nach-)Lässigkeit Frauenstädts und der Berliner Archivare haben das Corpus reduziert. Trotz seines staunenswerten Umfangs ist es ein Torso. Es fehlt beispielsweise, wie wir aus Briefen Frauenstädts wissen, eine Abhandlung über die Übelstände der Monogamie und die Wünschbarkeit einer „Ehe à quatre", die ja auch Zeitgenosse Friedrich Schlegel (im 34. Athenäum-Fragment) propagierte. Frauenstädt hielt das Manuskript, wie er ohne Gewissensbisse schreibt, „für zur Mitteilung nicht geeignet", und so ist es denn verschollen.

In den Augen heutiger Editoren hat sich Frauenstädt damit natürlich ein für allemal disqualifiziert. Aber wer weiß, vielleicht hat ihm Freund Schopenhauer damals nach der Übergabe der Papiere einmal gesagt: „Den Unsinn mit der Ehe à quatre wirfst du lieber weg". Dann hätte der Schüler also nur im Sinne des Meisters gehandelt, und es ist keineswegs ausgemacht, ob dagegen wirklich, wie die Gegenwart meint, „das Recht der Nachwelt auf Wahrheit" immer und überall Vorrang vor dem erklärten Willen des Erblassers haben muß.

Moderne Herausgeber berufen sich gern auf Max Brod und dessen Entscheidung, die Romane Franz Kafkas dennoch erscheinen zu lassen, obwohl der tote Freund klar und unzweideutig die Vernichtung der Manuskripte verfügt hatte. Welch ein Schatz der Weltliteratur sei dadurch gerettet worden, sagt man. Und sei Kafka nicht erst durch die Tat Brods in die Literaturgeschichte eingegangen? Die Frage ist dabei freilich, ob Kafka überhaupt in die Literaturgeschichte eingehen wollte, ob er nicht die Romane als Gefahr für sein Seelenheil begriff und ob ihm nicht sein Seelenheil wichtiger war als die Literaturgeschichte.

Bei Karl May gibt es die unheimliche Geschichte von „Professor Vitzliputzli", jenem versponnenen kleinen Privatgelehrten und größten Kenner der indianischen Sprachen, dessen Nachlaß durch die Gleichgültigkeit unwürdiger Erben ohne Rest in der Papiermühle verschwindet. Vitzliputzli hatte sich nie um eine Veröffentlichung seiner Arbeiten bemüht, es ging ihm nicht um Gelehrtenruhm, sondern um Erkenntnis. Und Old Shatterhand, sein einziger Freund und Ansprechpartner, war, als der Professor starb, gerade wieder einmal auf Reisen und konnte so die Manuskripte nicht retten. Hat Vitzliputzli nun „umsonst" gelebt? Sind der „Menschheit", nämlich der Sprachwissenschaft, nicht unersetzliche Forschungsanstöße verlorengegangen?

Solche Fragen zeigen, daß man nichts voreilig wegschmeißen soll, daß man auch scheinbar überflüssigste Nachlässe genau prüfen sollte. Das ändert aber nichts daran, daß erstens der Wille des Erblassers für Herausgeber stets oberstes Gebot bleiben muß und daß man zweitens die Nachwelt, angesichts der allgemeinen Überfüllung, mit erkennbar unwichtigen Hinterlassenschaften verschonen sollte. Entwertete Straßenbahnfahrscheine etwa aus dem Nachlaß irgendeiner Zelebrität müssen nicht unbedingt aufgehoben werden.

Pankraz

Gedenkblatt für einen großen Bühnenmann: John Gay, der Ahnherr von Brechts „Dreigroschenoper"

Schäferspiele mit Huren und Räubern

Man feiert das Bach- und das Händel-, das Scarlatti- und das Schützjahr, aber kaum jemand hat bisher realisiert, daß wir 1985 auch ein „John-Gay-Jahr" haben. Dabei haben bestimmt viele, die um 1720 in London „Händel" sagten, stets auch John Gay im Sinn gehabt (und umgekehrt). Händel und Gay – das waren die führenden künstlerischen Großunterhalter in der Themsestadt. Sie waren rasend eifersüchtig aufeinander, setzten sich mit Intrigen zu. Historisch gesehen zog Gay schließlich den kürzeren, aber ein kleines Gedenkblatt für diesen großen Bühnenmann ist allemal fällig.

Neben Händel der Großunterhalter Englands: John Gay, der vor 300 Jahren geboren wurde FOTO: ARCHIV FÜR KUNST UND GESCHICHTE BERLIN

Lange Zeit galt der heutige 16. September vor 300 Jahren als gesichertes Datum seiner Geburt. Es war aber nur sein Taufdatum. Das Licht dieser Welt erblickte John Gay bereits am 30. Juni, und zwar in Barnstaple in der Grafschaft Devon. Der Knabe war noch nicht zehn Jahre alt, da starben seine Eltern; ein Onkel nahm sich seiner an und sorgte dafür, daß er eine Lehre bei einem Londoner Seidenhändler absolvierte. Doch im Umgang mit dem feinen Tuch vermochte der junge Mann kein Ventil für seinen Witz und seine Ironie zu finden.

Früh schon hat er sich der Pastorale, des Schäferspiels, angenommen – um es zu parodieren. „Was haltet Ihr von einem Schäferspiel, in dem Huren und Räuber die Hauptpersonen sind?" fragte Jonathan Swift im Jahre 1716 seinen Freund Gay. Und der griff die Anregung auf. Zwar verwirklichte er die Idee erst zwölf Jahre später – zuvor schrieb er noch mehrere Farcen und sogar für seinen späteren Konkurrenten Händel das Libretto zu „Acis und Galatea" –, aber als die „Beggar's Opera" am 29. Januar 1728 im Lincoln's Inn Fields Theatre Premiere hatte (der Direktor des Londoner Drury Lane Theaters, Colley Cibber, hatte sich geweigert, das Stück in seinem Haus aufzuführen), da wurde sie sofort zum ersten (und gleichzeitig zu einem der gewaltigsten) „coups de théâtre", den das Abendland erlebt hat.

Hier war eine Satire, die nach allen Richtungen ausschlug. Sie parodierte die literarische Gattung des Schäferspiels, sie machte sich über den Händelschen Opernschwulst lustig, sie entlarvte die doppelte Moral der sogenannten guten Gesellschaft, und sie spritzte Gift gegen zeitgenössische Politiker: In der Figur des Bettlers Macheath vereinigten sich der Schurke Jonathan Wild, der 1725 gehängt worden war, und Premierminister Robert Walpole, der 1720 in einen riesigen Aktienschwindel verwickelt war. Pikanterweise saß Walpole unter den Gästen, die die Uraufführung der „Bettleroper" erlebten. Der Premierrächte sich, im gleichen Jahr, auf Politikerweise: Er ließ eine Fortsetzung des Werkes, „Polly", verbieten.

Nicht Götter, Heroen, Könige und Gestalten aus der Fabel- und Mythenwelt standen bei Gay im Mittelpunkt, sondern Vertreter aus dem Bodensatz der Gesellschaft. Und der Autor war unverschämt genug, zu zeigen, daß sie sich in ihrem Umgang untereinander, in ihren Schwindeleien und in ihren Intrigenspielen im Grunde durch nichts von der „high society" unterschieden. Gesprochen wurde deftigste Alltagssprache, durchsetzt mit Kraftausdrücken und sexuellen Anspielungen, und die musikalischen „Airs" waren zum größten Teil Gassenhauer, die nur einen neuen Text erhielten. Und ganz nebenbei schuf er mit seiner „ballad opera" ein neues Dauer-Genre der Kunst, das sich, wie die Oper, bis in die Gegenwart erhalten hat: nicht nur die „Dreigroschenoper" von Brecht/Weill, die genau 200 Jahre nach ihrem Vorbild uraufgeführt wurde, schöpft ja aus Gays Erfindung, sondern auch das moderne amerikanische Musical, in dem man Spuren der „ballad opera" des 18. Jahrhunderts entdecken kann.

Swift schrieb in seiner Kritik zur „Beggar's Opera": „Diese Komödie prangert sehr zu Recht die unnatürliche Vorliebe für die italienische Musik an, die uns mit italienischer Verweichlichung und italienischem Unsinn überschwemmt und die sich überhaupt nicht mit unserem nordischen Klima und dem Geist unseres Volkes verträgt."

Die „Bettleroper" wurde übrigens aus der schieren Verzweiflung geboren. Gay hatte nämlich durch den Aktienschwindel Walpoles sein gesamtes eigenes Vermögen verloren, brauchte dringend Geld. Walpole hatte auch dafür gesorgt, daß Gays jahrelange Bemühungen um eine Stelle am Königshof vergeblich blieben. Das einzige, was man ihm anbot, war der Posten eines Kammerjunkers bei der zweijährigen Prinzessin Luisa. So blieb der große Unterhaltungskünstler, genau wie Händel, sein Lebtag lang sein eigener Unternehmer, der nur auf eigene Rechnung arbeitete.

Händel und Gay waren auf das Geld, das vom Publikum hereinkam, existentiell angewiesen, und deshalb wandten sie sich eben auch ganz ungeniert ans „große" Publikum. Händel kam von der mit klassischer Personnage vollgestopften Oper zum frommen Oratorium, Gay betrat mit der „Bettleroper" geradezu Niemandsland. Doch seine finanziellen Probleme lösten sich dauerhaft, nachdem die „Bettleroper" ihren Premierenerfolg hinter sich gebracht hatte. Insgesamt 83mal wurde das Stück innerhalb einer Saison gespielt – eine für damalige Verhältnisse ungeheure Zahl. 800 englische Pfund konnte Gay am Ende der Spielzeit einnehmen, und schon bald machte das Bonmot die Runde, die „Beggar's Opera" „made Gay rich and Rich gay".

„The Beggar's Opera" ist das einzige Werk geblieben, das Gays Namen über die Jahrhunderte erhalten hat. Seine übrigen Stücke, seine Essays und Gedichte sind der Vergessenheit anheimgefallen bzw. auf Anglistikprofessoren angewiesen, die sich zu einem Gay-Seminar entschließen.

Erwähnen wir der Vollständigkeit halber noch, daß er mit Alexander Pope und John Arbuthnot 1713 den „Scriblerus Club" gründete, mit dessen Veröffentlichungen „die bombastische Gelehrsamkeit der Lächerlichkeit preisgegeben" werden sollte (Pope); daß er Pope bei dessen Shakespeare-Ausgabe asssistierte und daß er seine letzten Lebensjahre im Haushalt des Herzogs von Queensbury verbrachte.

Am 4. Dezember 1732 ist er in London gestorben und wurde in der Westminster Abbey beigesetzt – genau wie sein Rivale um die Gunst des großen Publikums, George Frederic Haendel.

RAINER NOLDEN

Deutschlands Beitrag zum Europäischen Jahr der Musik: das „Internationale Musikfest" in Stuttgart

Entdeckungsreise auf lilafarbenen Notenlinien

Neun Tage lang wird jetzt die baden-württembergische Landeshauptstadt zur deutschen Musikmetropole umfunktioniert. Sie ist Gastgeberin des „Internationalen Musikfestes", Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zum „Europäischen Jahr der Musik". 400 Jahre Schütz, 300 Jahre Bach, Händel und Scarlatti sowie 100 Jahre Alban Berg – diese runden Geburtstage waren der Anlaß für die weitreichende künstlerische Initiative des Europarats. Mit der Organisation wurde die in Stuttgart ansässige Internationale Bachakademie betraut. Ihrem Ruf verdankt Stuttgart den Auftrag zur Organisierung des Festivals.

Das reich illustrierte, als Kassette veröffentlichte Programmbuch, ein Wälzer von 434 Seiten, überrascht mit 46 Konzerten und mehreren Vorträgen, Symposien und Gottesdiensten. Die offizielle Eröffnung war am vergangenen Samstag im Vestibül der Alten Staatsgalerie, wo Wissenschaftsminister Helmut Engler die Ausstellung „300 Jahre Johann Sebastian Bach" eröffnete. Als Wegweiser durch die Schau dient wiederum ein voluminöser Katalog, redigiert von Ausstellungsleiter Ulrich Prinz. Zusätzlich zeigen lilafarbene Notenlinien auf den Fußböden die Richtung an, in der man einen optimalen Eindruck vom Ganzen erhält.

Zusammengetragen sind Autographen und Originaldrucke aus Bachs Lebenszeit, ferner Publikationen bis zum Erscheinen der alten Gesamtausgabe, dazu frühe biographische Dokumente und viele historische, bisher öffentlich nie gezeigte Instrumente, vornehmlich aus traditionsreichen Werkstätten in Leipzig und Nürnberg.

Gelungen ist der Versuch, möglichst zahlreiche Exponate auszusuchen, die irgendeinen Bezug zu den Werken des Musikfestes oder zu den Themen des eingegliederten musikwissenschaftlichen Kongresses herstellen. Erschreckend allerdings, was sich hinter jenen Vitrinen verbirgt, in denen wertvollste, vom Tintenfraß bedrohte Handschriften liegen und die verzweifelte Arbeit der Restauratoren dokumentiert wird.

Wie jede Sammlung hat auch die Bach-Ausstellung einige Prunkstücke, so das berühmte Bach-Porträt von Elias Gottlieb Haussmann aus dem Jahre 1748 an der Stirnwand des Hauptsaals. Das Ölgemälde befindet sich in amerikanischem Privatbesitz und zeigt den Komponisten, kurz vor seinem Tode, als einen frischen, ausgeglichenen Menschen, dem der Humor nicht fremd ist.

Unter den Instrumenten erregen zwei Geigen und eine Bratsche aus dem Bestand der Leipziger Thomaskirche Aufsehen – sind es doch drei Streichinstrumente aus der Bach-Zeit, die dort heute noch gespielt werden. Besondere Beachtung verdient auch das Hammerklavier von Gottfried Silbermann. Es ist eines von drei erhaltenen Arbeiten des berühmten sächsischen Instrumentenbauers. Als sehenswerte Kuriosität kann man ein in Ludwigsburg rekonstruiertes Lautenklavier bestaunen. Das Original ist verschollen und vor fünf Jahren auf Grund von Beschreibungen nachgebaut worden. Der Überlieferung zufolge wurde es wie ein Cembalo gespielt, hatte aber einen lautenartigen Klang.

Das Ziel des Festivals, Musikpraxis und Musikwissenschaft zu verknüpfen, wird von Anfang an beharrlich verfolgt. „Der ferne Bach" betitelte Wolfgang Hildesheimer seinen Eröffnungsvortrag – keine philologische Untersuchung, sondern eine sehr persönliche Betrachtung mit Bonmots und Seitenhieben. Zeitlich ist Bach fern. Seine Nähe bekunden die Werke, deren Interpretation keinen Rückgriff auf die Barockzeit duldet, sondern immer aktuell aufgearbeitet werden muß. Das Schlüsseldokument für Hildesheimers Bachverständnis ist der Brief an den Jugendfreund Erdmann von 1730. Nach diesem Schreiben zu urteilen, so resümiert Hildesheimer, sah Bach die Übersiedlung von Köthen nach Leipzig als einen sozialen Abstieg an. Resignation beherrschte deshalb die letzten 25 Jahre eines verkannten und frustrierten Bach.

Auftakt der Konzertveranstaltungen war eine ganz von der Liturgie abgeleitete Aufführung der Bachschen h-Moll-Messe. Helmuth Rilling, der die Gächinger Kantorei und das Bach-Collegium Stuttgart souverän leitete, verblüffte mit gemächlichen Zeitmaßen und zurückhaltender Dynamik. Auf diese Weise gelang ihm eine sublime, bisweilen sogar weltentrückte Wiedergabe, in der die kontemplativen Sätze von vergeistigter Klangschönheit geprägt waren. Neben Arleen Augér (Sopran), Aldo Baldin (Tenor) und Wolfgang Schöne (Baß) fiel die wohllautende, mit musikalischem Ausdruck geführte Altstimme der Anne Sofie von Otter auf.

GERTH-WOLFGANG BARUCH

Ein selten kompletter Lessing: Bernard Sobel inszeniert „Nathan den Weisen" im Schiller-Theater Berlin

Neue Herren, neue Stühle, ein wahrer Staatsakt

Mit Gotthold Ephraim Lessing wird die neue Spielzeit unter Sasse im Berliner Schillerhause eröffnet. Das Staatstheater ist, wie es sich offenbar bei jeder neuen Intendanz gehört, im Zuschauerraum partiell umgebaut und ganz neu bestuhlt worden. Man sitzt nicht mehr auf leicht zurückgekippten, blendend weiß bezogenen Sesseln, wie sie Boy Gobert vor fünf Jahren erst hatte errichten lassen.

Jetzt ist die Bestuhlung in dunklem Rot. Ein Mittelgang ist durch das Parkett geschlagen. Das Fassungsvermögen des Schiller-Theaters ist um ein paar Dutzend Zuschauersitze vermindert. Es sei mit seinen 1060 Plätzen früher ohnehin nur schwer besetzbar und nur selten ausgenutzt worden, hört man. Neue Herren – neue Stühle! Das scheint unvermeidbar. So auch hier.

Man eröffnet mit Lessings großem „dramatischen Gedicht in fünf Aufzügen", mit „Nathan dem Weisen", sehr ausführlich. Viereinhalb Stunden dauert die Aufblätterung dieses großen Sinnspiels, der tiefsinnigen Bühnenparabel jetzt. Kaum ein Wort ist gestrichen. Die Aufführung ist von einer schier erschöpfenden Vollständigkeit. Man erinnert sich doch, das gleiche Denkstück früher oft in der Hälfte der Zeit abrollen gesehen zu haben. Die penible Ausführlichkeit macht den dramatischen Gegenstand kurzweiliger oder einsichtiger kaum. Erst um Mitternacht hat Lessing endlich sein letztes Wort gesprochen.

Als Regisseur hat man sich aus Frankreich dem bedeutenden Inszenator Bernard Sobel verschrieben. Er hat sich von Italo Rota eine fast kubisch abstrakte Szenerie entwerfen lassen. Die Prospekte sind schön, aber befremdend. Ein „Nathan" sichtbarlich in milder Verkantung, zudem in den ersten Bildern in einem zurückhaltend milchigen Dämmerlicht.

Walter Schmidinger spielt den Nathan. Er ist aus München zum Schiller-Ensemble übergetreten. Er hat gegen den Nathan von Ernst Deutsch, der ihn hier zum letzten Male so heiter wie in festlicher Weise darbot, anzuspielen. Schmidinger faßt seine große Rolle schärfer, kantiger, viel ungefälliger, zuerst viel krasser auf, als wir sie von Ernst Deutsch in Erinnerung haben. Seine Tonart ist vorsätzlich unmilde, ist auch weniger (auf Lessings Art) weise. Schmidinger kämpft auf bedeutende Weise aggressiver, rechthaberischer um Lessings Erkenntnisse. Das hat sicher viele ungewohnte Vorteile.

Die große Ringparabel erdenkt und zeigt er vor wie in intellektueller List. Wenn es um die schreckliche Verfolgungsschilderung des weisen Juden geht, bricht Schmidinger, schier überwältigt und vom eigenen Schmerz gezeichnet, auf. Nur selten zieht er die heimlichen Humore dieser großen Rechthaberfigur nach. Aber Schmidinger bleibt bestechend. Am Schluß (am sehr späten) wird er zu Recht umjubelt und gefeiert.

Die übrige Besetzung – ehrenvoll durchaus. Joachim Blieses kühle Intensität fällt auf in der Rolle des Sultans Saladin. Eva Katharina Schultz gibt die töricht-überschlaue Daja mit sinnfälliger Natürlichkeit. Martin Held als der erbarmungslose Patriarch von Jerusalem („Der Jude wird verbrannt") läßt, in seniler Humorlosigkeit, manches von dem bitteren Humor Lessings gegen seine intellektuellen Gegner vernehmen. Till Hoffmann ist ein dicker, trübselig im Trüben fischender Klosterbruder, Rolf Schult, viel weniger fahrig, als man gewohnt ist, ein flimmernd umgehender Derwisch. Sabine Sinjen spricht vorzüglich ihre schöne Frauenrolle der fürstlichen Schwester.

Man sieht im Ganzen und als Auftakt der neuen Spielzeit in diesem Hause eine schöne, eine redliche Staatstheateraufführung. Lessing, so ausführlich, so klar und im Grunde unwärmend angeboten – als sähe man (von einem französischen Regisseur) einen großen Staatsakt von Racine oder Corneille eher denn einen doch eigentlich sehr deutschen Lessing.

Als der Spielleiter sich am Ende zeigte, ließen einige Zuschauer ihn ihr Befremden deutlich hören. Ansonsten herrschte die Akklamation der Zustimmung. Lessing, wenn auch sozusagen gallisch verfremdet, hatte gleichwohl gesiegt – wenn auch zu quälend später Stunde.

FRIEDRICH LUFT

Thriller von Schlesinger

Wenn der Falke mit dem Schneemann

Zwei nette Jungs aus der kalifornischen Upper-middle-class. Der eine, Chris, züchtet Falken. Der andere, Daulton, vertreibt Schnee, also Kokain. Sie sind „Der Falke und der Schneemann". Freundschaft verbindet sie seit ihren frühen Tagen als Ministranten in einem schmucken Vorort von Los Angeles. Zwanzigjährig hat es Chris zum schlecht bezahlten Angestellten eines Rüstungskonzerns gebracht, Daulton zum gewieften Dealer mit gutem Einkommen und intimer Kenntnis aller Schleichwege durch den Dschungel lästiger Rechtsverordnungen. Chris gibt sich als Idealist, Daulton als Pragmatiker.

Beiden ist der Patriotismus unter der Präsidentschaft Nixons verlorengegangen. Im Sommer 1974 erhalten sie die Gelegenheit, sich an der verachteten amerikanischen Gesellschaft zu rächen. Chris bekommt bei seiner Arbeit ein fehlgeleitetes CIA-Telex auf den Fernschreiber. Es handelt von umstürzlerischen Plänen in Australien. Über Mittelsmann Daulton wird ein Händel mit den Sowjets perfekt; Umschlagplatz ist deren Botschaft in Mexiko. Es folgt eine Zeit verschwörerischer Hacker-Romantik, der ausgeklügelten Codes und geheimen Treffen, bis zu Verrat, Verhaftung, großem Geständnis.

Den authentischen Fall serviert der Brite John Schlesinger („Asphalt Cowboy") als temperamentvolles Abenteuerkino mit psychologischen Kammerspiel-Einlagen und einer Prise absurder Komik. Eine allzu subtile Suche nach den Motiven kann man ihm nicht vorwerfen (wofür es eine satte Entschädigung in der Schlußbeichte gibt). Sein Kalifornien ist pure Oberfläche und kann eigentlich nur Abtrünnige produzieren. Differenzierter als die Gesellschaft zeigt er das oft kuriose Verhalten der beiden verwöhnten Kinder, die unverblümt den Stachel gegen jede Autorität lökken, ob die nun von Eltern, Watergate-Politikern oder düsteren Apparatschiks verkörpert wird. Timothy Hutton (Chris) läßt dabei recht eindrucksvoll jene Verbitterung spüren, die aus der Enttäuschung redlicher Bestrebungen erwächst. Sean Penn (Daulton) zeigt eine explosive Ausdruckskraft, die an Marlon Brandos Anfänge gemahnt. Mindestens um dieser beiden Darsteller willen ist der Film sehenswert.

DIETMAR BITTRICH

Schneemanns Schmelze: Szene aus Schlesingers neuem Film FOTO: DIE WELT

JOURNAL

Künstler und Fotografen für erweitertes Urheberrecht

PHG. **Berlin**

Vertreter von Verwertungsgesellschaften und Beobachter aus 17 Staaten, die insgesamt 50 000 bildende Künstler und Fotografen repräsentieren, nahmen an der 7. Internationalen Konferenz des Rates der Verwertungsgesellschaften in Berlin teil. Im Vordergrund stand der verbesserte Schutz gegenüber Museen, „die zunehmend ohne Vergütung Rechte beanspruchen". Zweites Thema war die Forderung nach verbindlichen Vergütungsregelungen für die Verwendung von Kunstwerken beim Kabelfernsehen. Der neugewählte Präsident des Rates, der Berliner Künstler Wolf Vostell, erhob die Forderung, „die Urheberrechte als Menschenrechte der Künstler weltweit zu respektieren".

Gesamtdeutsche Ausgabe von Brechts Werken

dpa, **Frankfurt**

In der Bundesrepublik und in der „DDR" soll erstmals eine gemeinsame „große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe" der Werke von Bertolt Brecht erscheinen. Dies kündigten der Frankfurter Verleger Siegfried Unseld (Suhrkamp Verlag) und der Direktor des Ost-Berliner Aufbau-Verlages, Elmar Faber, an. Die ersten sieben der insgesamt 30 Bände sollen im Herbst 1987 erscheinen. Unseld und Faber betonten, daß mit dieser wissenschaftlichen Studienausgabe die Ergebnisse der internationalen Brecht-Forschung der letzten Jahrzehnte veröffentlicht werden. Besonders möchte man auf die ursprünglichen Fassungen der Werke Brechts zurückgreifen.

Steinway-Klavierfabrik wechselt den Besitzer

dpa, **Boston**

Der amerikanische Medienkonzern CBS hat die traditionsreiche Klavierfabrik Steinway and Sons an eine Investorengruppe aus Boston verkauft. Der Präsident der neuen Holdinggesellschaft Steinway Musical Properties, Bruce A. Stevens, versprach, daß die Produktionsstätten nicht aus dem New Yorker Stadtteil Queens oder aus Hamburg verlagert würden. In den Steinway-Werken sind seit 1853 insgesamt mehr als 490 000 Klaviere und Flügel gebaut worden. Jedes einzelne Instrument ist numeriert, und Steinway verfügt noch über die Original-Verkaufsdokumente.

Wieland-Übersetzerpreis geht an Karl Dedecius

dpa, **Sindelfingen**

Der Wieland-Übersetzerpreis 1985 ist dem Leiter des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt, Karl Dedecius, zuerkannt worden. Der mit 10 000 Mark dotierte Preis soll Dedecius für seine Nachdichtungen polnischer Werke und vor allem seine Übertragung der Gedichte des polnischen Lyrikers Tadeusz Rozewicz ehren. Die Auszeichnung, die alle zwei Jahre vom baden-württembergischen Wissenschaftsministerium finanziert wird, wird am 25. 9. bei der Eröffnung der dritten baden-württembergischen Literaturtage in Sindelfingen übergeben.

Lyrik der Gegenwart von der Grünen Insel

DW. **Basel**

Man weiß nicht viel von irischer Gegenwartslyrik. Die Schweizer Literaturzeitschrift „drehpunkt", im 17. Jahrgang eine der etablierten ihres Genres, stellt daher einen Querschnitt aus dem Schaffen irischer Lyriker vor. Die Zusammenstellung zeigt, daß die „Dichter am besten schreiben, wenn sie sich nicht auf Politik, sondern auf volkstümliche Themen wie Heirat und das tägliche Leben konzentrieren", wie die Kompilatorin dieser Auswahl, die Publizistin Eiléan Ni Chuilleanáin, vermerkt. Im Anschluß daran sind neue Texte von Ernst Jandl, Gertrud Leutenegger, Jürgen Theobaldy u. a. abgedruckt (Lenos Verlag, Basel, Heft 62, 84 S., 10 Mark).

Thomas Bernhard oder Tu infelix Austria

dpa, **Wien**

Erfolgsautor Thomas Bernhard übt sich weiter in „Österreich-Beschimpfung". Sein Heimatland bezeichnete er in einem Zeitungsartikel als „delirierenden Kleinstaat", den früheren Bundeskanzler Bruno Kreisky als „dubiosen Nadelstreifsalonsozialisten" und Finanzminister Franz Vranitzky als einen „eitlen Geck, der sein Ministerium mit einer Behörde für Zensur und Verbot von Kunst und Kultur verwechselt". Offenbar war der Autor erbost über die Kritik an seinem neuesten Stück, „Der Theatermacher", das in Salzburg uraufgeführt worden war. Die Reaktion auf diese Reaktion: Kabarettist Werner Schneyer forderte, Aufführungen von Bernhard-Stücken nicht mehr mit öffentlichen Geldern zu subventionieren, und Vranitzky meinte, daß in Zukunft im Programm der Salzburger Festspiele derartige Ausfälle nicht mehr geduldet würden.

„Eher die Akten verkauft, statt Juwelen zu rauben"

Gespräch mit dem Untersuchungshäftling Hans-Otto Scholl

FLORIAN NEHM, Baden-Baden

„Leider kann ich ihnen hier keinen Kaffee anbieten." Im dunkelblauen Blazer empfängt Untersuchungshäftling Hans-Otto Scholl zum ersten Mal seit Beginn seines Verfahrens einen Journalisten im Baden-Badener Gefängnis. Blaß sieht er aus. Der Besucherraum ist kahl und eng. Wären die Fenster nicht aus Milchglas, könnte man den Kurgästen der Caracalla-Bäder beim Planschen zuschauen. Nur das Geräusch plätschernden Wassers dringt durch das Gefängnisgitter. Unbefangen aber beherrscht spricht Scholl in Gegenwart des Anstaltsleiters über seine Lage zur Halbzeit des Verfahrens: „Sie besorgt mich nicht mehr wie zu Prozeßbeginn."

Seit März sitzt der ehemalige FDP-Landesvorsitzende von Rheinland-Pfalz und langjährige Geschäftsführer des Pharmaverbandes im Baden-Badener Untersuchungsgefängnis. Er wird verdächtigt, am 28. Dezember 1984 das Juweliergeschäft Koch in den Kolonnaden von Baden-Baden überfallen und beraubt zu haben. Der Anfang Juli auf eine Woche angesetzte Prozeß hat sich, nicht zuletzt wegen der äußerst peniblen Befragung der Belastungszeugen durch Scholls Verteidiger, enorm in die Länge gezogen. Das Urteil wird nicht vor Ende Oktober erwartet.

Keßler und Weber-Perez sind die Schlüsselfiguren

„Keßler" und „Weber-Perez", das sind die Schlüsselfiguren in Scholls Szenario. Für ihre Existenz fehlt auch der Verteidigung bislang jeder Beweis. Der erste soll ihm in Zürich die beiden Ringe aus dem Baden-Badener Raub zum Verkauf überlassen haben, die man in Scholls Züricher Banksafe fand. Der zweite, mit dem Scholl nach eigenen Angaben seit langem über den Verkauf seines Hauses im hessischen Bad Soden-Allendorf verhandelte, soll ihn telefonisch zu erpressen versucht haben. Von beiden kennt Scholl weder Adresse noch Telefonnummer. Wer soll das glauben? Etwa die Verteidiger? Irritiert bestreitet der Angeklagte, seine Darstellung sei zumindest rätselhaft. Scholl: „Juwelen- und Hauskäufern bin ich nie nachgelaufen. Ich rufe doch nicht wie ein Makler Hinz und Kunz an."

Noch empfindlicher berührt Scholl das vermutete Tatmotiv, er habe den Juwelier überfallen, weil er finanziell erledigt sei. Scholl: „Wenn das stimmt, hätte der Vollstreckungsbeamte meine beiden Häuser verkauft und alles andere wäre mir geblieben. Und das ist nicht gerade wenig."

Auch nach einer Zwangsversteigerung könne er mühelos den Lebensstil eines Beamten „im höchsten Range" bestreiten. „Leute, die aus meinen Finanzen ein Motiv drehen wollen, können nicht klar denken." Und er setzt hinzu: „Für meine teuren Verteidiger werde ich zwei Bilder verkaufen und sie dann in bar auszahlen – auch wenn es weh tut, sich von Stücken einer Sammlung zu trennen, die ich seit 20 Jahren zusammengetragen habe."

Die undichte Stelle soll woanders liegen

So sei auch die Vorstellung, der „Spiegel" habe ihm 120 000 Mark für (in seinem Banksafe gefundene) Akten des Pharmaverbandes gezahlt, ein „Irrsinn". Scholl: „Ein Mann, der nicht mehr weiter weiß, hätte logischerweise gleich solche Akten verkauft statt Juwelen zu rauben." Beides habe er nicht getan. „Die Unterlagen können unmöglich durch mich oder meine Verteidiger preisgegeben worden sein." Seiner Ansicht nach sei die undichte Stelle bei der Mainzer Staatsanwaltschaft zu suchen.

Unmut im Publikum erregte vergangene Woche die „scharfe Vernehmung" der Zeugin Jäger durch Verteidiger Egon Geis. Die Zeugin will von ihrer Umkleidekabine in einer exklusiven Boutique aus gesehen haben, daß Scholls Haare „plötzlich ganz anders aussahen". Eine Aussage, die die These stützt, der Täter habe eine Perücke getragen. Weil der Frau dieses Detail erst nach ihrer ersten Vernehmung einfiel, nahm sie der Verteidiger „so hart dran", daß sich ihr ebenfalls als Zeuge geladener Ehemann vor Aufregung für vernehmungsunfähig erklärte. Scholl: „Auch meine Frau hätte sich ihrer Haut gewehrt." Obwohl es nicht seine Aufgabe sei, den Stil seines Verteidigers Geis zu bewerten, hätte er „möglicherweise anders gefragt".

Als „reinste Vorverurteilung" bezeichnet Scholl, „was sich die Medien mit mir geleistet haben". Ein Punkt den die Verteidigung immer wieder heranzieht, um den Wahrheitsgehalt von Zeugenaussagen in Zweifel zu ziehen. So sei er in den ersten Verhandlungswochen nur deshalb nicht „aus der Haut gefahren", weil er sich streng an das von seinen Verteidigern empfohlene „Mitschreiben" gehalten habe, denn „ich bin ein Mensch, der seine Gefühle nur schwer versteckt". Dies steht nur scheinbar im Widerspruch zur Beschreibung seiner Lebensgefährtin Edith Zimmermann, nach der Scholl bei Anspannung immer ruhiger werde.

Das Projekt einer Rettung oder Herkulesarbeit unter San Marco

Werden sich die Politiker nicht bald einig, versinkt der Traum Venedig FOTO: WOLFGANG DAVID

Von MONIKA v. ZITZEWITZ

Wenn Ihr Venedig noch zwanzig Jahre lang über Wasser haltet, wird man erkennen, daß es die Stadt der Zukunft ist", hatte der berühmte französische Architekt Le Corbusier kurz nach der Überschwemmungskatastrophe von 1966 gesagt, einer Katastrophe, die der Welt dramatisch vor Augen geführt hatte, was sie mit der Lagunenstadt verlieren würde.

Seitdem ist eine Flut von Worten, Kongressen, Plänen und politischem Gezänk wie das Hochwasser über Venedig hinweg gegangen. 1972 wurde ein Sondergesetz verabschiedet. Gewiß, es wurde nicht nur geredet: Ausländische Komitees finanzierten Projekte, die auch ausgeführt wurden. So haben Deutsche die Kirche Santa Maria Dei Miraculi restauriert, die Franzosen Santa Maria de la Salute und die Vereinigten Staaten den Palast Ca d'Oro. Aber das war nicht mehr als Kosmetik für die bedrohte Stadt.

„Wenn wir nicht schnell vom Geschwätz zu Taten übergehen, zerfällt die Stadt, und in zehn Jahren steht kein Palast mehr am Canale Grande. Wenn auch nur einer einstürzt, landen sie alle im Wasser, denn sie stehen nur noch, weil sie einander stützen", sagte der Besitzer eines Hauses, dessen Fundamente von den Wellen der Vaporetti durchlöchert sind.

Anfang Juli dieses Jahres ist das zweite Sondergesetz für Venedig mit der Unterschrift der Regierung in Kraft getreten. Und in diesen Tagen sollte das größte und schwierigste Projekt Italiens, die Rettung Venedigs, beginnen. Sollte – denn es sieht so aus, als werde wieder einmal alles hinausgeschoben. Der Grund: Privatfirmen, darunter der Automobil-Gigant Fiat, durften sich nicht am Konsortium „Nuova Venezia" beteiligen, dem die Regierung die Herkules-Arbeit übertragen hat.

Die drei Hauptprobleme der Stadt, die nur gemeinsam zu lösen sind, heißen: Schutz vor dem Hochwasser, das seit der künstlichen Veränderung und Verengung der Lagune immer öfter und verheerender auftritt; Umweltverschmutzung der Lagune durch Industrie und Landwirtschaft; Abwässersystem, für das seit Jahrhunderten Ebbe und Flut gesorgt haben. Venedig verlor zwar seit dem Krieg fast die Hälfte seiner Bewohner (heute leben nur noch knapp 90 000 in der Lagunenstadt), aber die modernen Konsumansprüche und die versäumte Ausbaggerung der Kanäle haben sie zu einer Kloake unter freiem Himmel gemacht.

Dieses Knäuel von Problemen ist nur mit größter Behutsamkeit aufzulösen. Der Direktor des Konsortiums „Nuova Venezia", der Ingenieur Giovanni Mazzacurati, wird von Kollegen um seine historische Aufgabe beneidet. Aber wer möchte schon seine Verantwortung tragen? Können die drei Lagunenöffnungen zum Meer hin mit beweglichen Schleusen versehen werden, ohne daß das Binnenwasser noch mehr verschlammt? Wird man die Lagune vom Umweltschmutz befreien können? Lassen sich die Abwasserprobleme lösen und ist die Erosion des Bodens, auf dem der größte Pfahlbau der Geschichte steht, noch aufzuhalten?

Schon vor fünf Jahren, als UN-Experten zu einem Kongreß nach Venedig kamen, legte die englische Firma McDowell und die italienische „Rodio" ein Projekt vor, das wie Science-fiction klingt: Sie konnten nachweisen, daß man die am tiefsten gelegenen Teile der Stadt, vor allem den Markusplatz, mit Injektionen einer Betonmischung in den Untergrund 20 bis 100 Zentimeter anheben könne. Der Geotechniker der „Rodio", Santiago Marchini, hat das System bereits erfolgreich an der Lagunen-insel Poveglia ausprobiert.

Die Kosten, damals auf 300 Milliarden Lire geschätzt, sollten, so schlug man vor, wie vor Jahren bei Abu Simbel die Unesco-Nationen mittragen. Der Plan stieß aber auf den erbitterten Widerstand von Interessengruppen, darunter des gemeinnützigen Vereins „Italia nostra". Sie erklärten: „Venedig darf nicht zum Versuchsobjekt von Privatfirmen werden, die hier ein Jahrhundertgeschäft wittern." Sicher haben sie recht, aber den Luxus solch hehrer Grundsätze kann man sich jetzt nicht mehr leisten. Man kann Venedig nur wünschen, daß erfahrene Techniker das Steuer zu seiner Rettung übernehmen. Denn die Politiker, so scheint es, haben bereits die Segel gestrichen.

Reparaturfehler Ursache des Absturzes?

dpa/AP, Tokio/London

Reparaturfehler und Materialermüdung haben möglicherweise den Absturz des japanischen Großraumflugzeugs verursacht, bei dem am 12. August in Japan 520 Menschen den Tod fanden. Der japanische Ausschuß zur Untersuchung der Absturzursache teilte am Samstag in seinem zweiten Bericht mit, das hintere Schott der Druckkabine weise eine Streifenstruktur auf, wie sie für Materialermüdung typisch sei. Das Heck der Boeing 747 war im Juni 1978 bei einer mißglückten Landung in Osaka schwer beschädigt und anschließend von Boeing-Spezialisten repariert worden. Statt mit nur einer einzigen Platte hätten die Techniker die angrenzenden Teile des Schotts mit zwei Platten verbunden. Das Schott sei genau an diesem Teil gebrochen.

Zweimillionenstadt Berlin

AP, Berlin

Westberlin ist wieder eine Zwei-Millionen-Metropole; das Schlagwort von der „aussterbenden Stadt" scheint seine Berechtigung verloren zu haben. Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen teilte mit, daß gegenwärtig 2 040 000 Bürger mit Haupt- oder Nebenwohnsitz in West-Berlin gemeldet seien. 1975 war die Bevölkerungszahl unter die Zwei-Millionen-Grenze gefallen und war einige Jahre stetig gesunken.

Zugunglück in der Schweiz

dpa, Lausanne

Ein Eisenbahnunglück in der Nähe von Lausanne hat am Samstag fünf Menschenleben gefordert. 60 Passagiere wurden verletzt, einige schwer. Kurz hinter Lausanne stieß ein in Richtung Genf fahrender Regionalzug mit zwei entgegenkommenden, nacheinandergekoppelten Lokomotiven zusammen. Erste Ermittlungen scheinen darauf hinzudeuten, daß der Lokomotivführer des Regionalzugs ein Stoppsignal überfahren hat.

„Gift"-Hähnchen

DW, Berlin

Radikale Tierschützer lösten am Wochenende in Berlin eine Suchaktion aus, als sie mit anonymen Schreiben ankündigten, mit Blausäure vergiftete tiefgefrorene Hähnchen in mehreren Kaufhäusern und Filialketten deponiert zu haben. Polizisten fanden sieben mit schwarzen Kreuzen gekennzeichnete Tiefkühlhähnchen, die jedoch nicht vergiftet waren. Die extremistische Gruppe bezeichnete sich als „Radikale Flattermänner"; sie habe mit der Aktion gegen die „grausame Massentierhaltung" protestieren wollen.

Häftlinge ausgebrochen

dpa, Münster

Zwei zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilte Häftlinge sind am Samstag abend aus der Justizvollzugsanstalt Münster ausgebrochen. Die 33 und 26 Jahre alten Männer sägten im Tischtenniskeller der Anstalt eine Eisenstange vor einem Lüftungsfenster durch und kletterten dann mit einer selbstgebastelten Holzleiter über die Mauer ins Freie.

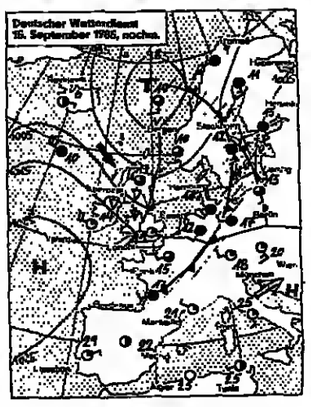
„Krematorium"

dpa, Lissabon

Auch fünf Tage nach dem verheerenden Zugunglück in Portugal (WELT v. 13. 9.) ist die Zahl der Todesopfer nicht feststellbar. Als „Krematorium" bezeichnete ein Sprecher des Roten Kreuzes die Waggons, die unmittelbar nach dem Frontalzusammenstoß zwischen dem „Südexpreß" und einem Nahverkehrszug in Brand geraten waren. 64 Menschen werden vermißt; identifiziert wurden bisher lediglich 20 der 49 geborgenen Toten. Der Zivilschutzdienst spricht von möglicherweise 100 Todesopfern.

WETTER: Heiter bis wolkig

Wetterlage: Die einfließende kühle Meeresluft gelangt unter kurzen Zwischenhocheinfluß, bevor ein weiterer Tiefausläufer zum Abend auf den Nordwesten Deutschlands übergreift.



Vorhersage für Montag:
Im Südosten anfangs noch bedeckt und Regen. Später auch dort Übergang zu aufgelockerter Bewölkung. Zeitweise auch Aufheiterungen und weitgehend niederschlagsfrei. Temperaturen 14 bis 18 Grad. Nächtliche Tiefstwerte um 10 Grad. Im Süden schwacher bis mäßiger, im Norden frischer und zeitweise böiger Wind aus West bis Südwest.

Weitere Aussichten:
Unbeständig bei wenig unveränderten Temperaturen.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	17°	Kairo	28°
Bonn	14°	Kopenh.	12°
Dresden	17°	Las Palmas	25°
Essen	12°	London	15°
Frankfurt	15°	Madrid	22°
Hamburg	13°	Mailand	21°
List/Sylt	14°	Mallorca	26°
München	18°	Moskau	14°
Stuttgart	16°	Nizza	25°
Algier	25°	Oslo	13°
Amsterdam	15°	Paris	15°
Athen	24°	Prag	18°
Barcelona	25°	Rom	25°
Brüssel	15°	Stockholm	12°
Budapest	20°	Tel Aviv	26°
Bukarest	20°	Tunis	25°
Helsinki	13°	Wien	20°
Istanbul	21°	Zürich	15°

Sonnenaufgang am Dienstag: 6.59 Uhr, Untergang: 19.33 Uhr; **Mondaufgang:** 10.22 Uhr, Untergang: 20.41 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Magazin für Glücksritter und andere reife Knaben

E. HAUBROCK, Boulder/Col.

Vom 18. bis 22. September kommen sie im Sahara-Spielkasino von Las Vegas wieder zusammen zu ihrem sechsten Jahrestreffen: die Abonnenten und Freunde von „Soldier of fortune" (Glücksritter), eines der seltsamsten Druckerzeugnisse auf dem bunten amerikanischen Zeitschriftenmarkt. In einer Eigenanzeige verheißt das Blatt zum Preis von 100 Dollar eine Kampfwaffenschau und eine Reihe von sogenannten Seminaren, in denen die Teilnehmer lernen können, wie man den Gegner mit dem Messer, mit Schußwaffen aller Art, mit Handgranaten und durch Einzelkämpfertechniken zur Strecke bringt. Inbegriffen im Preis ist ein Festbankett für alte Kameraden. Aus Anlaß seines zehnjährigen Bestehens bietet die Zeitschrift außerdem demjenigen, der einen guterhaltenen sowjetischen Kampfhubschrauber vom Typ „Mi-24" auftreibt, eine Million Dollar.

Sind die Teilnehmer des Treffens und die Leser des Magazins tatsächlich Söldner, wie der Titel und der redaktionelle Inhalt glauben machen möchten? Wohl kaum, denn immerhin hat „Soldier of fortune" bei monatlicher Erscheinungsweise eine Auflage von knapp 200 000, und der Dienst mit der Waffe für eine fremde Macht ist amerikanischen Staatsbürgern verboten. Der überwiegende Teil der Leser, die drei Dollar pro Ausgabe bezahlen, muß aus Träumern, Knaben im zarten und reifen Alter, Waffen- und sonstigen Narren, die an Verfolgungswahn leiden, sowie aus Machos und Möchtegern-Abenteurern bestehen. Das jedenfalls läßt der pralle Anzeigenteil in dem über 100 Seiten umfassenden Heft in Vollfarben-Kupfertiefdruck vermuten.

Seite um Seite wird geworben für Stichwaffen, vom Ehrendolch der US-Special Forces (Green Berets) bis zum Fahrtenmesser der Hitler-Jugend (Nachbildung für 23 Dollar), für Orden und Insignienblech aus der Nazi-Zeit, für Gewehre aller Kaliber und Fabrikate, für Stahlhelme (mit Vorliebe von der ehemaligen deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS) und sogenannte Überlebenspäckchen mit „eisernen Rationen", die angeblich unbegrenzt haltbar sind. Und immer wieder werden Bücher angepriesen, die Anleitungen zum Töten und Überleben für die „Stunde Null" geben, die die Inserenten mit dem Tag einer weltweiten kommunistischen Machtübernahme oder der totalen Anarchie herannahen sehen.

Aber auch bekannte Großunternehmen inserieren gern im „Soldier of fortune", wie zum Beispiel der Verlag Time/Life, der seinen Bildband über das deutsche NS-Regime anpreist, oder die deutsche Waffenfabrik Heckler & Koch, die in der September-Ausgabe eine ganze Vollfarben-Umschlagseite geschaltet hat.

Die Anzeigen sind so reichlich, daß die Zeitschrift einen Jahresumsatz von 6,5 Millionen Dollar (fast 20 Millionen Mark) macht. Robert K. Brown, Verleger, Chefredakteur und Chefreporter hat allen Grund, sich ins Fäustchen zu lachen. Seit er als ehemaliger Oberstleutnant der US-Elitetruppe Special Forces und nach eigener Söldner-Erfahrung sein Blatt vor zehn Jahren in Boulder (Colorado) gründete, hat er es zum Multimillionär gebracht. Er besorgt mit einem großen Mitarbeiterstab den redaktionellen Teil, der zum Beispiel Söldner von zweifelhaftem Ruhm wie den Briten Michael Hoare (Mad Mike) verherrlicht und sich in endlosen Beschreibungen von Waffen ergeht.

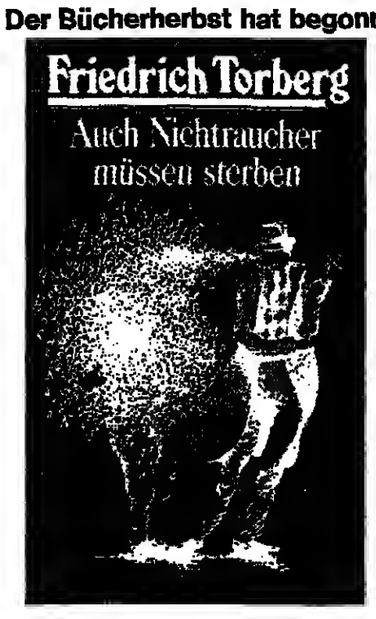
In den Kolumnen schildert er sich und seine Leser als Superpatrioten und als letztes Bollwerk gegen die „rote Flut". Den Regierungen seines Landes – auch der gegenwärtigen – wirft er vor, sie seien knieweiche Beschwichtiger. Seine Reporter sind übrigens während der Arbeit bewaffnet. Und „sie haben Befehl, jederzeit zurückzuschießen, wenn auf sie geschossen wird". Einer solchen Mühe hat sich allerdings bisher noch niemand unterzogen. (SAD)

ZU GUTER LETZT

„Die Hauptursache der schlechten Zensuren ist die Schule." – Entnommen aus „Aufkleber", Programmzeitung des Hauses der Jugend in Wuppertal-Barmen.

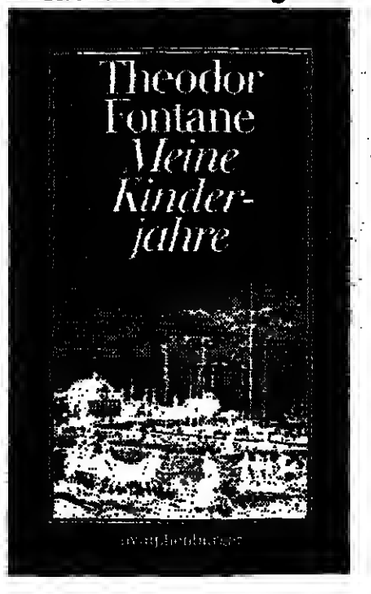
Der Bücherherbst hat begonnen · Der Bücherherbst hat begonnen · Der Bücherherbst hat begonnen · Der Bücherherbst hat begonnen · Der Bücherherbst hat begonnen

336 Seiten, DM 32,— · nymphenburger



288 Seiten, DM 32,— · Langen Müller

344 Seiten, DM 34,— · Herbig



248 Seiten, DM 28,— · nymphenburger

248 Seiten, DM 28,— · Langen Müller